Montag, 12. September 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 212 - 37.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Christen droht Massaker: In der libanesischen Bergstadt Deir el Quamar droht zwischen 60 000 und 90 000 Flüchtlingen ein Massaker. Sie wurden mit den 12 500 Bewohnern der Stadt durch Drusen, Syrer und Palästinenser eingekesselt. Die libanesische Armee versucht inzwischen, Drusenmilizen am Vorrücken auf die Küstenstraße zu hindern, die zu den neuen israelischen Stellungen im Süden führt.

Perón rehabilitiert: Argentiniens Militärregierung hat die lange erwartete politische Rehabilitierung der ehemaligen Präsidentin Maria Estela Perón verfügt. Sie kann damit ihr Amt als Vorsitzende der peronistischen Partei legal übernehmen.

Vorster gestorben: Der frühere südafrikanische Präsident Johannes Vorster ist 67jährig an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Beziehungen erhalten: Außenminister Genscher will die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion auch nach dem Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine durch Sowjets nicht unterbrechen. Er bedauert, daß sich die NATO-Länder nicht zu einem gemeinsamen „Signal" an Moskau entschließen konnten.

Bräutigam bleibt: Bundeskanzler Kohl will trotz Bedenken der CSU den Ständigen Vertreter in Ost-Berlin, Hans-Otto Bräutigam, auf seinem Posten belassen.

SPD sagt nein: Die baden-württembergische SPD beschließt, sich unabhängig vom Ergebnis der Genfer Verhandlungen, jeder eventuellen Stationierung von Mittelstreckenraketen zu „widersetzen". (S. 1)

Papst in Wien: Zum Abschluß des österreichischen Katholikentages hält Papst Johannes Paul einen Festgottesdienst vor 300 000 Menschen.

Unruhen in Chile: Die Bilanz der fünf „Protesttage" in Chile weist 41 Tote aus. Innenminister Onofre Jarpa warnt zum zehnten Jahrestag des Putsches gegen Allende vor weiterem Widerstand gegen Pinochet.

China gegen Israel: Der chinesische Staatspräsident Li Xiannian ruft Araber zu mehr Einigkeit gegen Israel auf.

Flucht aus „DDR": Zwei Grenzsoldaten der „DDR" sind am Samstag über den Todesstreifen nach Niedersachsen geflüchtet.

20 000mal Freikauf: Seit 1961 sind knapp 20 000 politische Häftlinge aus „DDR"-Gefängnissen freigekauft worden, berichtet die Gemeinschaft ehemaliger Häftlinge bei ihrem Deutschlandtreffen.

Heute: NATO-Experten beraten in Brüssel über Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen. – Sambias Präsident Kaunda zu Staatsbesuch in Bonn. – Delegation des Groß- und Außenhandels nach Jugoslawien.

ZITAT DES TAGES



„Wer wie die SPD den NATO-Doppelbeschluß aufgibt, der versündigt sich an der Sicherheit unserer Bürger."

Verteidigungsminister Manfred Wörner vor der Jungen Union in Stuttgart.
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

WIRTSCHAFT

IWF zum Aufschwung: Die Weichen sind laut dem IWF-Jahresbericht für eine Ausweitung der Produktion und des Welthandels gestellt. Es komme nun darauf an, die beginnende wirtschaftliche Erholung durch Inflationsbekämpfung zu stützen. (S. 10)

EG-Finanzminister: Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der EG wollen dem IWF nur dann einen außerplanmäßigen Milliardenkredit zur Verfügung stellen, wenn künftige IWF-Aufgaben und sein Finanzbedarf genau definiert werden, erklärt Stoltenberg nach Wochenendtreffen in Griechenland. (S. 10)

Reagan gegen Barrieren: Der US-Präsident ruft alle westlichen Staaten auf, Beschränkungen für ausländische Investitionen abzubauen.

Funkausstellung: 420 000 Besucher in Berlin. Messegesellschaft: Erwartungen der Aussteller weitgehend erfüllt. (S. 9)

Europäische Sparkassen: In der EG-Sparkassenvereinigung wird die Gründung eines festen EmissionskonSortiums überlegt. (S. 9)

Weizen für „DDR": Kanada will nach Regierungsangaben drei Millionen Tonnen Weizen im Wert von etwa 500 Millionen Kanadische Dollar an die „DDR" liefern.

KULTUR

Goldener Löwe für Godard: Für seinen Film „Prénom Carmen" erhält Jean-Luc Godard bei den Filmfestspielen in Venedig den „Goldenen Löwen". Den Sonderpreis der Jury bekommt Alexander Kluge für „Die Macht der Gefühle" (S. 17).

Sonderpreise: Als beste Darstellerin wurde Darling Legitimus für ihre Rolle in „Rue des Cases Nègres" ausgezeichnet. Dieser Streifen erhielt auch den Silbernen Löwen. Beste Darsteller wurden sechs Schauspieler in Altmans „Streamer".

SPORT

Tennis: Martina Navratilova gewann bei den offenen amerikanischen Tennis-Meisterschaften von Flushing Meadow das Damen-Finale gegen ihre amerikanische Landsmännin Chris Evert-Lloyd mit 6:1, 6:3.

Handball: Der VfL Gummersbach mußte sich zum Bundesliga-Auftakt gegen TuSEM Essen mit einem 13:13 begnügen. Zuvor waren die Gummersbacher 36 Monate lang in 49 Heimspielen ohne Punktverlust gewesen.

Fußball: Nationaltorhüter Toni Schumacher wird am Mittwoch beim UEFA-Cup-Spiel gegen Innsbruck wieder im Tor des 1. FC Köln stehen. Schumacher war zunächst gesperrt worden.

AUS ALLER WELT

Kreisverkehr: In Frankreich entfällt ab 1984 eine Verkehrsregel, die deutschen Besuchern Schwierigkeiten machte. Künftig hat Kreisverkehr immer Vorfahrt.

Neues von General Custer: Nach einem Buschfeuer am Little Big Horn sind jetzt Ausgrabungen möglich, von denen sich US-Archäologen neue Aufschlüsse über die wohl berühmteste Indianer-Schlacht der amerikanischen Geschichte erhoffen. (S. 18)

Wetter: Überwiegend starke Bewölkung, teilweise Schauer, teils Dauerregen; bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

60 000 Christen in Libanon von drusischen Milizen eingekesselt

Belagerung im Schuf / Hilferufe an Präsident Reagan und Kanzler Kohl

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn/Beirut

In Libanon droht ein Massaker an Christen in einem in der Geschichte des Landes noch nicht gekannten Ausmaß. Wenigstens 60 000 Menschen, nach anderen Schätzungen 90 000, haben seit dem Rückzug der Israelis aus dem zentrallibanesischen Bergland Schuf in der vergangenen Woche in dem Ort Deir el Quamar Zuflucht vor den mit syrischer Hilfe operierenden Drusenmilizen gesucht. Der Ort ist von den Drusen und Syrern eingekesselt worden.

Die Flüchtlinge und die rund 12 000 Einwohner der Kleinstadt sind von der Außenwelt abgeschnitten. Strom- und Wasserversorgung sind unterbrochen, Lebensmittel knapp. Der Ort liegt etwa 850 Meter hoch im zerklüfteten Bergland. Er ist umgeben von Hügeln, auf denen die prosyrischen Milizen der Drusen ihre Artillerie eingegraben haben. Nach Informationen der WELT, die von der französischen Nachrichtenagentur AFP bestätigt wurden, sind auch etwa 1000 PLO-Kämpfer des pro-syrischen Arafat-Rivalen Abu Mussa und mehrere Hundert syrische Soldaten mit etwa 80 Panzern an der Blockade um Deir el Quamar beteiligt. Auch die palästinensische Agentur Wafa spricht von einer „Beteiligung der Palästinenser an den Kämpfen" auf seiten der sozialistischen Partei des Drusen-Führers Dschumblatt und seiner Verbündeten.

Ein Konvoi des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), der Wasser, Kindernahrung und Medikamente in den eingekesselten und von

SEITE 2:
Blutiger Schuf

Menschen überfüllten Ort bringen sollte, wird von den Drusen festgehalten.

Die Drusen wollen nach eigenen Angaben die Hilfsmannschaften des IKRK erst passieren lassen, wenn die christlichen Milizen ihrerseits die Belagerung drusischer Dörfer im Gebiet von Choneifate südlich von Beirut aufheben. Der Konvoi wartet zwei Kilometer vor der ersten Verteidigungsstellung der Christen-Milizen darauf, daß die Belagerer ihn passieren lassen.

Augenzeugen, die nach Beirut entkommen konnten, bevor der Belagerungsring sich schloß, berichten: Unter den Flüchtlingen herrsche panische Angst vor einem Gemetzel, wie sie in diesen Tagen in den Ortschaften Bmariam (WELT vom 3./4. 9.), Bamdun und Birh verübt worden waren. Man wolle deshalb den Ort verteidigen, „solange die Munition reicht und solange man noch ein Messer halten" könne. Groß sei auch die Furcht, daß die Drusen die zwei letzten Quellen vergiften, aus denen Deir el Quamar noch Wasser erhält. Die Quellen, Rain el Safa und Baruk, liegen in einem von syrischen Besatzungstruppen kontrollierten Gebiet.

Aus aller Welt treffen zur Zeit Tausende von Telegrammen im Weißen Haus ein, die Präsident Reagan auffordern, etwas für die bedrängten libanesischen Christen zu tun.

Auch an Bundeskanzler Helmut Kohl ist offiziell von seiten der libanesischen Christen ein Hilferuf ergangen. Darin heißt es: „Die libanesischen Christen sind in ihrer Existenz bedroht. Damit ist auch die Freiheit aller Christen im Orient in Frage gestellt. Die Werte der westlichen Zivilisation in diesem Raum – Freiheit, Demokratie, Pluralismus und Toleranz – sind gefährdet. Wir glauben, daß Sie über politische und moralische Mittel verfügen, uns zu helfen.

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Nein

GÜNTHER BADING

Anti-Amerikanismus um jeden Preis. Das scheint seit geraumer Zeit die Devise der Linken in der SPD. Und so wundert es schon gar nicht mehr, daß ein ausflippender Schauspieler wie Dietmar Schönherr auf einer SPD/DGB-Veranstaltung in Essen den amerikanischen Präsidenten ungestraft und unwidersprochen „Verbrecher" nennen darf. Auch unwidersprochen, denn SPD-Vizevorsitzender Johannes Rau befand sich just zum fraglichen Zeitpunkt außerhalb des Raumes. Er formulierte seine Distanzierung denn auch lieber gegenüber dpa, statt zum Mikrofon zu gehen und die Meinung des anständigen Deutschland, dem er sich ja zurechnet, öffentlich zu sagen.

Anti-Haltung zum Doppelbeschluß der NATO und der in seiner Logik liegenden Stationierung von Mittelstreckenwaffen bei uns, wenn sich die Sowjets nicht von ihrem Vorrüstungspotential trennen wollen, schien bisher ebenfalls ein zweifelhaftes Privileg der Linken in der SPD. Mit dem Offenburger Beschluß des SPD-Landesparteitags Baden-Württemberg hat allerdings jetzt erstmals ein ganzer Landesverband „Nein ohne jedes Wenn und Aber" zur Nachrüstung gesagt. Wie immer sich USA und Sowjets in Genf einigen mögen oder auch nicht – die Südwest-SPD sagt nein.

Der Beschluß muß sehr ernst genommen werden. Zum einen hat er die Aussagen einzelner – wie jene Oskar Lafontaines oder seines Bremer Gesinnungsgenossen Scherf – und die Beschlüsse ähnlichen Inhalts auf Orts- oder Unterbezirksebene salonfähig gemacht. Insofern präjudiziert er die Entscheidung des Sonder-Bundesparteitags im November. Eine wirkliche Entscheidung zwischen ja und nein zu einer Stationierung im Lichte der Genfer Ergebnisse ist kaum mehr zu erwarten. Das Nein ist programmiert.

Der Offenburger Beschluß macht aber – zum anderen – auch Angst. Wohin marschiert eine Partei, die beschließt, sich der Regierungspolitik zu „widersetzen"? Wenn eine Minderheit die Politik der demokratischen Mehrheit ablehnt, ist das ihre Sache und ihr gutes Recht.

Wenn „sich widersetzen" aber „Widerstand" heißen sollte, dann stellt sich die Frage nach dem Demokratieverständnis. Brandt hat vor Jahren seine Partei aufgerufen: „Mehr Demokratie wagen." Er hat sie nicht gebeten, Demokratie aufs Spiel zu setzen.

Südwest-SPD: Nein ohne Wenn und Aber

Parteitag beschließt, sich der Aufstellung neuer US-Raketen zu „widersetzen"

DW. Offenburg/Bonn

Als erster Landesverband der Sozialdemokraten hat die SPD Baden-Württemberg beschlossen, die geplante Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf jeden Fall abzulehnen. Der auf dem Parteitag in Offenburg einstimmig bei einer Enthaltung verabschiedete Leitantrag geht über Beschlüsse anderer Landesverbände erheblich hinaus, denn die entscheidende Passage lautet: „Die SPD Baden-Württemberg lehnt die Stationierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen Pershing 2 und Cruise Missiles auf deutschem Territorium ab. Sie wird sich deshalb einer Durchführung der Stationierung in der Bundesrepublik widersetzen."

Eine genaue Definition des angekündigten „Widersetzens" wurde von den Delegierten nicht mitgeliefert. Bundestag und Bundesregierung wurden aufgefordert, die Stationierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik „im deutschen Interesse abzulehnen". An die USA wurde appelliert, auf die Stationierung zu verzichten. „Die SPD fordert die Sowjetunion auf, auf diesen Akt der Selbstbeschränkung mit dem Stopp der Produktion und der Aufstellung neuer SS-20-Raketen und der neuen nuklearen Kurzstreckenraketen zu antworten und die vorhandenen SS-20-Systeme wesentlich zu reduzieren", heißt es weiter.

In der Debatte hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi mit einem Verlust an Glaubwürdigkeit der SPD argumentiert. „Im Bewußtsein der Menschen wird bleiben", sagte Conradi, „daß die SPD, als sie an der Regierung war, für den Doppelbeschluß eingetreten ist. Jetzt als Opposition ist sie dagegen." Conradi: „Ein Nein ohne Wenn und Aber bringt uns zurück auf den Weg zur Glaubwürdigkeit."

Die Delegierten riefen die Parteimitglieder auf, sich an den Aktionen der „Friedensbewegung" vom 15. bis 22. Oktober zu beteiligen. Die Südwest-SPD erklärte sich ferner mit den Vertretern „zivilen Ungehorsams und gewaltfreier Aktionen" solidarisch. Oppositionsführer Vogel erklärte in „Bild am Sonntag", die Teilnahme an Aktivitäten der Friedensbewegung sei „individuelle Entscheidung eines jeden einzelnen". Er rate insbesondere jedem Abgeordneten ab, sich an Aktivitäten zu beteiligen, „die mit Ordnungsregelungen in Konflikt geraten können".

Vor der SPD Baden-Württemberg hatten bereits andere Landesverbände Anträge gegen die Nachrüstung verabschiedet. Sie waren allerdings nicht so weitreichend. So forderte die SPD in Schleswig-Holstein die Aufhebung des Nachrüstungsteils des NATO-Doppelbeschlusses und den Stopp der Stationierungsvorbereitungen. Die saarländische SPD lehnte den militärischen Teil des Doppelbeschlusses ab. Die Bremer SPD sprach sich gegen die Stationierung eurostrategischer Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland aus.

Flugzeug-Abschuß: Rumänien geht auf Distanz zu Moskau

Auch finnischer Pilotenverband wird Moskau boykottieren

DW. Bonn

Mit vorsichtiger Distanz hat sich Rumänien als einziges Ostblockland zu den Erklärungen Moskaus über den Abschuß der südkoreanischen Linienmaschine geäußert. In einer im Parteiorgan „Scientea" veröffentlichten Stellungnahme hieß es mit indirekter Kritik an der Sowjetunion, daß „solche Aktionen das Ergebnis besonderer Spannungen im internationalen Leben sind, die Mißtrauen und Verdächtigungen zwischen den Ländern sowie Kriegspsychose erzeugen und zu Maßnahmen der Unterdrückung führen".

Zwar wurde in dem Kommentar weder den USA noch der UdSSR an dem „zweifellos sehr zu bedauernden Zwischenfall" die Schuld zugewiesen, doch hieß es warnend, „gewisse westliche Kreise" nähmen ihn zum Anlaß, die Sowjetunion für die Zunahme der internationalen Spannungen verantwortlich zu machen. Rumänien hatte sich in der Vergangenheit in der Außenpolitik wiederholt unabhängig von Moskauer Sprachregelungen gezeigt.

Der finnische Pilotenverband hat beschlossen, Moskau für die Dauer von mindestens einem Monat nicht mehr anzufliegen. Vorsitzender Esko Villamo begründete den Beschluß in der Solidarität seiner Organisation mit dem Internationalen Pilotenverband. Die Härte des Beschlusses der finnischen Piloten hat in Helsinki Überraschung hervorgerufen. Die der Sowjetunion durch enge Nachbarschaft und Zusammenarbeit verbundene Regierung hatte es vermieden, sich zu dem Abschuß eindeutig zu äußern.

Trotz uneinheitlicher Reaktion der NATO-Staaten auf den Flugzeugabschuß hält die Bundesregierung an ihrem Plan fest, den Luftverkehr mit der Sowjetunion vom Donnerstag für 14 Tage zu unterbrechen. Bundesaußenminister Genscher sagte gestern im Hessischen Rundfunk, mit diesem „politischen Signal" solle die Forderung an Moskau verstärkt werden, den Fall vollständig aufzuklären, die Verantwortlichen zu bestrafen und eine Wiederholung künftig auszuschließen.

SEITE 8:
Wie Ost-Berlin berichtet

Als eine Demonstration, die nicht viel nütze, aber auch nicht schade, bezeichnete dagegen der SPD-Vorsitzende Brandt die beabsichtigte Einschränkung des zivilen Luftverkehrs. Unter Hinweis darauf, daß sich Frankreich, Spanien, Griechenland, die Türkei und Dänemark an der Einstellung des Flugverkehrs nicht beteiligen, erinnerte Brandt gestern im Süddeutschen Rundfunk an das Beispiel des Boykotts der Olympischen Spiele 1980 in Moskau: Er sei kaum befolgt worden.

Das sowjetische Fernsehen hat am Samstagabend ein Interview mit dem Piloten des Abfangjägers gezeigt, der das südkoreanische Verkehrsflugzeug mit zwei Raketen abgeschossen hatte. Der Pilot, dessen Name nicht genannt wurde, sagte, er habe viermal Leuchtspurmunition abgefeuert, um die Maschine zu warnen. Er sei so nah an die Maschine herangeflogen, daß er die „große Besatzung" sehen

■ Fortsetzung Seite 8

Genf: Gespräche über Andropows Angebot

DW./AFP, Genf

Die jüngsten Vorschläge des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow für die Genfer Raketengespräche werden untersucht, ob sie wirklich Kompromißbereitschaft signalisieren. Als Zeichen eines außergewöhnlichen amerikanischen Interesses an den sowjetischen Vorschlägen wird gewertet, daß beide Delegationen am Samstag in einer zusätzlichen Arbeitssitzung die Vorschläge Andropows erörtert haben. Der sowjetische Staatschef hatte eine Obergrenze von 162 Mittelstreckensystemen auf beiden Seiten vorgeschlagen. Als positiv wird darüber hinaus die Erklärung des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko gegenüber Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher angesehen, wonach die britischen und französischen Atomwaffen sowohl als Mittelstrecken- als auch als strategische Waffen angesehen werden können und daher nicht unbedingt Gegenstand der Verhandlungen in Genf sein müssen.

Bonn: Polnischer Diplomat bittet um Asyl

JGG. Haan

Der Erste Sekretär der polnischen Botschaft in Köln, Waldemar Rzedkowski, hat in der Bundesrepublik Deutschland um politisches Asyl nachgesucht. Dies bestätigte gestern der Sprecher des Auswärtigen Amtes Michael Andreas Butz in Bonn.

Aus polnischen Quellen wurde bekannt, daß der Diplomat, der seit 22 Jahren im diplomatischen Dienst, darunter vier Jahre in der Bundesrepublik Deutschland, wirkte, Zugang zu den höchsten Partei- und Regierungsstellen in Warschau gehabt hatte. In der polnischen Botschaft war er für Rechtsfragen zuständig. Seine Frau Irene ist Deutsche. Sie wurde in Oppeln (Oberschlesien) geboren. Ein erwachsener Sohn Rzedkowskis lebt in Polen, ein anderer studiert in Wien. Er soll sich nach einer Aussprache mit seinen Eltern geweigert haben, ebenfalls um Asyl nachzusuchen, und ist vorerst nach Polen zurückgekehrt. Die Ehefrau des Diplomaten – so das Grundgesetz – wird als deutsche Spätaussiedlerin betrachtet.

Popularität Reagans gestiegen

DW. Washington

Unter Hinweis auf den Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges durch sowjetische Jäger hat Präsident Ronald Reagan den amerikanischen Kongreß aufgefordert, zusätzliche Gelder für die fremdsprachlichen Rundfunksender der USA zu bewilligen. Es handelt sich dabei um den „Sender Freies Europa", „Radio Liberty" und „Stimme Amerikas".

In seiner wöchentlichen Rundfunkansprache sagte Reagan, diese Sender seien das Hauptinstrument, um dem russischen Volk die Wahrheit vermitteln zu können. „Die Sowjets haben Schreckensängste vor der Wahrheit", meinte Reagan. Die Beliebtheit Ronald Reagans ist seit der Affäre um die abgeschossene südkoreanische Verkehrsmaschine deutlich gestiegen. In einer vom Magazin „Newsweek" veröffentlichten Repräsentativumfrage gaben 53 Prozent der Befragten Reagan gute Noten für die Bewältigung seiner Amtsgeschäfte.

Seite 2: Propaganda-Gewölle

„Brücken zum Osten geschlagen"

Katholikentag in Wien beendet / Papst: Ohne Bindung keine Freiheit

DW. Wien

Den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung stellte Papst Johannes Paul II. gestern in den Mittelpunkt seiner Predigt zum Abschluß des österreichischen Katholikentages in Wien. An dem Festgottesdienst im Donau-Park nahmen fast 300 000 Menschen teil.

Der Papst betonte, daß die Verantwortung des Menschen für sich selbst, für die Mitmenschen und für die ganze Welt gelte. In dem als Eucharistiefeier angelegten Gottesdienst nahm er Bezug auf das Evangelium des Sonntags mit dem Gleichnis vom verlorenenen Sohn, das „das ganze Drama des Menschen von einer schlecht genutzten Freiheit" sei. Es gebe keine Freiheit ohne Bindung, weil der Mensch ohne Verantwortung wie der Sohn im Gleichnis „in ganz neue, menschenunwürdige Abhängigkeiten" gerate. Wo Bindungen an die letzten Werte fehlten, zerfielen Ehe und Familie „und werde das Leben des anderen, besonders des ungeborenen, alten und kranken Menschen gering geachtet", warnte der Papst.

Fortschritte in Technik und Wirtschaft und schnell gestiegener Lebensstandard hätten zu grundlegenden Veränderungen in der Gesellschaft geführt. Dadurch seien „viele Menschen von der Euphorie erfaßt worden, daß der Mensch nun die Welt in den Griff bekommen hat", sagte Johannes Paul ebenfalls unter Anspielung auf den „verlorenen Sohn". Dem selbstbewußten Auszug des Sohnes sei „bald die große Ernüchterung gefolgt, gepaart mit der Angst vor den neu hinzugewonnenen Möglichkeiten".

Der Wiener Erzbischof Franz Kardinal König nahm in der Veranstaltung im Donaupark, als „Kathedrale unter freiem Himmel" bezeichnet, Bezug auf den Ort der Handlung: eingebettet zwischen UNO-City und Arbeiterwohnbezirken, unweit der Staatsgrenze zu Ungarn und der CSSR und gegenüber dem einstigen Schlachtfeld, von dem aus die Befreiung Wiens von der Türkenbelagerung vor 300 Jahren unter dem Polenkönig Jan Sobieski eingeleitet worden war. „An diesem Festtag sollen über die Grenzen geistige Brücken zum Osten geschlagen werden, um an die gemeinsamen geschichtlichen Fundamente zu erinnern, auf denen Europa gewachsen ist", sagte König.

Seite 6: Verantwortung für Europa

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Blutiger Schuf

Von Jürgen Liminski

In Libanon bahnt sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit eine Katastrophe an. Rund 90 000 flüchtende Christen sind in der Stadt Deir el Quamar eingekesselt. Ihre Belagerer – Drusen, Syrer und Palästinenser – sind Verbündete der Sowjetunion. In Deir el Quamar wurden schon einmal, 1860, Tausende von wehrlosen Christen durch drusische Krieger hingemetzelt.

Französische Diplomaten haben damals in ihren Rapports für die Nachwelt kartesianisch genau die unvorstellbaren Grausamkeiten festgehalten. Diese Nachwelt ist heute, anders als vor einem guten Jahrhundert, als Zeuge vor der Tat zugegen. Damals verhinderte ein französisches Expeditionskorps weitere Massaker. Heute, da die westlichen Truppen schon auf libanesischem Boden stehen, könnte die große Katastrophe verhindert werden, wenn, ja wenn der Westen sich aufrütteln läßt.

Franzosen, Amerikaner und Italiener müssen deshalb nicht gleich in die zerklüfteten Hochtäler des Schuf vordringen und in verlustreichen Kämpfen den Ring um Deir el Quamar brechen. Es gibt heute andere Mittel, Druck auf Drusen, Syrer und möglicherweise auch die Sowjets auszuüben. Voraussetzung ist eben, daß eine Entscheidung getroffen wird.

Vielleicht liegt die Schwierigkeit darin, zugunsten eines christlichen Volkes zu entscheiden. Ist es nicht beschämend für die Christdemokraten in den weichen Fauteuils der Macht, wenn gerade eine israelische Zeitung darauf aufmerksam macht, daß, anders als bei den Vorgängen um Sabra und Schatila, „keine Massenkundgebungen am Times Square, am Trafalgar Square und auf der Place de la Concorde" stattfinden?

Die libanesischen Christen sind entschlossen, in Libanon zu bleiben. Sie krallen sich an ihren Bergen fest. Nur: Gegen den immer wieder anstürmenden Fanatismus arabischer Nachbarn – heute sind es die Syrer, die sich der Drusen bedienen – können sie ohne Schutzmacht nicht bestehen.

Propaganda-Gewölle

Von Heinz Barth

Weit über eine Woche nachdem die Opfer des fernöstlichen Kapitalverbrechens in der Japanischen See versanken, hat uns das Fernsehen ein neuartiges optisches Erlebnis vermittelt. Zum ersten Mal begegnete die Welt auf ihren Bildschirmen einem leibhaftigen Sowjetmarschall mit dem Zeigestock in der Hand vor einer Generalstabskarte, die mit militärischen Hieroglyphen sorgsam präpariert war.

Soviel Auskunftsbereitschaft, wenn auch enorm verspätet und widerstrebend herausgewürgt wie das Gewölle eines Steinkauzes, gibt zu denken. Es ist kaum anzunehmen, daß Marschall Orgakow mit ungewohnter Fügsamkeit sämtliche Fragen der Auslandspresse beantwortete, weil der Kreml von der einmütigen Verurteilung durch die Weltmeinung sonderlich beeindruckt war. Bisher hatte sich die Sowjetführung immer nach dem resignierten Sprichwort der Franzosen orientiert: „Vergieße Tränen, und sie werden an dir zweifeln. Vergieße Blut, und sie werden dir glauben."

Ganz sicher – die Empörung des Westens kann es nicht gewesen sein, die die Sowjets zu dem Geständnis im Orwellschen „New Speak" inspirierte, der Jumbo sei mit Raketen „angehalten" – also nicht etwa abgeschossen – worden. Ohnehin konnten sich nur zehn von fünfzehn NATO-Verbündeten zu einem Symbol-Boykott des Luftverkehrs mit der Sowjetunion entschließen. Auch 269 Gemeuchelte ändern heutzutage nichts mehr daran, daß Amerikas europäische Partner mit Churchill-Worten, aber mit Chamberlain-Taten reagieren. Da kann sich Washington nur mit dem Beispiel des kleinen Finnland trösten, das die Nähe des roten Bären nicht abschreckte, sich dem Boykott freiwillig anzuschließen.

Wieso also die unsowjetische Mitteilsamkeit? Wohl nur weil die Agitprops des Kreml auf ihrem Spezialgebiet so ausgepicht sind, daß sie die Zuträglichkeit von der Unzuträglichkeit der zynischen Lüge mit feiner Nuancierung unterscheiden können. Es galt, die politische Führung zu entlasten, denn wir leben im elektronischen Zeitalter, in dem Verbrechen großen Kalibers der Masse der Sowjetmenschen nicht verborgen bleiben können. Überdies sprengen Untaten wie diese alle Proportionen. Gewalt ist eine erschreckende Waffe im Nervenkrieg. Doch der geübte Propagandist vergißt nie, daß sie schartig wird, wenn sie zu unbesonnen zustößt.

AIDS-Hysterie

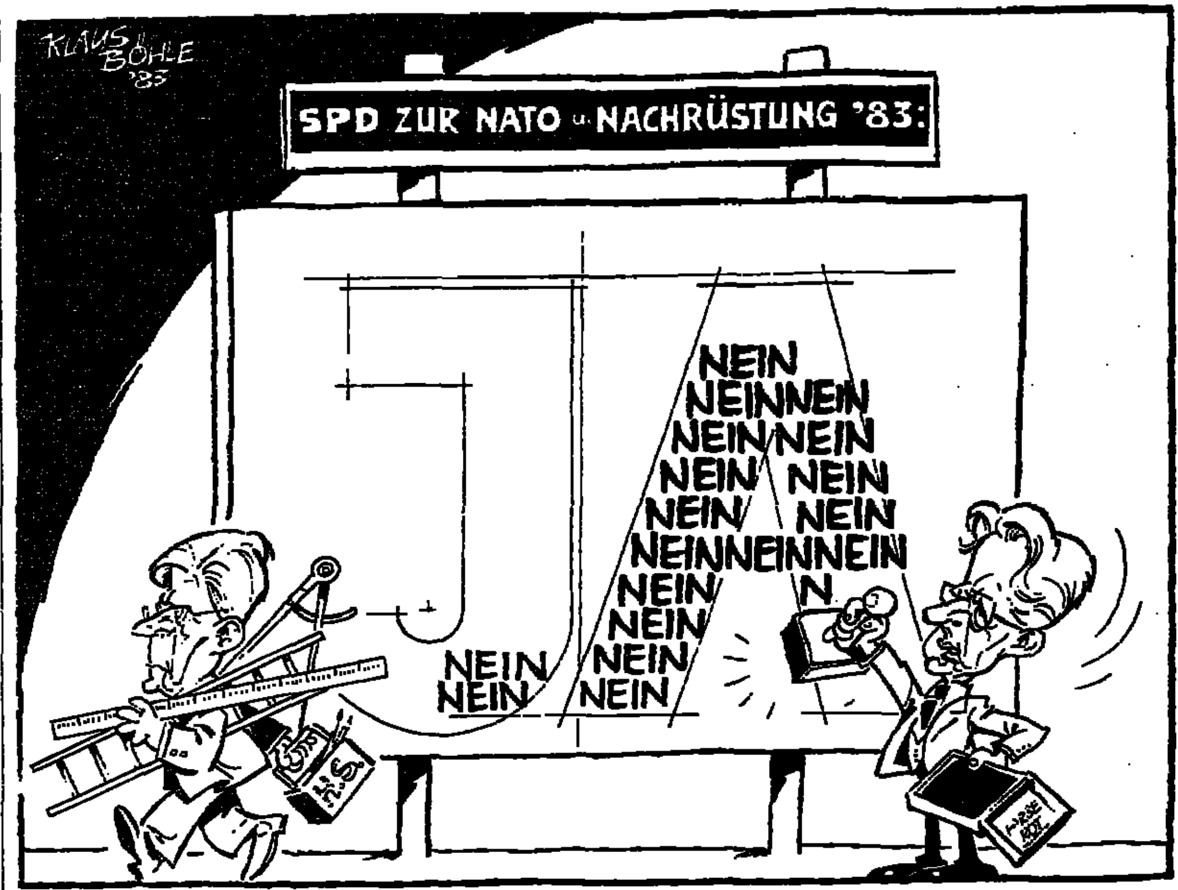
Von Jochen Aumiller

AIDS, die erworbene und tödliche Immunschwäche, ist seit Jahresfrist die schlagzeilenträchtigste Erkrankung und inzwischen auch schon auf Mediziner-Kongressen zum Ohrwurm geworden: Anzeichen einer AIDS-Hysterie sind unverkennbar. Die Urangst vor einer unentrinnbaren Seuche geht um, vor der letzten großen Pestilenz dieses Jahrhunderts. Manche sprechen sogar von einer Gottesstrafe, die den Sumpf aus Unmoral und Sünde trockenlegen wird: Drei Viertel aller AIDS-Opfer sind Homosexuelle mit häufig wechselnden Intimpartnern, Strichjungen also, das wandelnde Verderbnis. Was wunder, wenn man ihnen, der personifizierten Anti-Moral, alles Schlechte, und sei es AIDS.

Diesem Verdikt des Volkszorns fallen, zumindest in den USA, wo bis Mitte Juli knapp 2000 Fälle gemeldet wurden (im „Rest der Welt" vergleichsweise bescheidene 130), alle Homosexuellen zum Opfer. Mit AIDS-Kranken möchte man nichts zu tun haben, selbst Ärzte und medizinisches Pflegepersonal bleiben lieber auf Distanz, wie man amerikanischen Schilderungen entnehmen kann. Man hat Angst, sich bereits im Gespräch mit diesen Kranken den Tod zu holen. Es ist zudem bislang kein Fall bekanntgeworden, der auf gelegentlichen oder auf täglichen Umgang mit solchen Patienten zurückgeführt werden könnte. Sie wie Aussätzige zu behandeln, entbehrt also jeder vernünftigen Rechtfertigung.

Weil der dringende Verdacht besteht, daß der noch unbekannte AIDS-Erreger über Blut oder Blutprodukte verbreitet wird, fiel auch eine wichtige Impfung, die aus Blutextrakten hergestellt wird, unter den Bannstrahl: die Schutzimpfung gegen die Hepatitis B, eine Leberentzündung, die bei einem Teil der Betroffenen zur tödlichen Leberschrumpfung, vermutlich auch zum Leberkrebs führt. Wie jetzt internationale Experten im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation festgestellt haben, sind die Vorwürfe haltlos. Fehlalarm. Die Impfung ist nicht nur sauber, sie ist auch so wirkungsvoll, daß sie nachdrücklich empfohlen wurde.

Die AIDS-Geschichte ist erst wenige Kapitel alt, sie gäbe jetzt schon Stoff für so manchen Thriller ab. Zur Panik jedenfalls besteht kein Anlaß. Die bekannten Risikogruppen freilich sollten sich ihrer Gefährdung wohl bewußt sein.



Abgestempelt

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wider das Medien-Monopol

Von Karl Steinbuch

Die Erfindung des Buchdrucks vor einem halben Jahrtausend hat unsere Welt gründlich verändert: Ohne Buchdruck wären Aufklärung und bürgerliche Freiheiten schwerlich – wenn überhaupt – gekommen. Das Blei aus dem Setzkasten war stärker als das Blei aus der Flinte. Gegenwärtig ereignet sich wieder eine ähnliche technische Veränderung unserer Welt: die Heraufkunft neuer elektronischer Medien, wie sie zum Beispiel auf der Funkausstellung zu sehen waren. Da ist zum einen das Kabelfernsehen, bei dem eine größere Anzahl von Programmen in hoher Qualität angeliefert wird. Hinzu kommt der Bildschirmtext, mit dessen Hilfe praktisch jede interessierende Information lesbar auf dem Bildschirm erscheint – von den neuesten Nachrichten bis zum Kontostand, ferner die Videorecorder und Bildplatten verbesserter Qualität, mit denen wir selbst aufgenommene oder fertig gekaufte Programme jederzeit abspielen können; und schließlich das direkte Satellitenfernsehen, bei dem wir mit unserem heimischen Fernsehgerät mehrere Programme unmittelbar vom Satelliten empfangen können.

Aber so rational die Technik auch ist – so irrational geht man mit ihr um: Da wird verteufelt und mystifiziert, da werden überholte Strukturen konserviert und Arbeitsplätze vernichtet: man will keine „verkabelte Gesellschaft!", keine „Fremdkommerzialisierung!", kein „Profitfernsehen!" – Orwell und der (Ex-)Datenschützer Bull waren allgegenwärtig. Allerdings hatte sogar der SPD-Mann Peter Glotz schon feststellen müssen: „Wenn die Bundesrepublik Deutschland nicht genauso wie bei der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung oder bei der Unterhaltungselektronik verspielen und den Markt den Japanern überlassen will, dann muß sie sich auf das Gebiet der Kommunikationstechnologie konzentrieren." Der aufmerksame Zeitgenosse fragt sich, wer denn eigentlich unsere Technik, Post und Industrie in den letzten Jahren daran gehindert hat, auf dem Gebiet der Kommunikationstechnologie Fortschritte zu machen? Waren es nicht gerade Glotzens Parteigenossen, die ständig blockierten? Dieser Zeitverlust hat unserer Wirtschaft Schäden in Höhe vieler Milliarden Mark zugefügt – und diese fehlenden Milliarden stehen für sehr viele fehlende Arbeitsplätze.

Ein Hauptmotiv der Verhinderer und Bremser war, daß sie das – unnötig gewordene – Rundfunkmonopol konservieren wollten, weil eben dieses ihnen bis in unsere Tage hinein großen politischen Nutzen bringt. Einst – als der Rundfunk noch durch die Luft zum Empfänger kam – war das Rundfunkmonopol noch unvermeidbar gewesen: Man konnte über das begrenzte Frequenzband nur wenige Programme übertragen, die Frequenzen waren international knapp und zugeteilt. Doch jetzt – wo man über Kabel oder Glasfaser beliebig viele Programme zum Empfänger transportieren kann – jetzt ist das Monopol so unnötig wie ein Kropf. Gegen die Chance, das Monopol mit seiner Medienideologie durch Widerspruch und Meinungsvielfalt zu ergänzen, wehren sich die Nutznießer des Monopols vehement.

Keiner kann sich erinnern, jemals eine Sendung unserer öffentlich-rechtlich organisierten Medien empfangen zu haben, in der das Problem „Monopol oder Wettbewerb?" ausgewogen abgehandelt worden wäre. Ich jedenfalls habe nur solche gesehen, in denen die Vorzüglichkeit des Monopols gepriesen wurde.

Freilich: Auch das Argument trägt nicht, die Monopolmedien seien das gemäße Vehikel, die Ideen der geistigen Elite zu verbreiten. Wir wissen doch, daß als Elite gilt, wen die Massenmedien als „Elite" präsentieren. So ist es bei uns zur Routine geworden, nach Wunsch und Bedarf passende Gegeneliten mit alternativer Logik aufzubauen. Die Meinungsmache der Monopolmedien ist sakrosankt: Wer kann ihr schon widersprechen!

Da kann zum Beispiel Hoimar von Ditfurth – wohlverpackt in wissenschaftliche Banalitäten – seine ideologischen Sottisen verbreiten – ohne Gefahr, sich ernsthafter Kritik stellen zu müssen. Zu jeder Frage findet sich jener Rhetorik-Professor, der zwar von der Sache nichts versteht, aber anmutige linke Auskünfte gibt. Oder der Kabarettist Dieter Hildebrandt, weit unterhalb seines früheren Anspruch-Niveaus agitierend, darf er heute als „Scheibenwischer" zur besten Sendezeit den Aufklärer mimen. Was wird aus einem Volk, das sich an Einfallslosigkeit und Rhetorik orientieren muß, weil ihm derlei durch das Monopol aufgenötigt wird?

Das Thema „Monopol oder Wettbewerb" wurde und wird meist im Hinblick auf die Verbreitung materieller Güter diskutiert – und kaum einer zweifelt daran, daß die Wettbewerbswirtschaft der monopolistischen Wirtschaft weit überlegen ist. Doch gibt es da zusätzlich noch einen wichtigen Unterschied zwischen der Verbreitung materieller und informationeller Güter: Ein materielles Monopol kann kritisiert und korrigiert werden, bei einem informationellen Monopol ist das nicht möglich.

Hier liegt die schwerste Gefahr des informationellen Monopols: Es ist nicht mehr rückholbar, es wird leicht zum „großen Bruder". Diese Gefahr wiegt viel schwerer als die Gefahr sinkenden publizistischen Niveaus beim Wettbewerb. Das Problem der Informationsselektion läßt sich nur und ausschließlich dadurch befriedigend lösen, daß auch bei der Verbreitung von Informationen Wettbewerb veranstaltet wird. Auf diese Weise kommen auch Andersdenkende zu Wort, wird die Medienideologie durch Meinungsvielfalt ersetzt.

GAST-KOMMENTAR



Prof. Dr. Karl Steinbuch, Autor vieler Werke über Kommunikation, war bis zu seiner Emeritierung Lehrstuhlinhaber an der Technischen Universität Karlsruhe FOTO: ROLF DONECKER

IM GESPRÄCH Awraham Tamir

Graue Eminenz in Uniform

Von Ruben Assor

In einem ruhigeren Land stünde die Karriere von Awraham („Abrascha") Tamir heute wohl auf dem höchsten Zenit einer akademischen Laufbahn. In Israel ist er ein Frühpensionär mit großer Vergangenheit. Mehr als jeder andere hat Brigadegeneral Tamir zu der Entwicklung israelischer Militärdoktrinen beigetragen. Er tat dies ebenso gründlich wie brillant und belegte jede Theorie mit Tatsachen und Zahlen. Er war der Berater von sechs israelischen Verteidigungsministern und nahm an führender Stelle an zwanzig politischen Verhandlungen teil, etwa am Entflechtungsabkommen mit Ägypten nach dem Jom-Kippur-Krieg, den Camp-David-Verhandlungen und an den Vertragsvereinbarungen mit Libanon.



Prägte die israelische Armee: Awraham Tamir FOTO. CAMERA PRESS

Israelische Fernsehzuschauer kennen ihn als den Mann hinter Ezer Weizmann oder Sharon, der Landkarten tragend mit dem jeweiligen Verteidigungsminister bei Sadat, Carter, Weinberger, Habib oder Begin eintrat. Heute ist Tamir erst 59 Jahre, und der derzeitige Verteidigungsminister Ahrens hat ihn in Pension schicken lassen, eigentlich vier Jahre später, als dies bei hohen Armeeoffizieren üblich ist. Aber sein scharfer Verstand, seine analytische Kraft und seine Belesenheit, gepaart mit einem außergewöhnlichen Gedächtnis machten ihn zum idealen Berater, das galt von Dajan bis Ahrens. Abrascha Tamir, der damals noch Trenin hieß, kam aus einfachen Verhältnissen. Persönlich erinnere ich mich noch gut an den ruhigen und verschlossenen Sergeanten in derselben Kompanie, in der ich diente. Allerdings sagte man schon damals von ihm, er habe einen überdurchschnittlichen Verstand. Zu jener Zeit war er eher scheu und bescheiden, einer, der jedoch zu seinem Dienst immer glänzend vorbereitet war und nichts dem Zufall überließ. Als der Befreiungskrieg 1948 ausbrach, war er Platoon-Kommandeur im Etzion-Block, der von den Arabern südlich von Jerusalem zerniert und eingenommen wurde. Tamir geriet in jordanische Kriegsgefangenschaft, und nach seiner Freilassung begann eine relativ langsame militärische Karriere, die ihn jedoch in den Generalstab führte, in dem er Ausbildungsreglements entwickelte und Hunderte von Planspielen entwarf. Schon 1961 konzipierte er die ersten großen Manöver, und bereits vor dem Sinai-Feldzug 1956 trugen Aufmarschpläne seine Handschrift. Er hatte außerdem maßgeblichen Anteil an der Schaffung einer israelischen Militärakademie.

Tamirs große Stunde kam unter dem Verteidigungsminister Ariel Sharon. Tamir wurde zum Brigadegeneral ernannt und errichtete eine neue Informations- und Befehlszentrale, mit deren Hilfe es Sharon möglich war, praktisch den Generalstab und dessen Chef zu übergehen. Die neue Institution wurde „Einheit für die Nationale Sicherheit" genannt (hebräische Abkürzung: „Jalal"). Tamir holte sich fähige Offiziere, Wissenschaftler und Computerfachleute, und es gelang Sharon beinahe, eine Art „Neben-Generalstab" zu schaffen, der ihm unmittelbar unterstand. Dadurch wurde der Einfluß Tamirs – aber auch Sharons – immens. So sind die eigentlichen Entscheidungen vor und während des Libanon-Krieges im „Jalal" vorbereitet worden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es zur deutsch-deutschen Begegnung am Rande der KSZE-Folgekonferenz in Madrid:

Ein deutsch-deutsches Phänomen bleibt vom KSZE-Folgetreffen festzuhalten: Während sich rundum Aggressionen entluden und die Atmosphäre zwischen den Supermächten immer bedrückender wurde, verhielten sich die Außenminister aus Bonn und Ost-Berlin so, als lebten sie auf einer von allen politischen Stürmen verschonten Insel. Ihre Begegnung verlief offensichtlich fast störungsfrei und führte auch zu einem konkreten Ergebnis: Die beiderseitigen Abrüstungsgespräche werden möglichst bald wiederaufgenommen. Diese betonte Friedfertigkeit, die in den vergangenen Jahren undenkbar war, weil Ost-Berlin stets Bonn für jede Verschlechterung des Ost-West-Klimas mit haftbar machte, muß wie ein kleines Wunder wirken. Doch hier waltet nicht neu entdeckte Liebe unter zwei gegensätzlichen Systemen, hier bestimmen ganz konkret gemeinsame Interessen das Verhalten. Die Bundesrepublik will den Bereich menschlicher Erleichterungen vor Auswirkungen einer möglichen Nachrüstung abschirmen, die DDR begehrt weitere Linderung ihrer finanziellen Nöte. Nichts wäre erstrebenswerter, als dieses Reservat möglichst lange bestehen zu lassen. Vor Illusionen sei jedoch gewarnt. Verstärkt sich die Flut der gegenseitigen Beschuldigungen zwischen Moskau und Washington weiter so wie in den letzten Tagen, werden auch die von Bonn und Ost-Berlin aufgerichteten Dämme brechen. Vorerst ist jedoch mit Genugtuung zu registrieren, daß in Deutschland nicht mehr die Eiszeit ausbricht, wenn zwischen Moskau und Washington die Temperaturen unter den Nullpunkt sinken.

Süddeutsche Zeitung

Das in München herausgegebene Blatt schreibt über das Thema Frauen in der Bundeswehr:

Zunächst einmal schränkt ... das Grundgesetz mit dem Verbot jedes Waffendienstes für Frauen die Einsatzmöglichkeiten von Soldatinnen bei der heutigen Militärtechnologie so sehr ein, daß – so ein Gutachten der Hardthöhe – deren „Laufbahnerwartungen außerhalb des Sanitätsdienstes sehr begrenzt wären". Wer aber nur in der Sanität dienen kann, dem stehen eben nicht – wie Würzbach sagt – alle Teilstreitkräfte ohne Tabu offen; und damit genießt er (oder besser: sie) auch nicht die gleichen „Rechte, Pflichten und Chancen" wie alle anderen Berufs- und Zeitsoldaten. Auch die Vorstellung Würzbachs, es könnten 15 000 Planstellen für Soldatinnen geschaffen werden, muten eigenartig an, wenn man weiß, daß seit geraumer Zeit von Hardthöhen-Experten mit maximal 8000 solcher Stellen gerechnet wird, die überhaupt von Frauen besetzt werden könnten. Führt man sich dann noch vor Augen, daß in den frühen neunziger Jahren fast 100 000 Wehrpflichtige fehlen werden, so läßt sich erkennen, daß der freiwillige Dienst von Frauen nicht mal ein Tropfen auf diesen heißen Stein wäre.

Das Bonner Außenamt und die falsche Perspektive

Wieso der Bundespräsident in Sarajevo in eine peinliche Situation geraten konnte / Von Carl Gustaf Ströhm

Der Staatsbesuch, den Bundespräsident Carstens in der vergangenen Woche Jugoslawien abstattete, hat die „Südostflanke" der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik wenigstens für einige Tage in den Mittelpunkt des Bewußtseins gerückt. Es gehört leider zu den fast traditionellen Schwächen unserer Ostpolitik, daß aus subjektiv verständlichen, sachlich aber nicht gerechtfertigten Gründen der „Osten", die kommunistische Welt, vorrangig aus der Perspektive Bonn–Berlin–Warschau–Moskau betrachtet wird. Der Südosten bleibt in dieser Betrachtungsweise eher ein Stiefkind. Dabei sollte die Erfahrung lehren, daß sowohl politisch wie auch strategisch oft die Flanken wichtiger sein können als der „Mittelabschnitt" einer Front.

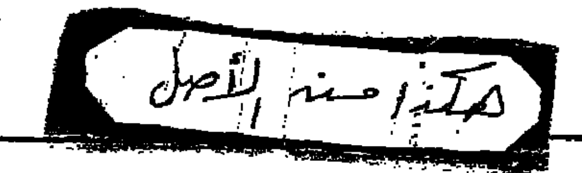
Der deutschen Diplomatie und der deutschen Politik ist vor allem die Kenntnis der komplizierten Zusammenhänge des Südostens und hier nicht zuletzt Jugoslawiens verlorengegangen – wenn man sie jemals besessen haben sollte. Ein Symptom für diesen Wissensverlust, um nicht zu sagen: Ahnungslosigkeit, war der Fall Sarajevo: In der Hauptstadt der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina ließ man den deutschen Bundespräsidenten das Museum besuchen, das zu Ehren der Attentäter errichtet worden ist, die am 28. Juni 1914 den österreichischen Thronfolger mit dessen Frau ermordet hatten.

Den deutschen Verantwortlichen für diesen unglaublichen Ausrutscher kam es offenbar gar nicht in den Sinn, daß es einigermaßen seltsam ist, ein Staatsoberhaupt zur Feier der Ermordung eines anderen Staatsoberhaupts in eine solche Gedenkstätte zu führen. Mit den Worten „Der Mord in Sarajevo betrifft doch nur die Österreicher", reagierte ein Angehöriger der begleitenden Bonner Beamtenschaft auf zweifelnde Vorhaltungen. Daß vom Ersten Weltkrieg, der wegen Sarajevo ausgebrochen ist, Millionen von Deutschen betroffen waren, hatte er offenbar völlig vergessen.

Was aber die eiligen deutschen Polit- und Protokollmanager noch weniger verstanden, war die Tatsache, daß der Mord von Sarajevo nicht nur die deutsche Geschichte entscheidend mitgeprägt, das Ende des Bismarck-Reiches besiegelt und indirekt sogar den Zweiten Weltkrieg und die Teilung Deutschlands mitverursacht hat.

Nicht minder wichtig ist aber der Umstand, daß der Mord innerhalb der südslawischen Völker zu schweren Spannungen führte – und daß einige dieser Spannungen indirekt auch heute noch spürbar sind. So mußte der damalige österreichische Landeschef von Bosnien nach dem Mord den Ausnahmezustand verhängen, weil wütende kroatische und islamische Bewohner Sarajevos die Häuser und Geschäfte der serbischen Bevölkerung zu zerstören begannen – die Attentäter gehörten zum serbischen Bevölkerungsteil. Ein Gang in das Museum des „Jungen Bosnien" in Sarajevo ist also nicht nur eine Verbeugung vor politischen Attentätern – was im Zeitalter der Verurteilung des Terrorismus einigermaßen seltsam erscheinen muß. Er stellt zugleich eine Art Einmischung in die latent vorhandenen Nationalitätenschwierigkeiten Jugoslawiens dar, den man besser unterlassen hätte. Denn die bosnischen Moslems, die inzwischen in der Teilrepublik die Mehrheit der Bevölkerung stellen, lassen keinen Zweifel daran, daß dies nicht „ihr" Attentat war – und auch die Kroaten wollen damit wenig zu tun haben. Die Serben wiederum haben heute gleichfalls ein differenziertes Bild von der damaligen Zeit. Durch den deutschen Staatsbesuch ist also um das „Museum des jungen Bosnien" eine Diskussion in Gang gekommen, welche im Interesse der deutsch-jugoslawischen Beziehungen wie einer ausgewogenen Nationalitätenpolitik in Jugoslawien besser unterblieben wäre. Die deutsche Seite hat sich damit ungewollt, aber wirksam selber in ein Wespennest hineingesetzt.

Aus alledem sollte man einige Schlüsse ziehen. Es genügt in der komplizierten Welt des Südostens nicht, wenn eilige Bonner Minister für einige Stunden Zwischenstation machen und Protokollbeamte einen Staatsbesuch abspulen, als fahre man irgendwohin nach Skandinavien oder in die Benelux-Länder, wo alles schön übersichtlich auf dem Tablett liegt und Fehler nur am Rande passieren können. Die Bundesrepublik Deutschland muß zu einer konstanteren Südostpolitik gelangen, die sich der Bedeutung, aber auch der Fallstricke und der Diffizilität dieses Raumes – sowie der deutschen Verstrickungen und Verwicklungen aus historischer Zeit – bewußt ist. Dabei ist eines zu bedenken: Die Deutschen waren auf dem Balkan, südlich der Karawanken bis hin nach Albanien und dem Schwarzen Meer immer als gute Techniker, neuerdings auch als gute Kreditgeber – aber als schlechte, tolpatschige Politiker angesehen. Es wäre in unserem eigenen Interesse, daß sich diese Auffassung ändert. Aber vielleicht sollten wir als Voraussetzung dazu anfangen, ein wenig Geschichte zu lernen.



Auch das Zuchthaus brach den Willen nach Freiheit nicht

Sieben Jahre brauchte Rainer Bäurich, um aus der „DDR" in die Bundesrepublik zu gelangen. Eine Zeit, die er vorwiegend im Zuchthaus verbrachte. Jetzt kaufte ihn Bonn gemeinsam mit 43 anderen Häftlingen frei.

Von WERNER KAHL

Die Insassen des Busses auf der alten thüringischen Landstraße hatten auf einmal keinen Blick mehr für die Wartburg an der linken Seite übrig. Vor ihnen tauchten die hellroten Ziegeldächer der hessischen Grenzgemeinde Herleshausen auf. Einige Frauen preßten ihre tränennassen Gesichter an die Scheiben. Sie winkten den westdeutschen Zöllnern zu, als der Bus ohne Kontrolle über die Autobahn Richtung Bundesnotaufnahmelager Gießen preschte.

Unter den 44 freigekauften „DDR"-Häftlingen befand sich auch der im Zuchthaus Brandenburg schwer erkrankte Bürgerrechtler Rainer Bäurich. Hinter der letzten Kurve um die Minengasse entlang des Todesstreifens sah der Mann im grauen Flanell unwillkürlich auf die Armbanduhr. Die Zeit, da ihn das Sowjetsystem im Zuchthaus zum Widerruf seines christlichen Manifestes und Bekenntnisses zur Freiheit zwingen wollte, war endgültig abgelaufen.

„Ich habe drüben immer offen gesagt, daß ich Sehnsucht nach Freiheit habe, eine unbezähmbare Sehnsucht", sagte der 47jährige Dresdner Elektroingenieur. Sein wahres Vaterland, so bekamen es seine Vernehmer und Zuchthausaufseher zu hören, sei die Bundesrepublik Deutschland. Um dort hinzugelangen, brauchte er schließlich sieben Jahre.

Trotz guter Kondition, so Bäurich, habe er in den siebziger Jahren nicht mehr die Kraft gehabt, „mich immerfort zu verleugnen, meine Gefühle und brennenden Bedürfnisse zu unterdrücken und mit kommunistischen Lügen zu leben". Das hatte er zugleich in einem Manuskript klargestellt, das er den „DDR"-Behörden schickte, bevor er es in den Westen sandte, um sich so nicht den Vorwurf konspirativer Tätigkeit zuzuziehen. *Das gilt als Spionage.* Der Ingenieur erhob in seiner Schrift den Vorwurf, von einer „mißbilligten Partei unerbittlich in allen Lebensbereichen reglementiert und drangsaliert zu werden".

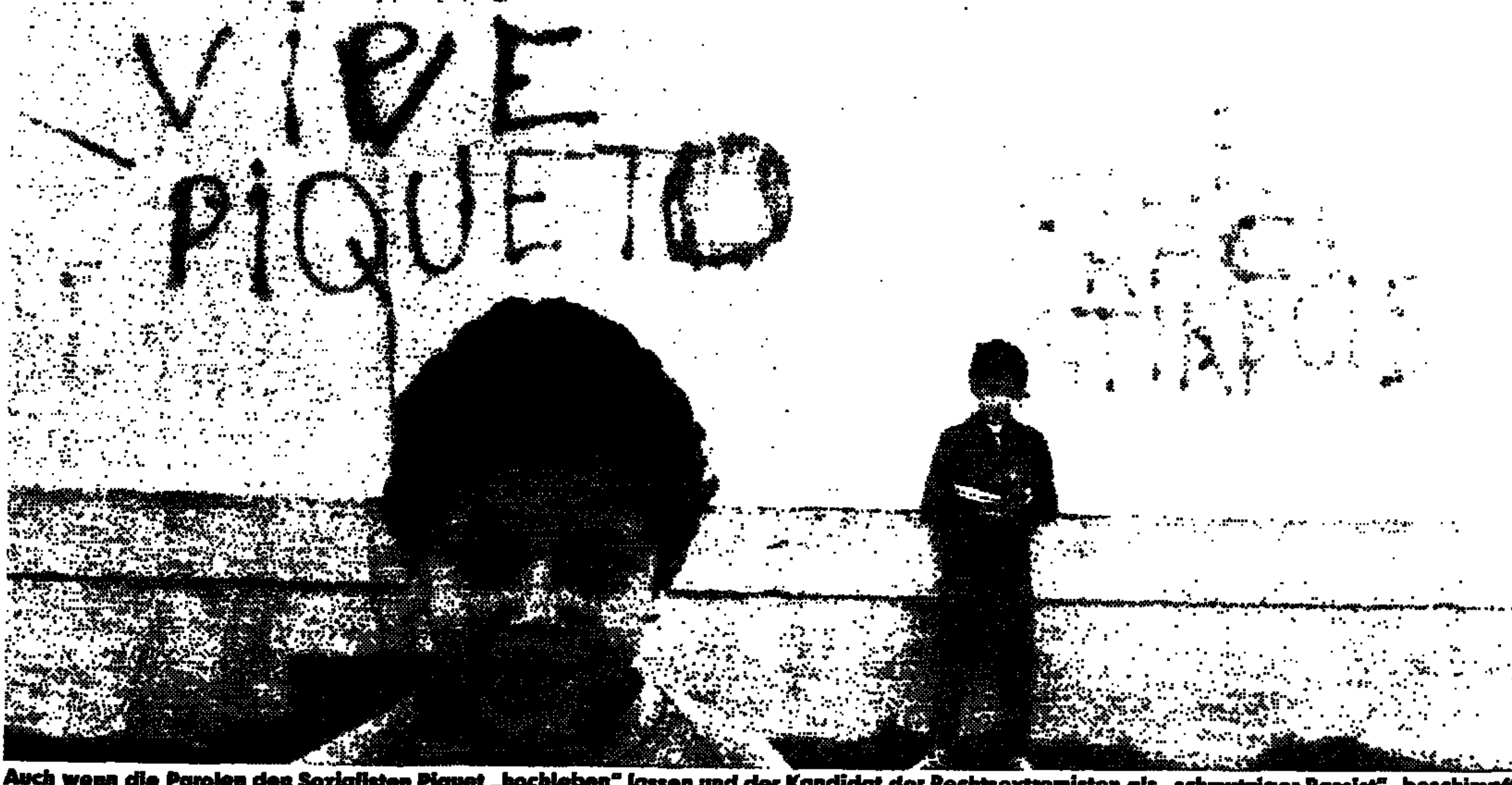
Bevor die Schrift in den Westen gelangte, wurde Bäurich Ende 1977 verhaftet und zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Nach dreijähriger Haft kam er in den Genuß einer Amnestie; kaum auf freiem Fuß, forderte er die Ausreise in die Bundesrepublik. Er wurde verhaftet. Diesmal schlugen die Richter den erlassenen Rest der alten Strafe dem neuen Strafmaß zu. Das Regime war vor allem über das inzwischen im Westen publizierte Bekenntnis Bäurichs erbost: „Ich fühle mich in der DDR nicht wie ein Mensch, sondern wie ein Leibeigener. Die Partei will mir diktieren, was ich hören, sagen, lesen und sehen darf ... die Partei will sogar unsere Muttersprache zerstören. Kriegsvorbereitung nennt sie ‚Frieden', Rechtlosigkeit heißt ‚Selbstbestimmung' und Isolation wird als ‚Völkerfreundschaft' bezeichnet." Bäurich: „Es ist ein gefährlicher Irrtum zu glauben, der Kommunismus bekäme menschliche Züge."

Daß er in dieser Woche nicht nur vorzeitig entlassen wurde, sondern auch in den Westen kommen konnte, wird von den zuständigen Stellen mit dem Einsatz des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) im Rahmen der kürzlichen Kreditgewährung an Ost-Berlin in Verbindung gebracht.

Im Zuchthaus hatten sie ihn mürbe machen wollen. „Alle kommen eines Tages hier raus, du nicht." Aber Bäurich kroch nicht zu Kreuze. Im Gegenteil: Der bei jeder Gelegenheit drangsalierte und gedemütigte Anhänger der Bekenntniskirche unternahm alles, um seine atheistischen Aufseher zu Christen zu bekehren. Über den illegalen Knastfunk der Gefangenen mit Hilfe selbstgebastelter Detektoren erfuhr er, daß die Organisation „Hilferufe von drüben", die auch in der Nachbetreuung entlassener Häftlinge beispielhaft ist, immer wieder an seinen Fall erinnerte. Er ließ sich nicht entmutigen, daß Ende der siebziger Jahre von Politikern der damaligen Bundesregierung die öffentliche Unterstützung die Ausreise aus der „DDR" heischender Personen für „schädlich" erklärt wurde. „Meine moralische Stütze war ja gerade das Bewußtsein", so Bäurich, „daß ich nicht vergessen bin." Wirklich geholfen habe ihm schließlich nur der Protest in den Medien des freien Westens.

Im Knastjargon wird das Zuchthaus Brandenburg „die Müllkippe des Sozialismus" genannt. Hinter den Backsteinmauern gibt es eine ständige Stammbelegung von etwa 1000 Lebenslänglichen: Mördern, Sicherungsverwahrten und Amokschützen der Armee. Jeweils mehrere Kriminelle werden mit einem politischen Gefangenen in eine Zelle gesperrt. Diese Praxis hat die Anstaltsleitung aus der Nazi-Zeit übernommen. Obwohl SED-Generalsekretär Erich Honecker während des Zweiten Weltkrieges selber in Brandenburg inhaftiert war, wurde dieses Erbe nicht beseitigt. „In einem Zuchthaus wie Brandenburg waren Häftlinge praktisch wehrlos ihren Peinigern ausgesetzt." Ein Zitat nicht von Rainer Bäurich, sondern von Honeckers Mitgefangenem der NS-Ära, Erich Hanke. Der heute emeritierte Professor in Ost-Berlin erinnerte sich ferner: „Die Lebensumstände waren furchtbar. Ich kam in eine Zelle, die schon mit drei Mann belegt war." Die jetzt freigekauften Brandenburg-Häftlinge des SED-Regimes kommen aus Zellen mit dreistöckigen Betten, wobei der Freiraum für den Gefangenen auf der obersten Pritsche zwischen Gesicht und Deckenwand dreißig Zentimeter beträgt.

Nach einer Strafvollzugsreform hatte das Regime 1977 „großzügigere Haftbedingungen" angekündigt. Der Gefangene erhielt daraufhin tatsächlich jedes Quartal eine Sprecherlaubnis, bei der Besucher mit dem Häftling an einem Tisch Platz nehmen durften; gestattet wurde der Empfang von vier Paketen pro Jahr und der Abbau überbelegter Zellen versprochen. Ab 1980 wurden sogenannte Vergünstigungen mehr und mehr zurückgenommen. Paketsperren beim geringsten Vergehen für ein Jahr, in manchen Fällen bis zum Haftende, Arrest, noch minderwertigeres Essen, Eiweißentzug, selten Obst und wieder zunehmende Überbelegung der Zellen bis unters Dach.



Auch wenn die Parolen den Sozialisten Piquet „hochleben" lassen und der Kandidat der Rechtsextremisten als „schmutziger Rassist" beschimpft wird, liefen Stirbois die Wähler zu. FOTO: SIPA PRESS

Das Fieber von Dreux bedroht Paris

17 Prozent der Stimmen erreichte der Kandidat der Rechtsextremen bei einer Nachwahl im französischen Städtchen Dreux. Sein Programm: Kampf den Gastarbeitern. Eine Parole, die bei steigender Arbeitslosigkeit nicht nur in Dreux Anhänger finden wird.

Von A. GRAF KAGENECK

Sehen Sie mal, da drüben, da fängt es an, da ist die Grenze." Mireille Brion weist auf einen grau verwaschenen, ziemlich heruntergekommenen Wohnblock, aus dessen Fenstern Bettwäsche und Matratzen hängen, jetzt noch, um vier Uhr nachmittags. Die ganze Hausfront entlang ist das so. Unten, auf verschmutzten Parkplätzen, drängen zerbeulte Autos älteren Zulassungsdatums ihre Karosserien zusammen. Wohnblock reiht sich an Wohnblock, alle in der gleichen trostlos heruntergekommenen Farbe. Die Menschen, die in Gruppen zusammenstehen oder verstohlen aus den Fenstern nach dem fremden Auto schielen, haben dunklen, matten Teint, schwarze Augen und krauses dunkles Haar. Es sind Algerier, Marokkaner, Tunesier, hin und wieder auch mal Senegalesen oder Malier.

Aber wir sind nicht in Algier oder Constantine, sondern in Dreux bei Paris, 65 Kilometer im Westen der Hauptstadt, auf dem Weg in die Normandie. Und von Dreux spricht in diesen Tagen ganz Frankreich. In Dreux, dem einst so beschaulichen Städtchen, dessen gesamte Bevölkerung im Sommer 1956 noch der Hochzeit des ältesten Sohnes des Grafen von Paris mit einer Württembergerin im alten Königsschloß der Bourbon-Orleans oben über der Stadt zuschauen konnte, hat es ein politisches Ereignis von beträchtlicher Tragweite gegeben. Bei einer Nachwahl zu den Stadtratswahlen vom vergangenen März hat der Kandidat der rechtsextremen Partei „Nationale Front", der 35jährige Drucker Jean-Pierre Stirbois, einen Stimmenanteil von 17 Prozent erreicht, mehr als die kommunistische Partei bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Mai 1981. Und dieses Ergebnis ist auf einen einzigen Faktor zurückzuführen: Aus Dreux mit seinen 13 000 Einwohnern im Jahre 1956 ist eine Wasserbeulenstadt von 33 000 Menschen geworden, von denen nahezu ein Viertel Einwanderer aus Nord- und Schwarzafrika sind. Der Boom der fünfziger und sechziger Jahre, der zur Gründung von Fabriken im hauptstadtnahen Dreux führte und Tausende von Gastarbeitern magisch anzog, ist inzwischen zusammengesackt. Fabriken stehen leer, Kaufhäuser wurden geschlossen, Menschen stehen auf der Straße, das Proletariat wächst, soziale und rassische Spannungen nehmen ein immer bedrohlicheres Maß an, immer mehr Franzosen verlassen die Stadt und überlassen ihre Heimstätten den Einwanderern. Dreux ist zum Abzeß geworden, zu einer Art Fokus, in der sich eines der explosivsten sozialen Probleme unserer Zeit brennglasartig zusammenzieht: das Verhältnis von Einheimischen zu Fremden in einer sozial angespannten Situation. Und weil Jean-Pierre Stirbois, der Kandidat der extremen Rechten, diese Situation auszunutzen und den angestauten Strom von Mißmut und Fremdenhaß geschickt auf seine Mühlen zu leiten wußte, bekam er über Nacht ein Wahlergebnis, das das kreuzbrave bürgerliche Lager schaudern und das sozialistische Frankreich überschäumen läßt.

Um das Fieber in Dreux zu messen, genügt ein Gang durch die scharf in Gettos zerschnittenen Vororte der Stadt. Sie heißen Les Chalamards, Les Bats, Cité Fleuri, Les Prud'Hommes und könnten genauso in Paris, Marseille oder Lyon stehen. Geradezu körperlich spürt man die Spannung, die von Bürgersteig zu Bürgersteig herrscht. Mireille Brion, selbst ein „Schwarzfuß" (ehemaliger Algeriensiedler) aus Setif, kennt diese Stimmung aus ihrer Kindheit in Nordafrika. „Man kann das nicht erklären", sagt sie. „Plötzlich ist das Mißtrauen da. Die Leute ziehen aus, sie fühlen sich nicht mehr sicher. Ihre Kinder werden mißhandelt, ihre Autos ausgeraubt, ihre Töchter schief angesehen. Plötzlich sind die anderen in der Überzahl, in den Kindergärten, den Schulklassen, im Schwimmbad. Sie sind viel kinderreicher als wir und vermehren sich wie die Kaninchen. Niemand weiß, wer legal oder illegal eingewandert ist, man läßt die Familien nachkommen, und man wohnt eben einfach zu zehnt in einem Zimmer. Die Polizei? Die traut sich schon lange nicht mehr hier hinein."

In Dreux hat es bereits Mord und Totschlag gegeben, aber man spricht ungern darüber. Jean-Pierre Stirbois hat in seinem Wahlprogramm auf der Erhöhung der Sicherheit bestanden, gerade das ist gut bei den Wählern angekommen. Seine etwas simplen, aber eindringlichen Wahl-Slogans sagen: Zwei Millionen Arbeitslose in Frankreich, das sind zwei Millionen Einwanderer zuviel. Natürlich weiß er, daß diese Gleichung nicht stimmt und nicht jeder Franzose den Platz eines schwarzen Straßenkehrers einnehmen würde, solange ihm der sozialistische Staat zwei Drittel seines letzten Lohns als Arbeitslosenunterstützung zahlt. Aber schon morgen kann das so sein. Ein Straßenkehrer verdient heute etwa 2500 Mark im Monat, das ist der doppelte Mindestlohn und mehr, als man manchem Facharbeiter bezahlt. Stirbois, auf dessen kleiner Dachterrasse über seinem Wahlbüro sich die Reporter die Kaffeetasse in die Hand geben, meint, daß die Lage in Frankreich uner den Sozialisten noch viel schlimmer wird und mancher arbeitslose Franzose schon morgen froh sein wird, den Platz eines hinauskomplimentierten Algeriers einnehmen zu können. „Unter meinen Anhängern ist eine ganze kommunistische Familie mit 17 Wählern, die seit 1945 immer KPF gewählt hat", erzählt er. „Sie sind alle zu mir übergelaufen, weil sie die Schnauze voll haben von einer Regierung, die nichts gegen die Einwanderer tut."

In der Tat hat das Regime die Zügel lange schleifen lassen. Nicht nur, daß nichts gegen die illegale Einwanderung unternommen wurde. Sie wurde förmlich ermutigt. Der sozialistische Bürgermeister von Dreux, Duval, hatte nach seiner Wahl im März 1977 (damals gab es eine rote Flut in den französischen Rathäusern) Sonderprämien für Gastarbeiter eingeführt, die sich in seiner Stadt niederlassen würden. Sie bekamen Sonderzulagen bei der Sozial- und Krankenversicherung, wenn sie bestimmte Jobs einnahmen. Kein Wunder, daß es eine Gastarbeiterschwemme gab, zu einem Zeitpunkt, in dem in Dreux schon Dutzende von Klein- und Mittelunternehmen den Schlüssel unter die Matte legen mußten, da die Konjunktur zurückging.

Hinzu kam, daß in Dreux bereits rund 2000 Algerier angesiedelt worden waren, die im Algerien-Krieg als sogenannte „Harkis" auf französischer Seite gekämpft hatten und seitdem nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren können, wo sie als Vaterlandsverräter aufgeknüpft würden. Die neuen algerischen Einwanderer betrachten diese Harkis ebenfalls als Abtrünnige, die Polizei hat alle Hände voll zu tun, die beiden Gruppen auseinanderzuhalten. Da die Harkis bei der Job-Vergabe bevorzugt werden müssen, kommt es zusätzlich zu sozialen Spannungen unter Algeriern, was der sozialistischen Stadtverwaltung außerordentlich unangenehm ist. Kein Wunder, wenn viele Harkis auch für Jean-Pierre Stirbois stimmten. Er setzt sich in bester rechtsextremistischer Tradition für die ein, die „einst ihr Blut für Frankreich vergossen", und kein französischer Arbeiter nimmt ihm das übel.

Die Sozialisten haben es leicht, nun über den Kandidaten der „Nationalen Front" herzufallen und das faschistische Gespenst an die Wand zu malen. Auch im bürgerlichen Lager hat man ein wenig kalte Füße bekommen und windet sich verlegen um die Tatsache, mit Jean-Pierre Stirbois ein Wahlabkommen für die Stichwahl und für den Sieg über den Sozialisten abgeschlossen zu haben. Jeder aber weiß, daß Stirbois, der junge Mann mit den klugen Augen über der energischen Nase, den Finger an eine der großen schwärenden Wunden Frankreichs gelegt und den Regierenden gezeigt hat, wo der Nation der Schuh drückt. Die Regierung des Premierministers Maurois hat, spät und unter dem Druck der Verhältnisse, Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung ergriffen. Ehe sie greifen, wird die Spannung weiter anwachsen.

Dreux ist nur ein Fanal gewesen, derselbe Effekt kann sich morgen in einer der Großstädte des Landes wiederholen. Die Verantwortlichen der „Viererbande", wie Stirbois verächtlich die vier großen etablierten Parteien nennt, wissen das, und sie wissen, daß man dem Phänomen nicht mehr mit dem faschistischen Buhmann beikommen kann. Ob der Erfolg der Nationalen Front anderswo wiederholt werden kann und damit die Gefahr eines wirklichen signifikativen Rechtsextremismus in Frankreich größer wird, hängt allein von der Fähigkeit der Regierung ab, das Gastarbeiterproblem ohne Rückgriff auf die rassistischen Ressentiments in den Griff zu bekommen.

WIE WAR DAS?

Als Allende die Macht verlor

Von FRANCISCO BARAONA

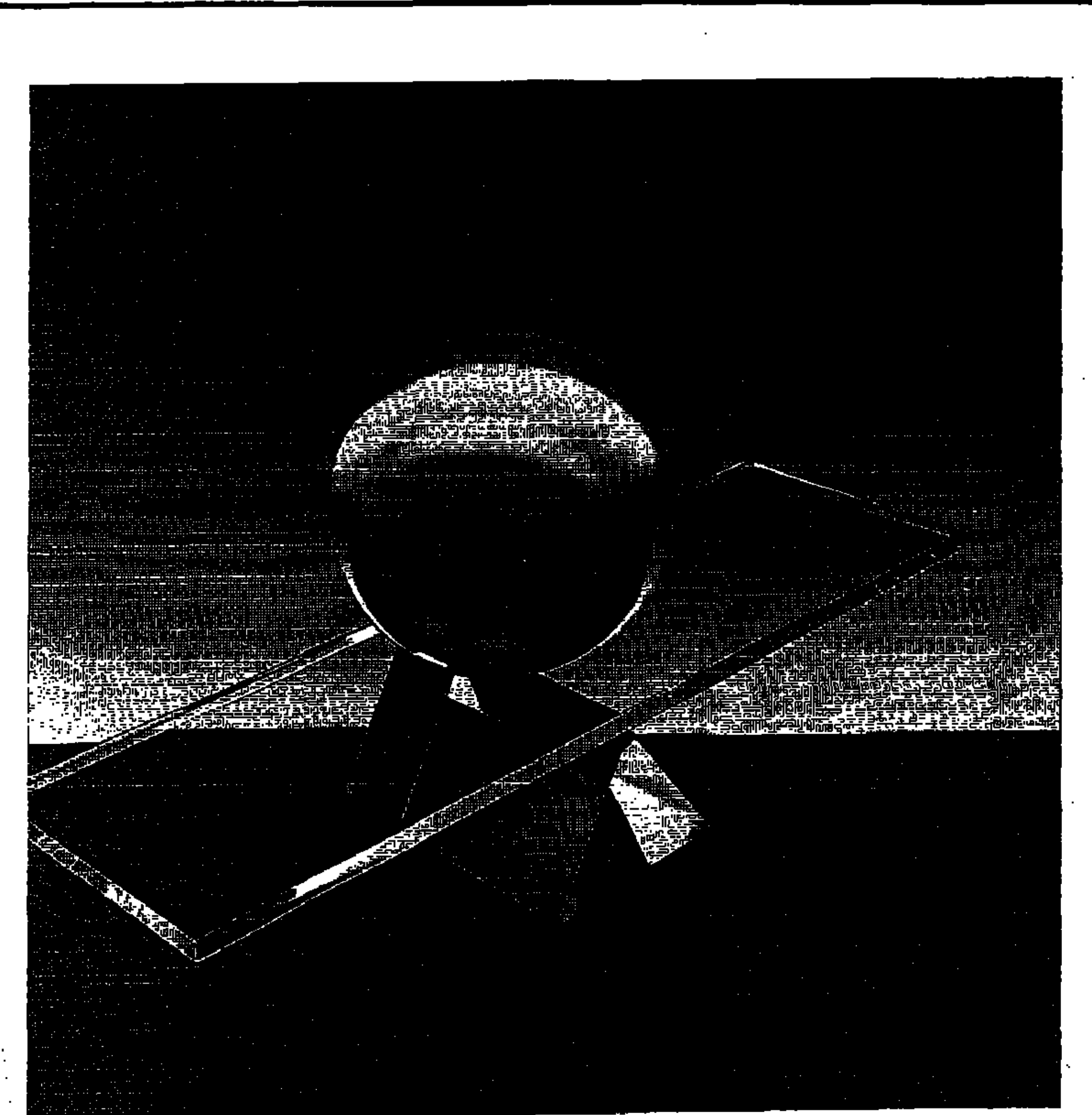
Herr General, im Namen der demokratischen Journalisten Chiles danke ich Ihnen für das, was Sie taten." So sprach ich am 12. September 1973 zum gerade ernannten Chef der chilenischen Junta, Augusto Pinochet. Als einziger Journalist war ich zugegen, als die Junta in der Hauptstadt Chiles ihren Treueeid für das Vaterland leistete. Ich war nach dem, was wir unter Allende erlebt hatten, ein Anhänger der Putschgeneräle. Heute, zehn Jahre später, zähle ich mich zu den Enttäuschten, zur Opposition.

Wenige Tage vor dem 11. September hatte das Parlament mit den Stimmen aller nichtmarxistischen Parteien die Volksfrontregierung des Salvador Allende für „verfassungsfeindlich" erklärt. Darauf hatten die Generäle gewartet. Die Erklärung legitimierte ein Eingreifen, es sei denn, Allende würde von sich aus zurücktreten. Die Tage gingen vorbei, und nichts deutete darauf hin, daß Allende an Rücktritt dachte. Das Gegenteil schien der Fall zu sein. Der Putsch lag in der Luft, von der einen oder der anderen Seite. Die Volksfront hatte ihre paramilitärischen Verbände schon weitgehend bewaffnet. Die Unterwanderung der Armee jedoch war ihr nicht gelungen.

Als Chefredakteur eines der beiden nationalen Rundfunksender konnte ich auch unter Allende ziemlich frei meine Meinung sagen. In jenen Septembertagen aber häuften sich verbale Angriffe und Drohungen.

Endlich kam der Tag, auf den alle warteten, der 11. September. Um sieben Uhr morgens, nach den Klängen der Nationalhymne, verkündete der Generalstab über Rundfunk sein erstes Kommuniqué: Salvador Allende solle zurücktreten, ein Flugzeug stünde bereit, damit er mit seiner Familie das Land verlassen könne. Man gab Allende Zeit bis 10 Uhr. Dann würde die Armee in die Regierungsgebäude einrücken. Seit fünf Uhr morgens waren sämtliche Radiostationen besetzt. Immer wieder wurde das Kommuniqué über Rundfunk verlesen. Kurz vor zehn Uhr räumte man Allende eine weitere Stunde ein. Aber niemand konnte ihn überzeugen, auch nicht General Palacios, der im Namen des Generalstabs mit ihm im Präsidentenpalais verhandelte. Das Palais war von Panzern umstellt. Im Palast befanden sich auch fast alle Minister, seine engsten Mitarbeiter, seine Tochter und die Chefs der paramilitärischen Verbände, eine Art Prätorianergarde, die Allende nicht eine Sekunde aus den Augen ließen. Kurz vor 11 Uhr fielen die ersten Schüsse zwischen den Soldaten auf der Straße und Allendes Milizen. Das Ultimatum verstrich, die ersten Flugzeuge der Luftwaffe überflogen den Präsidentenpalast. Bomben fielen. Auch die Residenz von Allende, wo ebenfalls Einheiten der Prätorianergarde waren, wurde bombardiert. Überall brachen Kämpfe aus. Sie dauerten nicht lange. Bald wurde die chilenische Flagge gehißt, Jubelrufe ertönten, die Nationalhymne erklang. Tausende von kleinen Triumphzügen füllten die Straßen.

Um 12 Uhr mittags ging die Nachricht um, „Allende ist tot". Drei Stunden später bestätigte und ergänzte die Junta: Selbstmord.





Die „DDR"-Führung fürchtet eine neue Ausreisewelle

SED über Nachwirkung der KSZE-Beschlüsse verunsichert / Dokument voll abgedruckt

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Die SED-Führung ist über die möglichen innenpolitischen Folgen der KSZE-Beschlüsse von Madrid verunsichert und fürchtet eine neue Ausreisewelle, die nach Helsinki durch Schikanen und Diskriminierungen eingedämmt worden war. Nach dem kompletten Abdruck der Madrider Schlußerklärung durch das SED-Organ „Neues Deutschland" war die Zeitung am Wochenende vielerorts ausverkauft. Aus Ost-Berlin verlautet, die Partei habe diese Erklärung gemäß den Verpflichtungen aller Unterzeichnerstaaten *veröffentlichen* müssen, sei jedoch über die möglichen Konsequenzen besorgt.

Das Dokument von Madrid legt beispielsweise auch der „DDR" auf, Familienzusammenführungen und deutsch-deutsche Eheschließungen „wohlwollend zu behandeln und im gleichen Geiste über sie zu entscheiden". Entgegengesetzt zur Praxis der von Ost-Berlin zentral geleiteten Sicherheitsbehörden muß künftig über die „Gesuche bei Familienbegegnungen in Dringlichkeitsfällen so zügig wie möglich" entschieden werden. Ziffer II des Kapitels „Menschliche Kontakte" hält die „DDR" künftig an, „bei Familienzusammenführung und Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten im Normalfall innerhalb von sechs Monaten und bei anderen Familienbegegnungen innerhalb allmählich kürzer werdender Fristen zu entscheiden".

Hält sich Ost-Berlin an das KSZE-Papier, müßte in Zukunft auch mit der beruflichen und persönlichen Diskriminierung von Ausreisewilligen Schluß sein: Bisher ist es üblich, daß Mitarbeiter im Staatsdienst bei Ausreiseanträgen in die Bundesrepublik sofort ihren Posten verlieren oder auf schlechtbezahlte und untergeordnete Tätigkeiten abgeschoben werden. Der jahrelang mögliche Ausweg, in solchen Fällen bei kirchlichen Dienststellen zu arbeiten, wird seit einiger Zeit durch rigorose Einstellungsverbote unterbunden.

Jetzt hat sich Ost-Berlin auch verpflichtet, „daß die Einreichung oder erneute Einreichung von Gesuchen in diesen Fällen zu keiner Veränderung der Rechte und Pflichten der *Gesuchsteller oder ihrer Familienmitglieder* unter anderem hinsichtlich Beschäftigung, Wohnung, Aufenthaltsstatus, Familienunterstützung, Zugang zu Leistung auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet oder in der Bildung sowie jedweder anderer sich aus den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Teilnehmerstaates ergebenden Rechte und Pflichten ergeben wird".

Die „DDR"-Behörden müßten nach Madrid die dort lebenden Deutschen sogar über das einzuschlagende Verfahren informieren und „die einschlägigen Formulare zur Verfügung stellen". Falls Ausreiseanträge abgelehnt werden, müssen Antragsteller „über ihr Recht auf erneute Einreichung von Gesuchen nach angemessen kurzen Zeitabständen in Kenntnis gesetzt werden".

Wollte Ost-Berlin vertragstreu bleiben, müßte die bisher vorgenommene Überprüfung und Registrierung von Personalien sämtlicher Besucher der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin künftig unterbleiben. In der Schlußerklärung heißt es dazu: „Der Zugang von Besuchern zu diesen Missionen wird unter gebührender Berücksichtigung der erforderlichen Sicherheitsbedürfnisse d i e s e r Missionen gewährleistet."

Auch christliche Friedenskreise in der „DDR" könnten von den neuen Vereinbarungen profitieren und sich künftig – anders als bisher – ungestört auch öffentlich zu dem bekennen, was sie beispielsweise aufgrund ihrer Gewissensentscheidung mit dem in der „DDR" verbotenen Aufkleber „Schwerter zu Pflugscharen" äußern wollen. Denn *Punkt 10 der „Prinzipien"* lautet: „Die Teilnehmerstaaten bekräftigen, daß sie die Freiheit des Individuums anerkennen und achten werden, sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu einer Religion oder Überzeugung in Übereinstimmung mit dem, was sein Gewissen ihm gebietet, zu bekennen und diese auszuüben; außerdem kommen sie überein, die zu deren Gewährleistung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen."

Nach der Schlußakte von Madrid wäre die „DDR" auch verpflichtet, künftig West-Zeitungen nicht nur in ausgewählten Interhotels der Sonderklasse anzubieten. Unter dem Stichwort „Information" werden die Unterzeichnerstaaten angehalten, die „freiere und weitere Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinendem gedruckten Material, welches aus anderen Teilnehmerstaaten eingeführt wird, sowie eine Erhöhung der Anzahl von Stellen, an denen diese Veröffentlichungen zum allgemeinen Verkauf ausliegen, zu fördern".

Kohl sieht in Bräutigam zuverlässigen Beamten

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat entschieden, daß der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Hans-Otto Bräutigam, nicht abgelöst wird. Die CSU-Führung hatte in den vergangenen Tagen die Frage aufgeworfen, ob der 52jährige Bräutigam auf Dauer der richtige Interpret der Deutschlandpolitik der neuen Bundesregierung sein könne. Damit hatte die CSU darauf angespielt, daß Bräutigam, der seit Mai 1982 Ständiger Vertreter ist, der aber schon viele Jahre zuvor in Ost-Berlin gearbeitet hat, dem deutschlandpolitischen Kurs der alten Regierung verhaftet sei. Während früher auch kleinste Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen mit großem Aufwand als Erfolge dargestellt worden seien, so hieß es in der CSU, habe man den Eindruck, daß jetzt „kleingespielt" werde.

Die CSU ist außerdem verärgert darüber, daß ein vertraulicher Bericht Bräutigams über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im „DDR"-Außenministerium, Seidel, in die Öffentlichkeit gespielt worden war. Darin war vor großen Erwartungen über menschliche Erleichterungen der „DDR" im Zuge des Milliardenkredits gewarnt worden. Seidel, das wird inzwischen auch im Bundeskanzleramt so gewertet, ist allerdings für solche Beurteilungen nicht kompetent. Aber Bräutigam habe ordnungsgemäß berichtet, und daraus könne man ihm keinen Vorwurf machen, hieß es im Bundeskanzleramt.

Hans-Otto Bräutigam

Bundeskanzler Kohl hat angesichts der Diskussion um Bräutigam in einer Lagebesprechung erklärt, er habe „nicht die Absicht, Bräutigam von seiner Funktion abzulösen". Kohl sieht in ihm einen zuverlässigen Beamten, der bislang zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben habe.

Eine wichtige personelle Veränderung, die in die innerdeutschen Beziehungen hineinspielt, hat es mit Wirkung vom 1. September gegeben. Die Bundesregierung hat sich von dem Westberliner Rechtsanwalt Jürgen Stange, der seit 1963 in Kontakten mit Ost-Berlin humanitäre Aufgaben wahrnahm und sich dabei auf die Familienzusammenführung konzentrierte, gelöst. Das Vertragsverhältnis wurde im „gegenseitigen Einvernehmen", wie es hieß, aufgelöst, und zwar mit sofortiger Wirkung. Diese Aufgaben, zu denen auch die Abwicklung des Gefangenenfreikaufs gehört, werden jetzt von dem früheren Abteilungsleiter im innerdeutschen Ministerium, Jaeger, wahrgenommen. Jaeger, ein Sozialdemokrat, war in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden und hatte sich dann in Berlin als Rechtsanwalt niedergelassen.

Die Lösung des Vertragsverhältnisses zu Stange steht offenbar im Zusammenhang mit den noch gegen ihn laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Dabei soll geklärt werden, wofür Stange die rund 700 000 Mark verwandt hat, die er für „Sonderaufgaben" von der Führung des früheren innerdeutschen Ministeriums pauschal erhalten hat, ohne dafür Einzelabrechnungen und Belege vorweisen zu müssen. In dieser Frage wird nicht nur gegen Stange, sondern auch gegen den früheren Bundesminister Egon Franke und dessen einstigen Ministerialdirektor Hirt ermittelt. In Bonn geht man davon aus, daß die Staatsanwaltschaft noch in diesem Jahr entscheiden wird, ob Anklagen erhoben werden.

Worms setzt auf den Bürger, der sich nicht verantworten läßt

Klausurtagung der CDU-Fraktion in NRW / Konzept für kommende Wahlen beschlossen

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Frühzeitig hat die nordrhein-westfälische CDU ihr Terrain abgesteckt für die kommenden Auseinandersetzungen mit den alleinregierenden Sozialdemokraten. Mit Blick auf die Kommunalwahlen am 30. September 1984 und auf die Landtagswahlen im Mai 1985 besetzte sie jetzt schon die Felder und Themen, deren Bürgernähe die Wähler überzeugen soll. Gegen den Anspruch der SPD, eine „solidarische Gesellschaft" zu schaffen, setzte der CDU-Fraktionschef Bernhard Worms jetzt den Begriff des „mündigen Bürgers in der freien Gesellschaft". *Worms: „Wir vertrauen auf* den Bürger, der seine Zukunft und sein Schicksal in seine Hände nimmt und sich nicht verantworten läßt." Mit dieser Politik scheint die Union auf Verständnis und auf Sympathie zu stoßen. Offensichtlich ist das Vertrauen in die Kompetenz der SPD gesunken – ein Trend, der sich schon in den Frühjahrswahlen zum Bundestag gezeigt hatte.

Nach einer Meinungsumfrage des Infas-Instituts ist der Vorsprung der SPD gegenüber der Union im bevölkerungsreichsten Bundesland denkbar gering. Die Sozialdemokraten erhielten demnach 46 Prozent (bei der Landtagswahl 1980 waren es 48,4 Prozent), die CDU käme auf 45 statt bisher 43,2 Prozent. Entscheidend aber ist, daß die Prozentzahlen bei den Umfragen ständig für die Sozialdemokraten abnahmen, für die CDU aber in gleichem Maße wuchsen. Interessant ist auch, daß sich die FDP inzwischen von der Wende des vergangenen *Herbstes erholt und* allmählich stabilisiert – erste Erfolge für den neuen Landesvorsitzenden, den Staatsminister im Auswärtigen Amt Jürgen W. Möllemann. Denn nach dem Tief, bei dem die Freien Demokraten sogar unter drei Prozent lagen, kletterten sie nun auf vier Prozent Zustimmung. Und eine Koalition zwischen ihm und Worms ist denkbarer als mit dem jetzt amtierenden Ministerpräsidenten Rau.

Worms rechnet mit äußerst harten Auseinandersetzungen, ist 1985 doch „Halbzeit" für die Koalition in Bonn, und die Wahl um die Düsseldorfer Regierung wird gleichzeitig Test sein für das Gespann Kohl/Genscher.

Auf keinen Fall will sich die Union *um Worms* wieder Themen von der SPD aufzwingen lassen, wie es in den vorhergehenden Wahlkämpfen schon fast zur Tradition wurde, indem die Sozialdemokraten den Ton angaben.

In einer zweitägigen Klausurtagung beschloß die CDU-Fraktion fünf Schwerpunkte:

- die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; Auflösung des Konfliktes zwischen Ökonomie und Ökologie;
- eine „radikale Kurskorrektur" in der Bildungs- und Kulturpolitik, d. h. keine Reform der Form, sondern der Lehrinhalte;
- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, nach der die Stadtbezirksvertretungen mehr Kompetenzen erhalten und bürgernah entscheiden;
- enge Verzahnung der Landespartei mit der Bundespartei (und damit mit der Bundesregierung), insbesondere um eine familien- und kinderfreundliche Politik sicherzustellen;
- eine „Haushalts- und Finanzpolitik, die der Neuverschuldung ein Ende setzt". Worms: „Eine von mir geführte Regierung wird die Neuverschuldung um jährlich eine Milliarde Mark abbauen."

Besonderes Augenmerk richtet die CDU auf die Schule. Angesichts der sinkenden Schülerzahlen droht Nordrhein-Westfalen flächendeckend ein Schulsterben. Dagegen setzt die Union ihre griffige Formel: Es lohnt sich, um jede Schule zu kämpfen. Es ist besser, daß der Lehrer zum Schüler fährt als der Schüler zum Lehrer. Dabei sprach Worms auch die Möglichkeit an, erstes und zweites oder drittes und viertes Grundschuljahr zusammenzulegen, um die Schule nicht schließen zu müssen. Dieses Modell überspielte er auch auf das Gymnasium: Zwei Parallelklassen müßten für den Erhalt einer ortsnahen gymnasialen Oberstufe ausreichen. Das bedeutet aber nichts anderes als die Stärkung des bewährten Prinzips der Klasseneinheit, also eine Korrektur der Oberstufenreform.

Doch nicht nur Programmatik und Taktik waren allein das Ziel der Klausur – angesagt war auch Schulterschluß und Abbau der Spannungen zwischen den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe. Das scheint wohl gelungen zu sein: Bernhard Worms, der Rheinländer, soll am Abend des zweiten Tages in dem ihm eigenen Dialekt westfälische Lieder gesungen haben. In dem im Rheinischen nicht geübten Gehörgang muß das merkwürdig geklungen haben. Für die Westfalen jedoch, *die den jahrelangen landsmannschaftlichen* Hader leid sind, war das Musik in den Ohren.

Oppositionsführer Vogel schlägt im Wahlkampf moderate Töne an

„Alle Parteien machten Fehler" / 1982 kämpfte Schmidt mit härteren Bandagen

D. GURATZSCH, **Michelstadt**

Der Odenwaldkreis ist eine der Hochburgen der südhessischen SPD, die hier traditionell einen Stimmenanteil von 50 Prozent erreicht, und das Fachwerkstädtchen Michelstadt, 35 Kilometer südöstlich von Darmstadt, einer der beliebtesten Veranstaltungsorte für Großkundgebungen mit SPD-Spitzenpolitikern vor der Wahl. In diesem Jahr war Hans-Jochen Vogel, der Vorsitzende der *SPD-Bundestagsfraktion, ausersehen*, zu den Michelstädtern zu sprechen. Vor einem Jahr hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hier seinen großen Auftritt gehabt. Der Vergleich dieser beiden Veranstaltungen auf der abgeschiedenen Wahlstatt zeigt nicht nur den Wandel im Stil der handelnden Politiker, sondern auch die Veränderungen der Wahlkampfszenerie innerhalb eines Jahres in Hessen.

Damals sprach Schmidt im Festzelt, vor dessen Eingängen sich die Menschen quetschten, weil sie drinnen keinen Platz mehr fanden: 3500 wurden gezählt. Diesmal war man vorsorglich in die klassizistische Odenwaldhalle gegangen, die ohnehin bei weitem nicht so viele Menschen faßt – trotzdem blieben im hinteren Drittel viele Plätze leer. Der Hausmeister zählte: „Hier sind nicht 500." Es fehlten auch die „Betriebs- und Personalräte aus Odenwälder Betrieben", die im vorigen Jahr mit Bussen vorgefahren waren. Und die Blaskapelle Langen-Brombach fehlte auch – so klang der Beifall nicht so sehr nach „Frisch voran" und „Froh und heiter" – so die Marschtitel vor einem Jahr –, sondern gedämpfter, vielleicht auch familiärer.

Schmidt hatte damals die Jacke ausgezogen und auch eine im Stil „hemdsärmelige" Rede gehalten. Noch vor dem Bonner Bruch mit den Freien Demokraten hatte er Hessens FDP mit derben Worten attackiert und dem Landesvorsitzenden Gries vorgeworfen, er produziere „Grießbrei". Den CDU-Politikern hatte er „Schwarzmalerei" vorgeworfen.

Vor der Wahl in Hessen

„Neinsager", „Scharfmacher", „konservative Klassenkämpfer von oben", hatte er sie genannt, und die Gewerkschaften mit einer schleudernden Armbewegung gewarnt: „Euch wird etwas Wesentliches verlorengehen, wenn Ihr die Nähe zu uns verliert."

Vogel dagegen sprach im dunklen Anzug zu den Genossen, nannte sich einen „altmodischen Menschen", der den Gegner nicht deshalb angreifen wolle, weil er eine andere Meinung hat. Er weigerte sich, „hier demagogisch zu argumentieren" und sprach von „Fehlern, die alle Parteien gemacht haben". Da war die neue sozialdemokratische Strategie in Hessen, die darauf abzielt, die Arbeiterwähler für die SPD zurückzugewinnen, wie mit Händen zu greifen.

Selbst mit seinen Attacken auf den hessischen CDU-Spitzenkandidaten Walter Wallmann und Bundeskanzler Kohl mutete Vogel seinen Zuhörern Differenzierungsvermögen zu. Wenn Wallmann als Oberbürgermeister in Frankfurt neue Schulden aufgenommen habe, so sei das „möglicherweise sinnvoll"; aber es sei „nicht in Ordnung", daß er dann die Schuldenauf*nahme der Sozialdemokraten attak*kiere. Kohl habe „nicht alles getan", seine Versprechen einzulösen. Auch eine SPD-Regierung hätte „den Menschen Opfer abverlangen müssen", aber mit „mehr Gerechtigkeit".

Moderate Töne auch für Strauß und die Grünen: Er finde es „gut, wenn der Franz Josef in der Deutschlandpolitik jetzt auf unsere Linie eingeschwenkt" sei, aber „was wäre unserem Volk an bitterer Polemik erspart geblieben, wenn er früher zur Einsicht gekommen wäre". Die Grünen hätten „manche Fragen gestellt, die ernst zu nehmen" seien, aber ihnen fehlten „Politikfähigkeit und Berechenbarkeit".

Das Publikum applaudierte – kein einziger Zwischenruf. Vor einem Jahr hatte noch ein heiserer junger Mann den Kanzler unterbrochen: „Das ist doch Betrug, Ihr hattet doch höhere Renten versprochen!" Schmidts Antwort hatte barsch geklungen: „*Ich glaube, hast'n bißchen* viel Alkohol heute mitgekriegt."

Athen feiert mit dem Abkommen über US-Stützpunkte einen Scheinsieg

Papandreou: Abschaffung nach fünf Jahren / Vertragstext sieht nur Kündigung vor

E. ANTONAROS, *Athen*

„Unsere Versprechen sind eingelöst worden", „Die Stützpunkte werden nun endgültig entfernt": Solche Slogans sind auf unzähligen Plakaten und Spruchbändern zu lesen, die Athens regierende Sozialisten seit einigen Wochen fast überall in der Vier-Millionen-Hauptstadt angebracht haben. Ministerpräsident Papandreou feiert seit Mitte Juli einen Triumpf, der keiner ist: Es geht um die Zukunft der US-Stützpunkte in Griechenland, deren Verbleiben nach Ansicht der Regierung in Athen nur „noch zeitlich befristet" sein soll.

Von einem „Abkommen zur Entfernung der Stützpunkte" hat Papandreou mehrfach gesprochen. Außenamts-Staatssekretär Jannis Kapsis bezeichnete die am Donnerstag unterzeichnete Neu-Regelung als einen „Beweis für die griechische Souveränität". Die Papandreou nahestehenden Blätter wollen von einer „*diplomatischen Niederlage Amerikas*" etwas wissen.

Doch die am Wochenende in griechischer und englischer Sprache veröffentlichten Vertragstexte zeichnen ein anderes Bild: In Artikel zwölf wird zwar geregelt, daß das Abkommen eine fünfjährige Dauer hat. Doch ohne eine Kündigung „von einer der beiden Seiten" (spätestens fünf Monate vor dem angeblichen Stichtag am 31. Dezember 1988) kann es allerdings nicht ablaufen.

Da es im Text von Kündigungsmöglichkeiten zu einem späteren Zeitpunkt an keiner Stelle die Rede ist, gehen Juristen in Athen davon aus, daß die neuen Regelungen praktisch für immer in Kraft bleiben werden, sollten weder die Griechen noch die Amerikaner von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen. „Diese Frage stellt sich nicht, weil wir auch im Jahr 1988 an der Macht sein werden und unser Versprechen einlösen werden", meinte Kapsis. Freilich sehen politische Realitäten in der Regel anders aus.

Papandreous Bemühungen, sein Volk von einem Ende der „Todesbasen" in „spätestens 1827 Tagen" – so das angeblich von Moskau finanzierte Massenblatt „Ethnos" – zu überzeugen, folgen diesen innenpolitischen Überlegungen: durch diesen „historischen Erfolg" soll von anderen, vor allem wirtschaftlichen Problemen abgelenkt werden.

Die schärfste Kritik ist bereits von den *moskauloyalen Kommunisten* gekommen. Das KP-Organ „Rizospastis" sprach von einem „Verrat am Volk" und forderte die Regierung auf, ihre Karten offenzulegen. In den nächsten Tagen wollen die Kommunisten zu Protestkundgebungen aufrufen. Auch die konservative Oppositionspartei Neue Demokratie hat am Verhandlungsergebnis etwas zu kritisieren, nämlich im Zusammenhang mit dem Zutritt der griechischen Kommandanten zum Geheimmate*rial, das in den Basen gesammelt* wird, und der Rechtslage der in den Stützpunkten beschäftigten Amerikaner.

Mit völlig leeren Händen hat Papandreou allerdings den Verhandlungstisch nicht verlassen: in einem Brief der amerikanischen Botschaft an die griechische Regierung wird die Höhe der diesjährigen US-Hilfe an Griechenland auf 500 Millionen Dollar festgesetzt. Ebenfalls wird auf ein US-Gesetz verwiesen, das Fragen der ausländischen Militärhilfe regelt. Da dieses Gesetz 1978 so geändert wurde, *daß das Gleichgewicht der* Kräfte zwischen Griechenland und der Türkei garantiert wird, ist Papandreou seinem Ziel sehr nahe gekommen, von Washington eine ausdrückliche Zusicherung zu erhalten, daß die Amerikaner dieses Kräfteverhältnis auch in der Zukunft garantieren wollen. Hiermit wird ferner de facto der seit 1978 praktizierte Militärhilfe-Proporzschlüssel von sieben (für Griechenland) zu zehn (für die Türkei) aufrechterhalten.

Darüber hinaus will sich Washington für mehr Handel sowie um die Realisierung von US-Investitionen nicht zuletzt auch auf dem Rüstungsbereich einsetzen. Diese Regelungen, die keine konkreten Verpflichtungen der Amerikaner beinhalten, werden Papandreou das versüßen der bitteren Pille, vor allem im Umgang mit seiner Parteilinke, erleichtern. Denn die Unterzeichnung des Stützpunktabkommens bedeutet, daß Papandreou knapp zwei Jahre nach seinem Wahlsieg ein *klares Bekenntnis* zum Westen abgegeben hat. (SAD)

Ist es gar nicht mehr sicher, ob es zum Prozeß gegen Heidemann kommt?

Staatsanwaltschaft schweigt sich aus / Es geht „nur" noch um den Verdacht des Betruges

UWE BANSEN, **Hamburg**

Mit dem Antrag auf einen weiteren Haftprüfungstermin wollen die beiden Hamburger Anwälte Holger Schröder und Reinhard Daum erneut versuchen, ihren Mandanten Gerd Heidemann, den Beschaffer der gefälschten Hitler-Tagebücher, aus dem Untersuchungsgefängnis der Hansestadt herauszuholen. Nach einer 24stündigen Haftverschonung Anfang August sitzt der Reporter insgesamt länger als ein Vierteljahr in der Haftanstalt am Holstenglacis ein.

Unterdessen ist dieser komplizierte, zum Teil auch verworrene Fall in der hanseatischen Justiz ebenso wie unter den inzwischen wieder cool gewordenen Managern aus dem Verlagshaus Gruner + Jahr zu einem Thema geworden, das zunehmend Unbehagen verursacht – wenngleich auch aus sehr unterschiedlichen Gründen. Erfahrene Haft- und Strafrichter in Hamburg empfinden die Umstände, unter denen die Große Strafkammer 11 des Landgerichts am 3. August entschied, der Journalist sei nach 24stündiger Freiheit wieder festzunehmen, als sehr unglücklich: Nach nur dreieinhalbstündiger Sitzung hatte die Kammer – ohne mit dem Fall vorher befaßt gewesen zu sein – einen Haftverschonungsbeschluß kassiert, auf den sich der zuständige Haftrichter Olof Masch eine ganze Woche hindurch mit äußerster Sorgfalt vorbereitet hatte.

Als Masch sich entschloß, dem Reporter Haftverschonung mit den üblichen Meldeauflagen zu gewähren, spielte eine wichtige Rolle, daß die Vorwürfe gegen den Reporter längst nicht mehr so umfangreich waren wie Ende Mai: Der damalige dringende Verdacht, er habe gemeinsam mit dem (im wesentlichen geständigen) Stuttgarter Militaria-Händler Konrad Kujau die Tagebücher gefälscht und das Produkt dann dem Verlag Gruner + Jahr als echt verkauft, ist vom Tisch. Nun geht es „nur" noch um einen Betrugsverdacht – und die Beschuldigung, Heidemann habe von 9,34 Millionen Mark an Verlagsgeldern 1,7 Millionen Mark für sich behalten.

Die Große Strafkammer 11 schickte den Reporter bei diesem Sachstand wieder hinter Gitter, weil neben der Flucht- durchaus auch Verdunkelungsgefahr bestehe, und die habe der Haftrichter zu Unrecht verneint: Der Journalist könne oder er wolle nicht hinreichend aufklären, wo die 1,7 Millionen Mark geblieben sind; folglich könne er dieses Geld beiseiteschaffen. Die beiden Verteidiger Schröder und Daum hingegen finden dieses Argument gänzlich unlogisch: „Wie kann unser Mandant 1,7 Millionen Mark wohl beiseite schaffen, wenn er sie nach Überzeugung des Haftrichters bereits ausgegeben hat?"

Es ist gar nicht so sicher, ob es überhaupt zu einem Prozeß gegen Heidemann oder auch nur zur Anklageerhebung kommt. Die Staatsanwaltschaft schweigt sich dazu aus. Ziemlich sicher wiederum ist, daß man bei Gruner + Jahr alles andere als unglücklich wäre, wenn die Affäre um Heidemann nicht im Gerichtssaal, im aufgeladenen Fluidum eines Sensationsprozesses, aufgearbeitet würde. Kenner der Akte geben zu verstehen, „Stern"-Mitherausgeber Henri Nannen habe recht gehabt, als er am 19. Mai in einer Kolumne selbstkritisch einräumte, „wer immer von uns" in dieser Sache eine Rolle gespielt habe, „macht keine gute Figur". Bei dem Gedanken, die Aussagen der Schlüsselfiguren in dieser Affäre – Nannen, Vorstandschef Schulte-Hillen, die beiden Ex-Chefredakteure Koch und Schmidt, Heidemann, sein damaliger Ressortchef Thomas Walde und andere – würden in einem Strafverfahren öffentlich gemacht, sträubten sich einigen Top-Managern im Hause Gruner + Jahr die Haare, denn dann ginge es um die Frage, wie wer in diesem Hause mit Millionen umgegangen ist. Das hat auch der vierköpfige Untersuchungsausschuß der Redaktion unter Vorsitz des früheren Hamburger Justizsenators Klug zu klären versucht.

Ex-Premier Johannes Vorster gestorben

rtr, **Kapstadt**

Der ehemalige südafrikanische Ministerpräsident Johannes Vorster, der bis Mitte 1979 auch fast neun Monate lang vierter Staatspräsident der Republik Südafrika war,ist am Samstagabend in einem Kapstadter Krankenhaus im Alter von 67 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben, wurde offiziell mitgeteilt. Vorster mußte im Juni 1979 wegen regierungsamtlicher Anschuldigungen, widerrechtlich Geheimfonds des Informationsministeriums für Zuwendungen an rechtsgerichtete Zeitungen und zur Beeinflussung von Beobachtern verwendet zu haben, als Staatspräsident zurücktreten.

Das Amt des Regierungschefs hatte Vorster vor 17 Jahren als Nachfolger des ermordeten Hendrik Verwoerd angetreten und bis September 1978 bekleidet. Vorster verfolgte konsequent die Apartheidspolitik der regierenden Nationalpartei, trug jedoch zur Entspannung im Verhältnis Südafrikas mit seinen schwarzafrikanischen Nachbarstaaten bei.

Parteitag der SDP: Shirley Williams versucht, Unsicherheiten zu zerstreuen

Verhältnis zu den Liberalen im Vordergrund / Erste Bilanz nach den Unterhauswahlen

FRITZ WIRTH, **London**

Arm an Finanzen, knapp an Unterhaussitzen und damit an politischer Macht, doch reich an Hoffnung eröffneten die britischen Sozialdemokraten gestern in Salford die Parteitagssaison. Es war das erste Zusammentreffen und damit die erste politische Bilanz der SDP nach der Unterhauswahl. Seit dieser Wahl hat sich in der Partei eine eigenartige Mischung von Euphorie und Frustration ausgebreitet. Euphorie über die Tatsache, daß man zusammen mit den Liberalen am 9. Juni bis auf zwei Prozent an den Stimmenanteil der Labour Party herankam, Frustration über den kargen Lohn dieses Stimmengewinns mit nur insgesamt 23 Unterhaussitzen für die Allianz, von denen nur sechs den Sozialdemokraten zufielen.

Diese Tücken des britischen Mehrheitswahlsystems haben der Partei klargemacht, wie weit der Weg bis zur Macht trotz aller Stimmengewinne noch ist, und die Realisten haben eingesehen, daß der Kampf für eine Reform zugunsten des Verhältniswahlrechts auf lange Zeit nur ein Kampf mit Worten sein kann.

Als erster hatte unmittelbar nach der Wahl der Parteichef der Sozialdemokraten, Roy Jenkins, Spuren dieser Frustration gezeigt, als er sein Parteiamt niederlegte und seinem Rivalen David Owen Platz machte. Es war mehr als nur ein Amts- und Personenwechsel, es war zugleich eine bedeutsame programmatische und strategische Kursänderung, die vor allem das künftige Verhältnis zu den Liberalen erheblich beeinflußt.

Denn der frühere Parteichef Jenkins, der einst mit einigem Stolz sagte, daß ihm das Wort „sozialistisch" schon seit Jahren nicht mehr über die Lippen gekommen sei, arbeitete zielstrebig auf eine Verschmelzung der Sozialdemokraten und Liberalen zu einer Partei hin. Sein Nachfolger David Owen jedoch möchte davon vorerst nichts wissen. *Er ist um die Un*abhängigkeit und eine klare politische Identität der Sozialdemokraten besorgt. Die Wahl Owens hatte damit automatisch eine Abkühlung zwischen beiden Parteiführungen zur Folge.

Das Verhältnis zu den Liberalen stand daher begreiflicherweise im Mittelpunkt des ersten Tages dieser Konferenz. David Owen hatte vor dieser Debatte bereits dem vereinigungswilligen Flügel seiner Partei ein deutliches Signal gegeben, daß eine Verschmelzung seiner Partei personelle Folgen haben werde. Er werde, falls sie vom Parteitag gewünscht werde, die Führung der neuen Partei freiwillig Steel überlassen.

Kenner der Szene werteten diese Ankündigung als einen Akt milder Erpresssung, der aus zwei Gründen überflüssig war. Einmal hätte Owen bei einem Zusammenschluß ohnehin keine Chance, als Juniorpartner die Führung der neuen Partei zu übernehmen, zum anderen ist die Mehrheit der Sozialdemokraten zur Stunde gegen diese Parteiverschmelzung. Sie will weiterhin die Allianz als eine Vereinigung zweier unabhängiger Parteien verstanden wissen.

Die Partei-Präsidentin Shirley Williams versuchte in ihrer Eröffnungsrede gleich alle Unsicherheiten über die Zukunft der eigenen Partei und der Allianz zu zerstreuen. Sie plädierte *dafür, bereits kurzfristig mit den* Liberalen Vereinbarungen über die künftige Auswahl gemeinsamer Kandidaten für die nächste Unterhauswahl herbeizuführen. „Unsere Partei ist nicht mehr ein Ein-Monats-Wunder. Wir sind nicht mehr unterzukriegen, wir sind für immer da." Die Labour Party befinde sich im Zustand des Verfalls, die politische Zukunft gehöre der Allianz.

Bis dahin jedoch ist noch harte Arbeit nötig. Denn trotz aller Stimmengewinne bei der letzten Wahl ist die Mitgliederzahl der Sozialdemokraten von 72 000 auf etwa 60 000 geschrumpft. Außerdem muß die Partei aus finanziellen Gründen die Hälfte ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter entlassen, obwohl sie mit einem Mitgliedsbeitrag von umgerechnet 54 Mark jährlich bereits die teuerste politische Partei im Lande ist.

Der neue Golf.

Oder wie man einen Bestseller noch besser macht.

Besser:

Denn der neue Golf ist kein futuristisches Experiment in Kinderschuhen. Sondern die konsequente Weiterentwicklung des erfolgreichsten Automobil-Konzepts in den letzten 10 Jahren. Mit ihm werden wieder einmal Maßstäbe für eine ganze Auto-Klasse gesetzt: durch eine beinahe unendliche Summe von Verbesserungen.

Besser:

Motor! Der neue Golf startet. Mit zwei neuen kraftvollen Triebwerken. Beide Benziner sind leistungsstärker. Das heißt, noch mehr Fahrspaß mit Triebwerk eins: 1,3 l/40 kW (55 PS). Oder Triebwerk zwei: 1,6 l/55 kW (75 PS). Noch wirtschaftlicher ist der neue Golf mit dem Diesel oder Turbo Diesel.

Besser:

Beschleunigung! Der neue Golf ist noch spurtstärker. Beispiel: In der 55 kW (75 PS)-Version ist er in 13 Sekunden von 0 auf 100 km/h.

Besser:

Sparsamkeit! Der neue Golf benötigt weniger Kraftstoff. Z. B. die 40 kW (55 PS)-Version verbraucht gegenüber dem 37 kW (50 PS)-Motor viel weniger: nach DIN 70030 auf 100 km nur 5,5 l bei 90 km/h, 7,3 l bei 120 km/h und 7,9 l Normalbenzin im Stadtzyklus.

Besser:

Korrosions-Schutz! Der neue Golf behauptet sich gegen die Korrosion: z. B. durch oberflächengeschützte Bleche, Heißwachsfluten der unteren Karosserie-Hohlräume, Kunststoff-Radhausschalen und Unterbodenschutz.

Besser:

Ausstattung! Im neuen Golf fehlt's an nichts, auch von der Ausstattung her gesehen: weder an den Halogen-Hauptscheinwerfern noch an einer Nebelschlußleuchte oder der Heckscheiben-Wasch- und Wischanlage.

Besser:

Höchstgeschwindigkeit! Der neue Golf ist schneller. Mit der 55 kW (75 PS)-Version kommt er leicht auf 167 km/h Spitze.

Besser:

c_W-Wert! Der neue Golf fährt gegen den Strom: mit einem c_W-Wert von 0,34, dem Spitzenwert einer ganzen Autoklasse. Da fließt der Luftstrom ohne nennenswerte Störung an der Karosserie entlang. Dadurch verbraucht der Golf weniger Kraftstoff. Und ist schneller als zuvor.

Besser:

Türen! In den neuen Golf einsteigen, Türen schließen. Und das ohne unangenehme Verrenkungen. Denn der Einstieg durch die wesentlich größeren, weit zu öffnenden Türen ist noch bequemer.

Besser:

Kofferraum! Der neue Golf lädt 30 % mehr Koffer. Sein um ein Drittel größerer Kofferraum faßt jetzt 410 Liter. Erstaunlich viel in seiner Wagenklasse.

Besser:

Armaturen! Die Armaturentafel des neuen Golfs ist noch übersichtlicher. Die Instrumente sind auf einen Blick überschaubar. Die Schalter und Hebel liegen bequem in Reichweite. Und wenn es dunkel wird, werden alle Bedienungs-Kontrollen beleuchtet.

Besser:

Heizung und Lüftung! Prima Klima im neuen Golf. Die neue Heiz- und Frischluftanlage ist nahezu geschwindigkeitsunabhängig, reagiert sehr spontan und ist fein einstellbar.

Besser:

Raum-Komfort! Der neue Golf ist der größte aller Zeiten. Bitte einsteigen und viel Platz nehmen: Ihnen stehen 2,60 m^2 Sitzraumfläche zur Verfügung. Oder strecken Sie sich mal bei umgeklappter Rücklehne: bis auf 1,84 m. Denn so lang ist sein Innenraum (gemessen vom Gaspedal bis zur hinteren Rücklehne).

Besser:

Innengeräuschniveau! Der neue Golf ist hörbar leiser. Das Geräuschniveau innen konnte um 3 dB gesenkt werden.

Besser:

Sitz-Komfort! Der neue Golf mit den besten Golfplätzen, die es je gab. Man sitzt noch bequemer in den komfortablen Sitzen, die sich körpergerecht einstellen lassen. Und daß sich lange Leute nicht hinters Steuer klemmen müssen, dafür sorgt auch der vergrößerte Fußraum. Und so sieht's im Fond aus: mehr Platz für Knie und Füße.

Besser:

Straßenlage! Der neue Golf liegt ausgezeichnet auf der Straße. Durch die Vergrößerung des Radstandes und der Spurweite wurden die Fahreigenschaften erheblich verbessert.

Besser:

Vorderachse! Die neue Vorderachse hat großen Anteil am außergewöhnlichen Fahrkomfort durch eine breitere Spur, größere Federwege und natürlich durch den spurstabilisierenden Lenkrollradius.

Besser:

Kurven-Verhalten! Die neuentwickelte Hinterachse mit spurkorrigierenden Achslagern hält sauber die Spur. Da haben Sie auch in schärferen Kurven ein sicheres Gefühl.

Besser:

Fahrgeräusch! Der neue Golf fährt noch leiser, noch umweltfreundlicher: bedingt durch die abgesenkte Motordrehzahl, das neu abgestufte Getriebe und die neue Aggregate-Aufhängung.

Besser:

Federung! Der neue Golf fährt ruhig, auch auf holperigen Straßen. Der Grund: ein höherer Federungs-Komfort durch größere Federwege. Der gleicht die Unebenheiten der Straße einfach aus.

Besser:

Sicherheit! Der neue Golf fährt auf Nummer Sicher. Mit noch mehr passiver Sicherheit: durch die formstabile Passagierzelle mit großen Verformungszonen vorn und hinten und leicht zu bedienenden Sicherheitsgurten. Mit noch mehr aktiver Sicherheit: durch das hochmoderne Fahrwerk und die noch wirksameren Bremsen.

Besser:

Tank! Der neue Golf tankt seltener. Denn sein neuer Kraftstoff-Tank faßt 40 % mehr. Das bedeutet: eine Reichweite mehr als reichlich. Beispielhaft: Der neue Golf Diesel kann 1000 km mit einer Tankfüllung schaffen.

Besser:

Auspuff! Der neue Golf hat eine Abgasanlage, die etwa doppelt so lange hält wie eine herkömmliche.

Besser:

Wartungs-Freundlichkeit! Der neue Golf nimmt viele kostengünstige Wartungs-Vorteile mit auf den Weg. Beim neuen Golf mit Ottomotor ist eine regelmäßige Wartung nur noch alle 15.000 km oder 1 x im Jahr nötig.

Besser:

Reparatur-Freundlichkeit! Der neue Golf ist noch zugänglicher, was Karosserie- und Verschleißteile betrifft. Das beschleunigt die Arbeitsgänge und spart Ihnen Reparatur- und Servicekosten.

Am besten:

Sie gehen zum nächsten V.A.G Partner. Denn da steht er: der neue Golf. Steigen Sie ein und machen Sie eine Probefahrt. Aber lassen Sie sich vorher alles in Ruhe vom V.A.G Fachmann erklären. Und dann kann's losgehen. Mit dem völlig neuen Fahrgefühl.



Neu: 3 Jahre Lack[illegible]
Leichtmetall-Räder und [illegible]

Der neue Golf. Wir sind stolz auf ihn.

Bei Ihrem V.A.G Partner.

Der Papst erinnert die Christen an ihre Verantwortung für Europa

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Europa reiche über alle nationalen und willkürlichen Grenzen hinweg vom Atlantik bis zum Ural. Mit dieser Botschaft, die als eine Anti-These zur Teilung von Jalta zu verstehen ist, wandte sich Papst Johannes Paul II. bei seiner Ankunft in Wien an den österreichischen Katholikentag. Der Papst sprach von einem Podium, das unmittelbar neben dem Reiterstandbild des Prinzen Eugen – des „edlen Ritters“ und Siegers über die Türken – errichtet worden war. Mehr als 120 000 Menschen hatten sich auf dem Wiener Heldenplatz zur „Europa-Vesper“ versammelt. Auch das östliche Europa war stark vertreten. Man sah kroatische und polnische Fahnen – und mehrere Transparente *mit der Aufschrift „Solidarnosc lebt“.*

Der polnische Papst knüpfte an das übernationale Erbe Österreichs an – ein Land, in dem, wie er sagte, „Kelten und Romanen, Germanen und Slawen“ ihre Wesenszüge tief eingegraben hätten. Darin sei Österreich ein „Spiegel und Modell Europas“. Doch die trotz Krisen und Spaltungen fortbestehende kulturelle Gemeinsamkeit des europäischen Kontinents sei ohne die christliche Botschaft nicht zu verstehen. Das christliche Menschenbild habe die europäische Kultur mitgeprägt. Johannes Paul II. nannte die Würde des Menschen, seinen Anspruch auf freier Entfaltung in – wie er wörtlich formulierte – „mitmenschlicher Solidarität“.

Johannes Paul II. ließ in Wien keinen Zweifel, daß er keineswegs unkritisch auf die Vergangenheit des christlichen Europas blickt: Diese Geschichte trage auch „dunkle, schreckliche Züge“, die mit dem *Geist der Menschlichkeit und der frohen* Botschaft Christi unvereinbar seien. Der polnische Papst hat sicher auch an die deutschen Heimatvertriebenen – ebenso wie an seine eigenen Landsleute und an die Juden gedacht, als er hier wörtlich formulierte: „Immer wieder wurde Menschen ihre Heimat genommen; sie wurden vertrieben oder sahen sich angesichts von Not, Diskriminierung und Verfolgung zur Flucht veranlaßt. Millionen von Menschen wurden auf Grund ihrer Rasse, ihrer Nation, ihrer Überzeugung oder einfach, weil sie anderen im Wege waren, ermordet.“ Auch die Christen müßten bekennen und um Vergebung bitten, „daß wir Schuld auf uns geladen haben“.

In den Mittelpunkt seiner Ansprache stellte der Papst dann den 300. Jahrestag der Befreiung Wiens von der Türkenbelagerung. Dieses große Datum nicht nur der österreichischen, sondern der europäischen Geschichte sei es wert, sich seiner „nachdenklich und dankbar“ zu erinnern. Er gedachte dabei seines Vorgängers auf dem Stuhl Petri, Inno*zenz XI., der damals Österreich* geholfen habe – und des polnischen Königs Johann Sobieski, der die Entsatzarmeen befehligte: „Es ist gerechtfertigt, mit Bewunderung der Verteidiger und Befreier Wiens zu gedenken, die in beispielhaftem Zusammenstehen dem Angriff Einhalt boten“. In diesem Zusammenhang nahm der Papst auch zum Problem des Pazifismus Stellung. Dabei zeigte sich, daß er die Notwendigkeit der Verteidigung durchaus nicht ablehnt. Die Sprache der Waffen sei nicht die Sprache Jesu Christi, formulierte er. Bewaffneter Kampf sei allenfalls ein „unausweichliches Übel“, dem sich auch Christen in tragischen Verwicklungen nicht entziehen könnten. Seine Zuhörer forderte er auf, sich ihrer Freiheit würdig zu erweisen, die damals – während der Türkenbelagerung – unter so großem Einsatz verteidigt worden sei. Das heutige Österreich und seine Bewohner lobte er für die „Beachtung und Förderung der *Menschenrechte“ sowie für die Auf*nahme Tausender von Flüchtlingen.

Dann aber stellte Johannes Paul die Beziehungen zwischen dem türkischen Sturm 1683 und der Gegenwart her: Die Erinnerung an die damaligen erfolgreichen Anstrengungen der Christenheit sollten die Christen der Gegenwart an ihre gemeinsame Verantwortung für Europa erinnern und ihnen „neuen Mut vermitteln zu opferbereitem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit, *für Menschenrechte* und christliche Solidarität unter den Völkern“. In die unübersehbare Menschenmenge rief der Papst die Worte: „Zeigt euch würdig jener Glaubensbrüder, die auch heute noch für ihre religiösen Überzeugungen und für ihre christliche Lebensführung Verfolgung leiden und schwere Opfer bringen müssen.“ Damit erinnerte der polnische Papst an den nahen Eisernen Vorhang, der knapp 50 Kilometer östlich und nördlich der österreichischen Hauptstadt verläuft.

Er spielte damit vielleicht auch auf die Tatsache an, daß dem Oberhaupt der tschechischen Katholiken, Kardi*nal Tomasek, von der Prager Regie*rung die Ausreise zum Katholikentag nach Wien verweigert worden war.

Der Wiener Erzbischof Kardinal Franz König hatte von der „geschichtlichen Dimension“ des Katholikentags und des Papst-Besuches gesprochen und Kaiserin Maria Theresia als „Regentin vieler Völker“ erwähnt – ein weiterer Hinweis auf die Brückenfunktion Österreichs und Wiens zu den östlichen und südöstlichen Nationen. Dieser Blickwinkel nach Osten wurde auch durch die Tatsache unterstrichen, daß drei der vier Kardinäle, die mit dem Papst das Wort auf der „Europa-Vesper“ ergriffen, aus kommunistisch regierten Ländern kamen, der „DDR“, Polen und Jugoslawien.

Mit welchen Problemen der westliche Katholizismus in den Wohlstandsgesellschaften konfrontiert ist, erlebte Johannes Paul am Samstagabend bei der Begegnung mit der Jugend im Praterstadion. Er ermahnte die Jugend: „Die nächste Generation wird euch genau so fragen, wie ihr heute die Älteren fragt: Was habt ihr aus eurem Leben und der Welt gemacht?“ Es wäre ungerecht, besserwissend alles Gewesene gering zu schätzen. Frieden könne man von anderen nur erwarten, wenn man ihn selber lebe.

USA um Stabilität im Maghreb bemüht

Bush besucht Marokko, Algerien, Tunesien / Gesprächsthema ist auch die Westsahara

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Reise des amerikanischen Vize-Präsidenten George Bush nach Nordafrika soll die Bemühungen der USA um die Stabilität dieser wichtigen Zone zwischen Atlantik und Mittelmeer unterstreichen. Mehr als nur diplomatische Unterstützung wird Washington dabei auch von den europäischen NATO-Partnern zuteil. Bush besucht zunächst Marokko und reist dann nach Algerien und Tunesien weiter.

Die USA haben in den letzten beiden Jahren ihre Beziehungen zu Tunesien und Marokko, namentlich auf militärischem Gebiet, verstärkt. Das Verhältnis zu Algerien hatte sich seit *1981 erheblich gebessert, als Algerien* eine Vermittlerrolle in der Geiselaffäre zwischen Teheran und Washington spielte.

In Marokko wird Bush mit König Hassan konferieren. Neben bilateralen Fragen dürfte dabei auch das Westsahara-Problem zur Sprache kommen.

„Marokko wird sich der Volksabstimmung in der Sahara nicht widersetzen. Aber auch ohne Referendum bleibt die Sahara marokkanisch. Wir denken jedenfalls nicht daran, sie auf einem silbernen Tablett einem Haufen von Söldnern zu servieren.“ Hassan umriß dieser Tage mit diesen Worten die marokkanische Doppelposition im Streit um die Westsahara. Er will seine guten Beziehungen zur Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) und zur UNO – die das Referendum verordneten – nicht antasten. Er denkt aber nicht daran, die vielen Investitionen seines Landes in dem von Marokko besetzten „nützlichen“ Teil der ehemals spanischen Kolonie in den Sand gesetzt zu haben.

Hassan ist sich der mehr oder weniger offenen Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der afrikanischen Staaten sicher. Denn sie sehen *– wie die USA – in ihm den Stabilisa*tor dieser Zone.

Bei seiner Reise will sich Bush gewiß auch über die Haltung der nordafrikanischen Länder gegenüber Libyen informieren. Für die atlantische Konzeption ist es zum Beispiel wichtig zu wissen, wie das sozialistische Algerien die Expansionspolitik des libyschen Staatschefs Khadhafi einschätzt. Allem Anschein nach soll der Konflikt in Tschad – das dürfte auch Frankreichs Premierminister Mauroy dieser Tage in Algier erfahren haben – die derzeitige Balance in Maghreb nicht in Frage stellen. Dies dürfte einer der Gründe für den überraschenden Besuch Khadhafis bei König Hassan im Juli gewesen sein. Aber gewiß wird Libyen die Unterstützung der Polisario-Front gegen Marokko deshalb nicht ganz aufgeben.

Die Chefs der Polisario stammen in der überwiegenden Mehrzahl nicht aus der Westsahara, wie König Has*san vor der OAU nachweisen konnte.* Sie sind meist nordafrikanische Söldner. Aber so wie diese Söldner das Machtvakuum nach dem Abzug der Spanier für sich (und das sowjetische Interesse) ausnutzen wollten, so schickte auch Hassan Marokkaner in das Gebiet und sorgte dort für klare Mehrheitsverhältnisse. Nach den letzten spanischen Zählungen bewohnten 1970 etwa 70 000 Menschen, meist Nomaden, die Westsahara. Heute wohnen dort 180 000 Menschen, von denen 115 000 allein in der Provinz Al Aioun leben. Es ist dies *das Ergebnis marokkanischer Ein*wanderungspolitik. Marokko geht es um Phosphat, die einzige Rohstoffquelle des Landes, und um den Fischreichtum im Seegebiet bis zu den Kanarischen Inseln.

Bush wird sich in Maghreb auch um das sozialistische Algerien bemühen. Er weiß um das Selbständigkeitsstreben der Algerier gegenüber dem imperialistischen Streben der Sowjetunion. Entscheidend dabei sind die Menge und der Preis algerischer Erdgasexporte in den Westen sowie das technische Know-how bei der Ausbeutung und Verflüssigung für den Transport. Technisch sind die *Algerier dabei auf die amerikanische* Unterstützung und wirtschaftlich auf den europäischen Markt als Absatzgebiet angewiesen.

In Tunesien, dem unmittelbaren Nachbarn Libyens, gilt das Interesse von Bush vor allem eben dieser gelegentlich recht explosiven Nachbar*schaft. Das wird die tunesische Re*gierung gewiß auszunutzen verstehen, etwa beim Ausbau der noch fehlenden Infrastruktur für den Tourismus. (SAD)

SED-Loblied auf Deutsche in Amerika

hrk. Berlin

In ihrem Bestreben, die deutsche Geschichte für sich zu beanspruchen, *hat die „DDR“ jetzt ein ungewöhnli*ches Loblied auf die Leistungen der eingewanderten Deutschen in Amerika gesungen.

In einem Artikel in der jüngsten Ausgabe der dem „DDR“-Außenministerium nahestehenden Zeitschrift „Horizont“ heißt es: „Viele Deutschamerikaner haben im Verlaufe der 300 Jahre Außerordentliches für die amerikanische Nation geleistet und sich durch progressives Wirken ausgezeichnet.“ In der ohne ideologische Verzierung geschriebenen Betrachtung wird an die vor drei Jahrhunderten begonnene deutsche Einwandererwelle erinnert.

Unter dem Titel „Es begann in Germantown“, schreibt der Autor: „In der Folgezeit wurden die Vereinigten Staaten von Amerika zum Ziel für Millionen deutscher Auswanderer. Religiöse, soziale und politische Gründe bewogen sie zu diesem Schritt, und wie viele andere Europäer erhofften sie sich von der ‚Neuen Welt‘ bessere ökonomische und politische Lebensverhältnisse.“ In der Volkszählung von 1980 hätten „28,8 Prozent der USA-Bevölkerung angegeben, daß ihre Vorfahren aus Deutschland stammen“.

Weiter heißt es in dem Artikel: „Wenn die deutschen Einwanderer sich auch relativ schnell im Lande assimilierten, so werden noch immer deutsche Sprache und Kultur, Sitten und Gebräuche gepflegt. Deutsche Schulen, eine Anzahl deutschsprachiger Zeitungen und Rundfunkprogramme tragen zu deren Erhalt bei.“

Getreu der Preußen-Renaissance der „DDR“ wird in „Horizont“ auch der wichtige Anteil preußischer Immigranten am Werden der USA gewürdigt: „Friedrich Wilhelm von Steuben, ein von den Ideen der Aufklärung und von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung beeindruckter preußischer Offizier, ging 1777 nach Amerika. Als Washingtons Generalinspekteur des Bundesheeres hatte er hervorragenden Anteil am Sieg im Unabhängigkeitskrieg.“

Bericht zur Lage Berlins

hrk. Berlin

Unter dem Vorsitz von Alfred Dregger tagt heute und morgen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude. Der Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker gibt morgen vor den Abgeordneten einen Bericht zur politischen und wirtschaftlichen Lage Berlins.

Die Unions-Parlamentarier bereiten sich in mehreren Arbeitsgruppen und durch Studienbesuche in Berliner Forschungseinrichtungen und Spezialbetrieben auf die Umweltschutz-Debatte am kommenden Donnerstag im Bundestag vor. Innenminister Friedrich Zimmermann hält in Berlin ein grundsätzliches Referat über die Umweltschutzpolitik der Bundesre*gierung.*

Moskau schickt Päckchen zurück

JGG. Bonn

Die sowjetische Post schickt Päckchen an Familien von inhaftierten Regimekritikern an die Absender im Westen zurück. Wie aus lettischen und polnischen Kreisen in England berichtet wird, werden die Absender vom „Büro für Auslandssendungen“ des sowjetischen Hauptpostamtes in Moskau benachrichtigt, daß diese Päckchen nicht ausgehändigt werden. Im konkreten Fall ging es um die Familien des 1981 im Lager Wologda verstorbenen estischen Professors Jurij Kukka und um die seines im Lager Perma festgehaltenen Landsmannes Mart Niklaus.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Untypische Beispiele

„Ordnungs-Unsinn“; WELT vom 9. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie veröffentlichten in Ihrer Zeitung einen Beitrag mit dem Titel „Ordnungs-Unsinn“, in dem Unmut über die bisherige Erarbeitung von Ausbildungsordnungen im Bundesinstitut für Berufsbildung geäußert wird.

Kenner der Materie wissen längst, daß die Erarbeitung und Abstimmung von Ausbildungsordnungen im Bundesinstitut für Berufsbildung mit Sachverständigen der Ausbildungspraxis aus Betrieben und zuständigen Organisationen erfolgen.

Die gewählten Beispiele, der Berg- und Maschinenmann sowie der Gießereimechaniker sind für die generelle Neuordnungsarbeit untypisch. i ihnen um Verordnungen zur Erprobung neuer Ausbildungsformen und -berufe. Die „Detailvorgaben“ für diese Modellversuche stammen unmittelbar aus der Ausbildungspraxis und werden auch dort im Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit geprüft. Im Fall des Gießereimechanikers läuft die Erprobung noch bis 1985, bevor die Ausbildungsordnung mit den Beteiligten endgültig abgestimmt werden kann. Zum „Transportfacharbeiter“, übrigens nicht einem bereits bestehenden, sondern neuen Ausbildungsberuf, werden im Bundesinstitut für Berufsbildung z. Zt. die Entscheidungsvorschläge für den Verordnungsgeber vorbereitet.

Heute erarbeiten alle an der beruflichen Bildung Beteiligten, u. a. auch die erwähnten „praxisnahen Kammern“, gemeinsam im Bundesinstitut Ausbildungsordnungen, die den neuesten Stand der technischen Entwicklung berücksichtigen, wie beispielsweise die modernen und praxisorientierten Ausbildungsordnungen für Meß- und Regelmechaniker, Kälteanlagenbauer und für die luftfahrttechnischen Ausbildungsberufe zeigen.

Es ist unverständlich, wie bei einer Verbreiterung des Sachverstandes, wie bei dieser im Bundesinstitut für Berufsbildung üblichen Arbeitsmethode angeblich Ausbildungsordnungen entstehen sollen, die nicht „Schritt mit dem Fortschritt“ halten. Der Staat ist zwar Verordnungsgeber, aber die Betriebe müssen bekanntlich nicht ausbilden. Deshalb der oft langwierige Prozeß der Konsensfindung. Außerdem sollte wohl auch kein Jugendlicher „Versuchskaninchen“ in schlecht vorbereiteten Ausbildungsberufen sein.

Mit freundlichen Grüßen
Urlich Degen,
Bundesinstitut für Berufsbildung,
Pressereferat, Berlin 31

Wer finanziert Renten?

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Meinung, Kinder wären die Grundlage zur Finanzierung der Renten, ist ebenso langlebig wie falsch. Ebenso falsch wie der Glaube an das Kapitaldeckungsverfahren zur Rentenfinanzierung. Der bedeutende Kieler Prof. Mackenroth räumte mit dieser Meinung auf und wies nach, daß allein das Umlageverfahren zur Finanzierung der Renten taugt. Was in einem Jahr in der Volkswirtschaft *erarbeitet wird, kann allein zur Fi*nanzierung der Bedürfnisse der Volkswirtschaft herangezogen werden.

Damit ist aber auch gesagt, daß nicht die menschliche Arbeitskraft allein und entscheidend für die Finanzierung der Renten ist. Beitragszahler allein sichern schon heute längst nicht mehr die Rentenzahlungen. Nicht ohne Grund werden in zunehmendem Maße andere Finanzierungssysteme diskutiert: wie die vom ehemaligen Bundesarbeitsminister Ehrenberg aufgegriffene Maschinensteuer; das kürzlich vom Ministerpräsidenten Albrecht, Niedersachsen, erarbeitete Thesenpapier weist in die gleiche Richtung. Beide fordern sie einen neuen und notwendigen Weg zur Rentenfinanzierung für eine 100 Jahre alte bewährte, aber inzwischen überholte Finanzierung der Renten mit Hilfe von Beiträgen.

Die Kinder von heute sind keinesfalls die sicheren Beitragszahler der Rentenversicherung von morgen. Es besteht eher die Gefahr, daß sie die Arbeitslosen von morgen sind und bleiben. Ganze Montagehallen, ganze Montagebänder kommen fast ohne Arbeitskräfte aus, produzieren aber mehr und mehr, schneller und schneller. Wo bleibt da der Beitragszahler zur Rentenversicherung?

Immer schneller ersetzt der technische Fortschritt die menschliche Arbeitskraft. Wohlstand beruht nicht mehr auf reichem Kindersegen.

Wort des Tages

„Wer nicht zuerst auf Gott hören will, hat der Welt nichts zu sagen. Er wird sich bis zur Be*wußtlosigkeit und Er*schöpfung „um vieles kümmern“ und dabei das eine Notwendige versäumen; er wird sich manches vorlügen, um dieses Versäumnis zu vergessen oder zu rechtfertigen.“

Hans Urs von Balthasar, schweiz. Theologe (geboren 1905)

Nicht die Raketen sind die Gefahr unserer Tage, sondern die Bevölkerungsexplosion.

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried J. Eike,
Wuppertal-Barmen

Butterhalde

„Aus deutschen Landen auf den britischen Tisch“; WELT vom 25. August

Sehr geehrte Redaktion,

wer einmal in England war, versteht sofort, warum Lebensmittel wie deutsche Wurst sich bei den Engländern immer größerer Beliebtheit erfreuen: Die deutsche Wurst übertrifft an Geschmack und Qualität die englischen Erzeugnisse bei weitem. Wirklich erfreulich, daß der Konsument *heutzutage die Möglichkeit hat, auf* ausländische Konkurrenz auszuweichen!

Auch ich frequentiere sie neuerdings, seit mir nämlich die „Deutsche Markenbutter“ das Frühstück vermiest, da anscheinend nur noch die untersten Schichten des Butterberges auf den Markt kommen, während die frisch aufgeschaufelten erstmal alt werden. Woran das zu merken ist? Schon nach zwei Tagen wird ein angebrochenes Päckchen Butter im Kühlschrank ranzig, was sonst noch nicht einmal nach 14 Tagen passiert.

Ich habe also jetzt die taufrische Butter zum Beispiel aus Frankreich, Irland oder Dänemark entdeckt. Und ich scheine nicht die einzige zu sein: Manchmal ist – trotz höheren Preises – im Supermarkt die ausländische Butter ausverkauft, während die deutsche liegen bleibt und noch älter wird.

Mit freundlichen Grüßen
Margarethe Jürgensen,
Schmalenbeck

Bibel und Friede

„Baikal-Trick“; WELT vom 30. August

Gewisse evangelische Superinten*denten, aber auch verschiedene ka*tholische Geistliche glauben, trotz der beängstigenden sowjetischen Vorrüstung die amerikanische Nachrüstung anathematisieren zu sollen. An dem Wirklichkeitssinn beider Repräsentanten dürften Zweifel erlaubt sein.

Christus selbst kannte die Gesetzmäßigkeiten dieser Welt und ihrer Mächtigen unvergleichlich besser. Rüstung und militärisches Vermögen dienten ihm – nach der Überlieferung bei Lukas – einmal als Vergleich für die Grundsätzlichkeit christlicher Nachfolge: „Oder welcher König will sich begeben in einen Streit wider einen anderen König und sitzt nicht zuvor und ratschlagt, ob er könne mit zehntausend begegnen dem, der über ihn kommt mit zwanzigtausend? Wo nicht, so schickt er Botschaft, wenn jener noch ferne ist, und bittet um Frieden. Also auch ein jeglicher unter euch, der nicht absagt allem, was er hat, kann nicht mein Jünger sein. Das Salz ist ein gutes Ding; wenn aber das Salz kraftlos wird, womit wird man's würzen? Es ist weder auf das Land noch in den Mist nütze, sondern man wird's wegwerfen. Wer Ohren hat, zu hören, der höre!“ (Lukas 14, 31–35)

Prof. Dr. Helmut Saake,
Hamburg 65

Personalien

GEBURTSTAGE

Prof. **Werner Flume**, emeritierter Ordinarius für Römisches Recht, Bürgerliches Recht und Steuerrecht, feiert am Montag seinen 75. Geburtstag. Flume, der 1932 in Bonn mit einer Dissertation über Römisches Recht promovierte, konnte nach seinem öffentlichen Protest gegen einen Aufruf zum Boykott der Vorlesungen jüdischer Professoren 1933 nicht die wissenschaftliche Laufbahn einschlagen und wurde als Anwalt für Industrieunternehmen vor allem auf den Gebieten des Steuer- und Gesellschaftsrechts tätig. Nach seiner Habilitation 1946 in Bonn war er von 1949 bis 1953 in Göttingen und dann bis zu seiner Emeritierung 1976 in Bonn als ordentlicher Professor tätig.

Erich Olbricht, Mitglied im Aufsichtsrat der Wella AG, vollendet am 12. September das 65. Lebensjahr. Der gebürtige Oberlausitzer, der entscheidend zum Aufschwung des Unternehmens beigetragen hat, war von 1967 bis 1975 Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Fulda.

AUSZEICHNUNGEN

Mit Kunstpreisen zur Feier ihres 1000jährigen Bestehens wurden von der Stadt Duisburg der niederländische Bildhauer **Peter Dekker** (45), der Duisburger Bildhauer **Hans-Jürgen Vorsatz** (38) und der Oberhausener Objektemacher **Günter M. Schirmer** (29) ausgezeichnet. Die 10 000 Mark für die Preise hatte ein Unbekannter gestiftet.

Sammeln von Kenntnissen genügt nicht

Das „Laissez faire" ist Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre zur beherrschenden Grundströmung im Unterricht vieler Schulen geworden. Bewußtes oder unbewußtes Mißverständnis dessen, was Neill in Summerhill als „antiautoritäre" Erziehung begründete, und die unreflektierte Übernahme plakativer Ergebnisse dieses begrenzten Erziehungsversuchs auf deutsche Massenschulen leiteten Zustände ein, deren Folgen noch heute spürbar sind.

Die Wende ist grundsätzlich längst vollzogen. Doch die Ergebnisse sind weiterhin unbefriedigend. So schnell läßt sich das Ruder in der Erziehung nicht herumreißen. Die Generation der jungen Menschen, von denen viele weitgehend ziel- und wertelos in der Gesellschaft treiben, ist zum Faktum und zur Aufgabe geworden.

Glücklicherweise ist die Tatsache, daß zum Lernen in der Schule auch der Erziehungsauftrag der Lehrer gehört, inzwischen wieder weitgehend unbestritten – so zum Beispiel in der Form des Streites darüber, was Allgemeinbildung heute bedeutet und wie die Schulen sie zu vermitteln haben –, doch das Prinzip wird inzwischen erneut unstreitig.

„Die Bildung eines Kindes bleibt bruchstückhaft, wenn die Wissensvermittlung nicht mit Erziehung verbunden ist." Und: „Unterrichten und Erziehen haben soviel miteinander zu tun, daß das eine ohne das andere nicht denkbar ist. Weiter: „Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, daß die Schule ihre unterschiedlichen Begabungen, Neigungen und Bedürfnisse berücksichtigt und fördert. Unterricht darf sich nicht im Ansammeln von Kenntnissen erschöpfen." Letzlich: „Erziehung meint den ganzen Menschen."

Es gibt wenige Institutionen, die auch während der allgemeinen Verwirrung über die Aufgaben von Schulen und Pädagogen an diesen Grundsätzen festgehalten haben. Dazu gehören die Landerziehungsheime, die über viele Jahrzehnte hinweg bereits die Aufgabe erfüllen, individuell und in überschaubaren Größen junge Menschen zu fördern.

p. p.

Arbeitstugenden mildern den Praxis-Schock

IW-Studie über Schulabgänger: Die Betriebe können nicht alle Versäumnisse von Schule und Elternhaus ausgleichen

Lediglich bei einem von fünf Jugendlichen verläuft heute die berufliche Startphase reibungslos. Für die meisten ist der Wechsel von der Schule zur betrieblichen Ausbildung, in den „Ernst des Lebens", mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Nach einer empirischen Studie des Institutes der deutschen Wirtschaft (IW), die auf einer Umfrage unter rund 4800 Jugendlichen basiert, hängt der Umfang der Probleme dabei entscheidend von der Leistungsmotivation und den „Arbeitstugenden" ab.

In der Studie wird von einem „Praxis-Schock" gesprochen, der sich am leichtesten mildern lasse durch die anforderungsgerechte Wahl des betrieblichen Lernortes, was in Anbetracht der aktuellen Ausbildungsplatz-Situation in der Bundesrepublik Deutschland immer größere Schwierigkeiten bereitet.

Die Untersuchung zeigt darüber hinaus, daß Lernschwierigkeiten, Anpassungsprobleme an die übliche achtstündige Arbeitszeit sowie „Kontaktstörungen" entscheidend von der Einstellung der Jugendlichen zu den Arbeitstugenden abhängen. Auszubildende mit „hoher Leistungsmotivation" haben natürlich die geringsten Anfangsprobleme. Auch ein gewisser Altruismus, gegenseitige Hilfsbereitschaft, verringert eindeutig die Probleme der Lehrlinge, sogar in den Bereichen Lernschwierigkeit und physische Belastbarkeit.

Daß eine ausgeprägte geistige und physische Elastizität die Probleme des „Praxis-Schocks" bei Schulabgängern verringern, ist nicht überraschend. Hingegen trägt die „Extraversion", die Empfänglichkeit für äußere Einflüsse, kaum zur Verringerung der Startprobleme ins Berufsleben bei.

Disziplin und Fleiß

Nach den Erkenntnissen aus der IW-Studie ist die im Berufsbildungsgesetz festgeschriebene Aufgabe der Berufsbildung, die Erziehung zur Charakterstärke, also durchaus sinnvoll. Nur müsse die „Anfangsphase curricular so gestaltet" werden, daß das vorhandene Motivationspotential noch stärker genutzt werden können. Denn auf diese Weise würden auch neue Anreize zur Steigerung der Leistungsmotivation geschaffen.

Zu den integrationsfördernden charakterlichen Eigenschaften gehört, so das Ergebnis der Studie, im „weitesten Sinne die positive Einstellung zur Arbeits- und Berufswelt". Die berufspädagogische Forschung definiert die Kriterien, an denen sich die Einstellung der Jugendlichen zur Arbeits- und Berufswelt messen läßt, folgendermaßen:

Zu den „klassischen" Arbeitstugenden zählen Ordnungssinn, Pünktlichkeit, Disziplin, Fleiß, Leistungsbereitschaft und Pflichtbewußtsein. Hinzu kommen die sogenannten „dynamischen" Tugenden: Selbstvertrauen, Ausgeglichenheit, Initiative und Zielstrebigkeit. Eine grundsätzlich positive Einstellung zu diesen Anforderungen wirkt heute wie vor 100 Jahren unverändert – so die IW-Untersuchung – „problementschärfend". Eine positive Grundeinstellung gegenüber den Arbeitstugenden führt durchweg zu den geringsten Startschwierigkeiten. Aber auch wie vor 100 oder mehr Jahren gilt auch: Nur durch eine entsprechende pädagogische Mischung lassen sich die positiven Einstellungen zur beruflichen Ausbildung fördern, die Voraussetzungen schaffen, um die seelischen und körperlichen Belastungen in der Anfangsphase des „Ernstes des Lebens" zu vermindern.

Die Erkenntnisse der IV-Studie lassen keinen Zweifel daran, daß pädagogisch/didaktische Eingliederungshilfen der Betriebe den Jugendlichen den Übergang ins Erwerbsleben spürbar erleichtern. Doch können Betriebe naturgemäß nicht annähernd alles nachholen, was Elternhaus und Schule versäumt haben. Das Institut: „Aus der sozialen Verantwortung im Vorfeld der Berufsausbildung dürfen Eltern wie Erzieher nicht entlassen werden."

Auch eine Bilanzfrage

Sicher sind die Schulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland heute froh, wenn sie angesichts des Andrangs überhaupt einen Ausbildungsplatz erhalten. Doch die Betriebe dürfen es sich deshalb nicht einfach machen: Je mehr dafür getan wird, den Übergang von der Schule in den Beruf möglichst reibungslos zu gestalten, desto mehr haben die Unternehmen von ihren Auszubildeden. Dies ist auch eine Bilanzfrage.

PETER PHILIPPS

Bessere Chancen durch Ergänzung des Studiums

Wirtschaft verlangt Berufserfahrung von den Bewerbern

Der Arbeitsmarkt wird selbst für die enger, die in früheren Zeiten praktisch eine Garantie für einen sicheren Arbeitsplatz hatten: Auch Hochschulabsolventen sind seit einigen Jahren von Arbeitslosigkeit immer stärker bedroht. Die Chancen für einen der Schulbildung adäquaten Ausbildungsplatz werden allerdings auch heute noch um so größer, je mehr praktische Erfahrung der Bewerber neben seiner akademischen Ausbildung anzubieten hat.

Der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, hat erst kürzlich wieder von den Erfahrungen der Arbeitsämter berichtet, daß vor dem Hintergrund der weiter steigenden Zahlen von Hochschul-Absolventen vorwiegend Jungakademiker von der Wirtschaft gefragt seien, die neben ihrer theoretischen Ausbildung praktische Berufserfahrung vorzuweisen haben. Stingl machte kein Hehl daraus, daß er für einen geeigneten Weg, theoretisches Wissen mit den Erfahrungen aus der Berufstätigkeit zu verbinden, das nebenberufliche Hochschul-Fernstudium hält. Stingl sprach auf einem Symposium, zu dem die Katholische Erziehungsgemeinschaft Deutschlands unter dem Thema „Neue Wege des Hochschulstudiums" nach München eingeladen hatte.

Im Mittelpunkt dieser Tagung standen die Erfahrungen der Hochschule für Berufstätige in Rendsburg. Diese erste private, staatlich anerkannte Fernfachhochschule in der Bundesrepublik Deutschland wird von der Stuttgarter Akademikergesellschaft für Erwachsenenfortbildung (AKAD) getragen und bildet seit dem Jahre 1981 Berufstätige aus kaufmännischen Berufen zu Diplom-Volkswirten aus. Ein Aufbau-Studiengang verschafft darüber hinaus Ingenieuren die Möglichkeit, das Diplom als Wirtschafts-Ingenieur zu erreichen.

Stingl machte auf der Münchner Zusammenkunft deutlich, daß die „Transferfähigkeit" junger Akademiker „frisch von der Hochschule weg" sehr schwierig sei. Im Rahmen der beruflichen Weiterbildung könnten gerade Fernstudien den Arbeitnehmern den Aufstieg in höhere berufliche Funktionen eröffnen. Das Hochschulfernstudium sei nicht nur geeignet, die Dauer „normaler" Studiengänge an den Universitäten zu verkürzen, sondern auch, Teilqualifikationen statt an der Universität später neben der beruflichen Tätigkeit über ein aufbauendes Hochschulfernstudium zu erwerben.

Der baden-württembergische Kultusstaatssekretär Theo Balle griff die Gedanken Stingls auf: Er sprach davon, daß die Hochschule für Berufstätige arbeitslose Lehrer beispielsweise auf der Basis ihrer jeweiligen Fachausbildung zu für die Wirtschaft interessanten Fachhochschul-Diplomen führen könne.

Aber die Absolventen der Rendsburger Hochschule haben offenbar auch ansonsten in der Industrie gute Aussichten. Albrecht Bendziula, Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, sprach davon, daß diese Einrichtung analog zu den Schulen, in denen die öffentliche Verwaltung ihren Nachwuchs beranbilde, ihre Funktion einer „Fachhochschule der Wirtschaft" erfülle.

Stingl warnte in München davor, das für die zusätzliche Qualifikation entscheidende Wissen der Praxis – EDV-Kenntnisse, Betriebswirtschaft, Recht, Sprachen – praxisfern in Vollzeit-Ausbildung sich anzueignen. Denn lange Studienzeiten, die dazu führen, daß die meisten Jungakademiker in der Bundesrepublik Deutschland sehr viel später als ihre Kollegen aus den anderen europäischen Ländern auf den Arbeitsmarkt stoßen, erwiesen sich in jeder Beziehung immer mehr als Belastung. So werden zum Beispiel die Berufschancen deutscher Hochschul-Absolventen in der Europa-Bürokratie häufig allein dadurch vereitelt, daß sie im Vergleich zu allen Konkurrenten bereits zu alt sind.

Der Direktor des Institutes für Medienpädagogik des Internationalen Forschungszentrums in Salzburg, Marian Heitger, zog die Konsequenz daraus: Es sei nicht einzusehen, daß Staat und Gesellschaft viel Geld aufwendeten, obwohl die Berufsbezogenheit des Studiums gar nicht gegeben sei. Die Studiengänge verkümmerten immer mehr zu einer wissenschaftlichen Berufsvorbereitung, die dann allerdings nicht zu konkreten Berufschancen führe. Auch für Heitger bietet das Fernstudium die Chance, gerade den Prozeß des selbständigen Denkens wieder zu fördern.

JAME ROVER

Informationen über Wege der Berufsausbildung

G. P. O. Bonn

In 13. Auflage ist die bundeseinheitliche Informationsschrift „Studien- und Berufswahl" jetzt von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit herausgegeben worden. Mit Hilfe des 400 Seiten starken Kompendiums können sich Schüler rechtzeitig vor ihrem Schulabschluß über die Möglichkeiten der verschiedenen Bildungswege informieren. Die Palette reicht vom Studium an Universitäten und Fachhochschulen über die Ausbildung in der Wirtschaft bis zum Berufsweg in der Verwaltung – jeweils mit Informationen über Spezifika der einzelnen Bundesländer. Die Ausgabe 1983/84 erscheint in einer Auflage von 525 000 Exemplaren. Wer das Buch nicht über die Schule erhält, kann es zum Preis von 8 Mark 50 über den Buchhandel beziehen.

Wettbewerb für Schüler mit 450 Preisen

p. p. Bonn

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat für das neue Schuljahr wieder einen Schülerwettbewerb ausgeschrieben, der unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Karl Carstens steht. Klassen der Jahrgangsstufen 7 bis 11 aller Schularten können sich an vier vorgegebenen Themen messen: „Kennenlernen über Grenzen", „Auswüchse im Sport", „Sicherheit im Straßenverkehr" und „Bilder aus der Nachkriegszeit". Jede Klasse kann ein Thema zur Bearbeitung auswählen und muß die Wettbewerbs-Arbeit bis zum 1. Dezember 1983 einschicken. Bis Anfang März 1984 werden aus allen Einsendungen die Gewinner ermittelt, wobei insgesamt 450 Preise winken. Als Hauptgewinne wurden zwölf Klassenfahrten in europäische Hauptstädte ausgesetzt. Themenvordrucke sind bei der Bundeszentrale in Bonn erhältlich.

EDV-Wissen in praktischer Anwendung

F. GAUS, Stuttgart

Erwartungsgemäß steigt die Nachfrage nach praxisorientierter Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung immer stärker an. Denn Fachleute können nur noch durch laufende qualifizierte Weiterbildung den Anforderungen gerecht werden, die täglich an sie gestellt werden. Zu den Anbietern auf diesem expandierenden Ausbildungsmarkt gehört seit dem Jahre 1970 das gemeinnützige „Taylorix-Institut für berufliche Bildung" in Stuttgart. Das Seminarangebot reicht von der Finanzbuchführung über die Ausbildung zum Datenverarbeitungs-Organisator bis zur Vorbereitung auf die IHK-Prüfung zum Bilanzbuchhalter.

Die berufsbegleitende Schulung (wahlweise Vollzeitunterricht) kann teilweise im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes staatlich unterstützt werden.

96 000 lösten Lehrvertrag vor Abschluß

J. R. Köln

Das Forschungsinstitut für Berufsbildung im Handwerk an der Universität Köln hat erstmals eine umfangreiche Untersuchung über Ursachen und Hintergründe des Phänomens vorgelegt, daß ein relativ großer Teil der Ausbildungsverträge im Handwerk jedes Jahr gelöst wird. Grundlage für die Kölner Arbeit war das Ergebnis des Jahres 1981: Mehr als 96 000 Lehrverträge wurden bundesweit vorzeitig gelöst, allein im Handwerk 47 000. Dies entspricht einem Anteil von sieben Prozent an allen abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Insbesondere weibliche Jugendliche neigen zum vorzeitigen Abbruch der Berufsausbildung. Die Gründe liegen nach der Untersuchung primär im „klassischen Rollenverständnis". Ansonsten sind auch die Abiturienten überrepräsentiert. Sie scheiden vorzeitig aus, um zu studieren.

„Christentum von Atomkrieg und Atheismus bedroht"

KNA/dpa, Warschau

Die polnischen Bischöfe sehen das Christentum heute nicht mehr durch eine osmanische Herrschaft bedroht, sondern „durch die Gefahr des Atomkrieges, des militanten Atheismus, des Unglaubens sowie des theoretischen und praktischen Materialismus". Diese Auffassung vertraten sie in einem Hirtenbrief zum 300. Jahrestag der Befreiung Wiens von den Türken.

In dem Schreiben erinnerten die Bischöfe daran, daß Papst Johannes Paul II. Polen als „Repräsentanten der lateinischen Kultur unter den slawischen Nationen" bezeichnet hatte. Sie brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß Gott der christlichen Familie auf der ganzen Welt und in Polen die Freiheit, den Frieden und die Einheit schenken werde. In dem Hirtenbrief, der gestern in allen Kirchen Polens verlesen wurde, hieß es ferner, die Schlacht bei Wien habe in der polnischen Nation das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur lateinischen Kultur und zu Europa in der Rolle einer „Vormauer des Christentums" gestärkt.

Literatenverband: Verbot endgültig

dpa/AP, Warschau

Das polnische Innenministerium hat die Berufung gegen die am 19. August verfügte Auflösung des Schriftstellerverbandes abgelehnt. Damit erlebt die letzte nonkonformistische Organisation Polens außerhalb der katholischen Kirche das gleiche Schicksal wie die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität" und die Verbände der Journalisten, der Studenten, der Künstler und der Schauspieler.

Zur Begründung der Maßnahme führte das Ministerium an, die Tätigkeit des Verbandes habe sich gegen die Strukturen des sozialistischen Staates gerichtet.

In den aus 33 Mitgliedern bestehenden Vorstand waren beim letzten Schriftstellerkongreß nur sechs Parteimitglieder gewählt worden, von denen drei später aus der Partei austraten. Die Behörden hatten vom Vorstand Maßnahmen gegen die Schriftsteller verlangt, die für Untergrund-Publikationen oder für polnische Publikationen im Ausland schreiben.

In Chile wächst die Gefahr der Konfrontation

Straßenschlachten in Santiago / 36 000 demonstrierten

AP/AFP, Santiago

In Chile ist es zehn Jahre nach dem blutigen Militärputsch, der General Pinochet an die Macht brachte, am Wochenende zu den bisher vermutlich größten regierungsfeindlichen Protestkundgebungen gekommen. 6000 Menschen schlossen sich einem Trauerzug für eines von sieben Todesopfern der jüngsten Unruhen an, und weitere 30 000 Chilenen standen an den Straßen Spalier. Zwischen Demonstranten und der Polizei kam es wiederholt zu erbitterten Straßenschlachten. Der Weihbischof von Santiago, Camilo Vial, sagte in der Trauerpredigt für einen erschossenen Busfahrer: „Die Stunde für den Kampf ist gekommen, weil mein Volk leidet."

So haben der fünfte „Nationale Protesttag" in Chile und die anschließenden Straßenkämpfe zwischen Gegnern und Anhängern Pinochets das Land am Wochenende einem Bürgerkrieg bedrohlich nahe gebracht. Dieses Wort wurde jetzt erstmals öffentlich von dem christdemokratischen Vorsitzenden der Oppositionsfront „Demokratische Allianz", dem früheren Außenminister Gabriel Valdes, ausgesprochen. Als Reaktion auf das scharfe Durchgreifen von Polizei und Militär erklärte Valdes den Dialog mit der Regierung für ausgesetzt. Als Bedingung für die Weiterführung der Gespräche verlangte Valdes, daß die Regierung eine konkrete Tagesordnung und einen Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie vorlegt.

Die ablehnende Antwort gab General Pinochet selbst, der nach einer Kundgebung seiner Anhänger betonte, es werde keine Abweichung von der 1980 in Kraft getretenen Verfassung geben. Danach sollen Wahlen erst 1989 stattfinden und Präsident Pinochet bis dahin noch im Amt bleiben. Innenminister Jarpa, der bisher den Dialog mit der Opposition geführt hatte, warnte davor, „die Fortschrittspläne General Pinochets zu sabotieren". Wer diese Absicht verfolge, werde „dieselbe Antwort wie 1973" bekommen, drohte Jarpa in der Stadt Concepcion.

Die Polizei hat einen Mann, der zusammen mit vier anderen angeblichen Guerilleros bei Razzien erschossen wurde, als den militärischen Führer der linksgerichteten Revolutionären Bewegung Chiles, Arturo Jorge Villavelan, bezeichnet. Villavelan und die anderen wurden verdächtigt, den Gouverneur von Santiago, General Urzua, am 30. August ermordet zu haben.

Seite 2: Graue Eminenz
Seite 3: Die Macht verloren

Muß George gehen?

Dregger weist den sozialpolitischen Sprecher zurecht

MANFRED SCHELL, Bonn

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heimo George wird aller Voraussicht nach den Vorsitz der Arbeitsgruppe für „Arbeit- und Sozialordnung" der Unionsfraktion abgeben müssen. Nach Informationen der WELT denkt der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger an einen solchen Schritt. George hatte in einem Interview dafür plädiert, das Reallohnniveau in den nächsten Jahren um zehn bis 15 Prozent zu senken.

Dregger und auch Bundeskanzler Helmut Kohl haben sich von diesen Erklärungen Georges, der früher Geschäftsführer des Wirtschaftsrats der CDU war, öffentlich distanziert (WELT v. 10./11. 9.). Die Empörung über George ist nicht nur in der eigenen Fraktion und hier vor allem bei den im hessischen Wahlkampf stehenden CDU-Abgeordneten zu spüren. Dregger hat George zu sich bestellt und ihn zurechtgewiesen.

Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe ist George nach der Satzung der Fraktion der „verantwortliche Sprecher" der Gesamtfraktion für die Arbeits- und Sozialpolitik. Aber nach übereinstimmender Auffassung von Dregger und Kohl vertritt er eine Position, die von der Gesamtfraktion nicht getragen wird.

Die Satzung der Fraktion regelt freilich nur die Wahl, nicht aber die Ablösung eines Arbeitsgruppenvorsitzenden. Es wird aber erwartet, daß George angesichts der breiten Kritik an seinen Äußerungen einer offiziellen Aufforderung Dreggers zum Rücktritt zuvorkommt.

Späth: Am Recht auf Heimat festhalten

rtr, Berlin

Die Sowjetunion hat nach Auffassung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth nach dem Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeugs eine „Bringschuld", durch die sie ihren Willen zur friedlichen Koexistenz und zur Rüstungsbegrenzung durch Taten belegen müsse. Auf dem Tag der Vertriebenen sagte Späth in Berlin, mit dem „unverzeihlichen Akt staatlicher Brutalität" habe die UdSSR der internationalen Friedensordnung einen schweren Schlag versetzt. Er unterstelle ihr aber nicht, „kriegslüstern oder auch nur an der Verschärfung der Spannungen zwischen Ost und West interessiert zu sein", fügte Späth hinzu. Die Sowjetunion habe aber die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen mit einer schweren Hypothek belastet und dem Auf- und Ausbau vertrauensbildender Maßnahmen immens geschadet. Sie habe gegen die Schlüsselbegriffe Offenheit, Berechenbarkeit und Transparenz eklatant verstoßen. Darüber könne nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden.

Späth betonte auch das Recht auf Einheit der Nation. Solange sich durch Deutschland eine Grenze mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl ziehe und es keine friedensvertragliche Regelung unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes aller Deutschen gebe, solange werde das Recht auf Heimat und der Wille zur Wiedervereinigung unbeirrt und geduldig vertreten.

Flucht nach Niedersachsen

AP, Hannover

Zwei Soldaten der „DDR"-Grenztruppe sind am vergangenen Wochenende nach Niedersachsen geflohen, teilte das Bundesgrenzschutzkommando Nord in Hannover mit, ohne den genauen Ort, an dem sie die Grenze überwanden, anzugeben. Die beiden Soldaten hatten sich auf einem Streifengang befunden und flüchteten gemeinsam. Sie konnten das „DDR"-Grenzsperrsystem unverletzt überwinden. Als Grund für ihre Flucht gaben sie Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Mitteldeutschland sowie mit ihrem Dienst in der Grenztruppe an.

SPD-Kundgebung wurde zum Forum gegen Reagan

„Solidarität mit Chile und Nicaragua" / Rau ausgepfiffen

dw. Essen

Die SPD hat mit einer Großveranstaltung in Essen jene Wähler anzusprechen versucht, die auf Distanz zur Sozialdemokratie gegangen sind: Wähler aus dem Umfeld der Grünen und Alternativen sowie aktive Mitglieder der „Friedensbewegung". Mit einer „Solidaritätsbekundung" für Chile und Nicaragua in der Grugahalle war eines der wenigen Themenfelder gefunden, auf dem es kaum Differenzen gibt.

Nach Schätzungen waren etwa 10 000 überwiegend jugendliche Teilnehmer nach Essen gekommen. Das SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischnewski versicherte unter frenetischem Beifall der Zuhörer, die Politik von US-Präsident Reagan sei „nicht unsere Politik". Wischnewski appellierte an die Gegner Reagans in den USA, „ihren Widerstand gegen diese Politik fortzusetzen".

Der Kultusminister von Nicaragua, Ernesto Cardenal, wurde stürmisch gefeiert, als er den USA anlastete, sie wollten mit ihren gegen Nicaragua gerichteten Militärmanövern jetzt das wiederholen, was ihnen vor zehn Jahren in Chile mit dem Sturz Salvador Allendes gelungen sei. Ebenso wie Wischnewski forderte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau die USA auf, Nicaragua in Frieden zu lassen. Teilweise mit Pfiffen reagierte das Publikum auf die Warnung Raus vor einem Anti-Amerikanismus.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte der als Moderator verpflichtete österreichische Schauspieler Dietmar Schönherr den amerikanischen Präsidenten als „Verbrecher" bezeichnet. Rau, der nach eigenem Bekunden zu diesem Zeitpunkt in der Halle war, distanzierte sich später von dieser Äußerung.

*

AP, Bonn

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat die Auffassung geäußert, die Grünen seien im Begriff, sich durch zunehmend militante Vorstellungen zu den geplanten Herbstaktionen von der „Friedensbewegung" zu isolieren. Die Anerkennung der Rechtsstaatlichkeit und die Absage an Gewalt wird nach den Worten von Glotz von Teilen der Grünen als „Verstaatlichung der Friedensbewegung" gebrandmarkt.

Durch die Teilnahme an Wahlen und die minimale Einhaltung gewisser parlamentarischer Spielregeln hätten sich die Grünen selbst auf die Spielregeln des Staates eingelassen. Wenn die Grünen dies störe, sollten sie „doch besser auf die Beteiligung an Wahlen verzichten".

Senator Grolles Thesen

„Sich dem Sicherheitswahn der Politiker verweigern"

dpa, Köln

Die Friedenserziehung in den Schulen darf nach den Worten des Hamburger Schulsenators Professor Joist Grolle (SPD) nicht unter verteidigungspolitischen Vorgaben stehen. Auf dem zweiten bundesweiten Pädagogen-Friedenskongreß forderte Grolle in Köln, die Lehrer sollten sich „dem zum tödlichen Widersinn erstarrten Sicherheitswahn unserer Politiker verweigern".

Die Schüler dürften nicht nur für die immer definierte Verteidigungsinteressen erzogen, sondern müßten in Sachen Krieg und Frieden befähigt werden, vor ihrem eigenen Gewissen verantwortbare Entscheidungen zu treffen. Alles andere sei „eine Verbiegung von jungen Menschen" und stelle den Erziehungsauftrag der Schule von Grund auf in Frage.

Energisch widersprach der Senator dem Hinweis aus der CDU/CSU, daß eine dem Verteidigungsinteresse sich entziehende Schule auf Distanz zum Auftrag des Grundgesetzes gehe. Vielmehr habe derjenige Pädagoge das Grundgesetz auf seiner Seite, der alternative Wege der Friedenssicherung offen und unzensiert mit seinen Schülern erörtere. Allerdings müßten Lehrer den Versuchungen widerstehen, „die in der Leidenschaft der eigenen Überzeugung liegen".

Der Kongreß wurde gemeinsam von den GEW-Landesverbänden Hamburg und Nordrhein-Westfalen mit den Friedensinitiativen „Lehrer für den Frieden" und „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn" organisiert.

Irland weist drei Sowjetdiplomaten als Spione aus

AFP/AP/dpa, Dublin

Die irische Regierung hat am Wochenende drei sowjetische Diplomaten wegen Spionage des Landes verwiesen. Es war die erste derartige Maßnahme Irlands gegen ausländische Diplomaten. Die drei Botschaftsangehörigen, so verlautete aus Geheimdienstkreisen, hätten ihren Status im neutralen Irland dazu benutzt, in NATO-Ländern, vor allem in Großbritannien, Spionage zu betreiben.

Wie die Londoner „Mail on Sunday" unter Berufung auf Geheimdienstquellen berichtet, soll die sowjetische Botschaft in Dublin eine große Spionagezentrale gewesen sein, die auch Waffen für die verbotene nordirische Untergrundorganisation IRA beschafft habe. Kopf des Agentenrings zur Beschaffung von Waffen und Munition sei Irina Lipassow, die Ehefrau des zweiten Sekretärs der Botschaft, gewesen. Das Ehepaar Lipassow und der erste Sekretär Gennadij Salin müssen Irland innerhalb von fünf Tagen verlassen.

Freikauf von 20 000 Häftlingen

dpa, Karlsruhe

In den vergangenen 21 Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland knapp 20 000 politische Häftlinge aus „DDR"-Gefängnissen freigekauft. Insgesamt seien in diesem Zeitraum mehr als 190 000 ehemalige politische Häftlinge aus der „DDR" und anderen Ostblock-Ländern im Bundesgebiet aufgenommen worden, betonten Sprecher des 4. Deutschlandtreffens der „Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge – Vereinigung der Opfer des Stalinismus" (VOS) am Wochenende in Karlsruhe. Die VOS schätzt, daß sich noch etwa 2000 politische Gefangene in „DDR"-Gefängnissen befinden. Etwa 1200 bis 1300 politische Häftlinge kämen jährlich in die Bundesrepublik.

Die Haftbedingungen für die politischen Häftlinge in „DDR"-Gefängnissen bezeichnete die VOS-Bundesvorsitzende Jutta Giersch als „völlig unzureichend". Nach ihren Angaben kümmert sich die seit 30 Jahren bestehende VOS als einzige bundesweit organisierte Interessenvertretung um die noch inhaftierten Menschen und deren Angehörige in der „DDR".

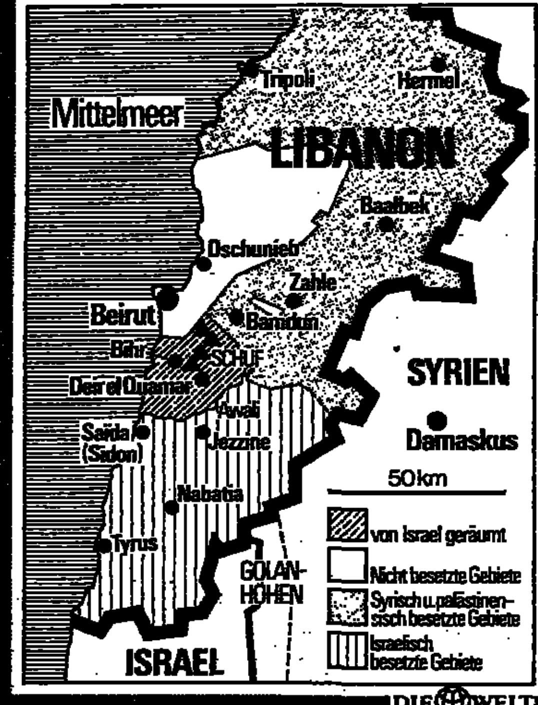
Libanon: Drusen belagern Christen

● Fortsetzung von Seite 1

Das haben Sie immer in jenen schweren Zeiten, die das christliche Volk in Libanon erlebt hat, bewiesen. Unvergessen ist Ihre Initiative 1981, als die Christenstadt Zahle unter schwerem Beschuß lag. Heute bitten wir Sie erneut um Hilfe und Ihre Unterstützung." Kohl hatte damals als Oppositionsführer an Außenminister Genscher appelliert, tätig zu werden. Die syrische Blockade um die Stadt Zahle wurde auf internationalen Druck hin auch aufgegeben.

Bisher sind Meldungen von wenigstens drei Massakern unter libanesischen Christen bekannt geworden. Dabei sollen insgesamt rund 200 Menschen getötet worden sein. Bei den Massakern durch Drusen und Palästinenser geht es nach Einschätzung westlicher Diplomaten in Beirut auch um die Vertreibung der Christen aus dem Schuf-Bergland.

Der libanesische Botschafter in Washington beschuldigte am Wochenende die Syrer, die Drusen mit sowjetischer Hilfe aufgerüstet und zum Kampf gegen die Zentralregierung in Beirut aufgehetzt zu haben. Man habe in Paris ein Abkommen mit dem Drusen-Chef Dschumblatt ausgehandelt, das die Syrer jedoch ihr Veto entgegengesetzt hätten. Erst daraufhin seien die Kämpfe entbrannt.



In dem von Israel geräumten Gebiet toben seit einer Woche heftige Kämpfe. Auf der einen Seite stehen die Milizen der Drusen, syrische Verbände und PLO-Kämpfer. Auf der anderen die libanesische Armee und die Milizen der Christen. Die Truppen der internationalen Friedensstreitmacht, die südlich von Beirut stationiert sind, werden von Drusenmilizen beschossen. Israel verhält sich noch abwartend.

Der amerikanische Außenminister George Shultz erklärte am Wochenende gegenüber der Presse, er sei mit den westlichen Außenministern übereingekommen, das Ersuchen des libanesischen Staatspräsidenten Gemayel, die Stärke der internationalen Friedenstruppe zu erhöhen, abzulehnen.

Die Beiruter Wohnviertel der Christen lagen gestern unter heftigem Artilleriebeschuß der Drusenmilizen und der syrischen Armee.

Wie Ost-Berlin berichtet

Die „DDR" gibt jetzt Moskau Flankenschutz

hrk. Berlin

Zehn Tage nach dem nunmehr zugegebenen Abschuß einer südkoreanischen Boeing 747 durch Sowjetjäger schwenkte die „DDR" am Wochenende voll auf den Moskauer Propagandakurs ein. Unter der Schlagzeile „Eindeutiger Spionageakt gegen UdSSR zielt auf Verschärfung der Weltlage" berichtete das SED-Blatt „Neues Deutschland" als Aufmacher über die Pressekonferenz der Sowjets vom Freitag.

Der Wortlaut der vollständigen Fragen und Antworten der Journalisten und sowjetischen Funktionäre und Militärs füllte zweieinhalb Innenseiten des Blattes.

Bereits am Freitagmittag hatte das „DDR"-Fernsehen in einer nicht angekündigten Übertragung die Pressekonferenz in einer Sondersendung zur Mittagszeit ausgestrahlt. Am Freitagabend bildete die Darstellung des Zwischenfalls aus Moskauer Sicht den 16 Minuten langen Auftakt der „Aktuellen Kamera" im Ostberliner Fernsehen.

In der „DDR" ist die Empörung über das sowjetische Verhalten ebenso stark wie in der Bundesrepublik Deutschland. Während der Leipziger Herbstmesse war der mörderische Zwischenfall eines der immer wiederkehrenden Gesprächsthemen. Unmittelbar nach den Fernsehnachrichten sendete Ost-Berlin dann die komplette zweistündige Aufzeichnung der Pressekonferenz abermals zeitversetzt auf beiden Kanälen.

Mit diesem propagandistischen Flankenschutz für Moskau ging Ost-Berlin von seiner in den Tagen zuvor gezeigten relativen Zurückhaltung abrupt ab. Ohne eigene Kommentare hatte die „DDR"-Presse bis dahin lediglich im außenpolitischen Ressort jeweils die kleinen Schritte zur tödlichen Wahrheit nachvollzogen, wie sie Tass vorgeschrieben hatte.

So fand sich beispielsweise die erste Mitteilung der sowjetischen Staatsagentur unter der nichtssagenden Überschrift „Mitteilung von Tass" am 2. September auf Seite 9 im „Neuen Deutschland", die der Außenpolitik vorbehalten ist. Diese 26 Zeilen knappe Meldung verschwieg den Abschuß des koreanischen „Jumbos".

Rumänien geht auf Distanz

■ Fortsetzung von Seite 1

konnte. Diese aber „setzte ihren Flug auf demselben Kurs in derselben Höhe fort, und ich erhielt einen Befehl, einen präzisen und definitiven Befehl", fuhr der sowjetische Kampfpilot fort.

Die Regierungen und Pilotenverbände zahlreicher westlicher Länder haben am Wochenende mit weiteren konkreten Schritten auf den sowjetischen Abschuß reagiert. Italien, Großbritannien und Japan gaben bekannt, den Flugverkehr mit der UdSSR vom 15. September an für zwei Wochen unterbrechen zu wollen.

Am Freitag hatte sich die Mehrheit der NATO-Staaten darauf verständigt, eine zeitweilige Einstellung des Flugverkehrs nach und aus der Sowjetunion mit Wirkung vom 15. September zu beschließen. Wie NATO-Generalsekretär Joseph Luns nach den vertraulichen Unterredungen in Brüssel dazu sagte, habe man vereinbart, daß nicht die NATO selbst, sondern die einzelnen Regierungen das befristete Flugverbot erlassen werden.

Mittelstand ohne Btx?

Stw. – Der Start ist erfolgt, zumindest im Prinzip. Die Verzögerung bei der Lieferung der Computer für die regionalen Bildschirmtext-Zentralen beschert allen Beteiligten eine Verschnaufpause. Sie sollte, nachdem mit der Funkausstellung auch der Trubel um den neuen Postdienst beendet ist, genutzt werden. Denn Probleme sind absehbar, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen. Wollen sie ihre Waren oder Dienstleistungen per Bildschirm präsentieren, benötigen sie Knowhow. Eine geschulte Fachkraft speziell für Bildschirmtext (Btx) kann sich aber ein Kleinbetrieb kaum leisten. Die Beratung durch eine Btx-Agentur wäre ein Ausweg. Ein anderer heißt Kooperation. Vorexerziert haben ihn kürzlich fünf Reisebüros mit der Gründung einer gemeinsamen Btx-Servicegesellschaft.

Einen Erfahrungsrückstand haben Btx-Interessenten aus dem Mittelstand ohnehin wettzumachen. Denn an den Feldversuchen waren sie praktisch nicht beteiligt – vor allem aus Kostengründen. Allein die Gebühren könnten für kleinere Btx-Anbieter zu einer unüberwindbaren Hürde werden. Denn ein mittelständisches Unternehmen, das 100 Informationsseiten in nur einem Regierungsbezirk anbieten will, da es nur dort seine Kunden hat, muß pro Btx-Nutzer sechsmal soviel Gebühren an die Post zahlen wie ein bundesweiter Anbieter. Das hat die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand errechnet. Im Bundespostministerium sollte man darüber nachdenken. Damit kleine und mittlere Unternehmen ihre Btx-Hoffnungen nicht begraben müssen, bevor das neue Medium überhaupt richtig gestartet ist.

Tauschhandel

Mk. – Südkoreanische Kreuzer gegen Kautschuk und Erdöl aus Malaysia – solche Irrwege werden keineswegs nur in Fernost eingeschlagen, und sie sind keineswegs mehr auf den Osthandel beschränkt. Es wurden immer mehr Formen des Kompensations-, Barter-, Parallel-, Gegen- oder Rückkaufsgeschäfts entwickelt, bei denen die Tendenz immer die gleiche ist, nämlich weg vom Kauf, hin zum Tausch. Im Ostblock mögen beim Zurückdrängen des Geldes aus dem Warenverkehr noch ideologische Gründe eine Rolle gespielt haben, jetzt ist es häufig der nackte Zwang. Es fehlt an Devisen. Wer trotzdem auf Importe – zum Beispiel zur Aufrechterhaltung der Produktion – nicht verzichten kann und will, muß sich einen Partner suchen, der die eigenen Waren abnimmt. Ein Ausweg mag dies kurzfristig sein, langfristig nicht. Wer seine Waren abseits der normalen Absatzkanäle in den Markt bringt, muß sich mit Abschlägen zufriedengeben. Die westlichen Firmen werden bei ihrer Flexibilität mit dem Problem fertig. Trotzdem leidet die internationale Arbeitsteilung. Und das wiegt schwer.

EXPORTWIRTSCHAFT / Deutsche Delegationen nach Jugoslawien und Iran

Bereits ein Fünftel des Außenhandels auf Kompensationsbasis abgewickelt

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der Tausch Ware gegen Ware hat im Welthandel immer mehr an Gewicht gewonnen. Der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Hans Hartwig, hält französische Untersuchungen für realistisch, nach denen bereits 2 Prozent des internationalen Austausches wieder in dieser Form abgewickelt werden. Keinesfalls seien die Kompensationsgeschäfte mehr auf den Ostblock beschränkt. Selbst Industriestaaten greifen darauf zurück.

BGA-Präsident Hans Hartwig äußerte seine Befürchtung, daß der „Geldkauf" in Zukunft eine noch geringere Rolle spielen werde, unmittelbar vor der Abreise zweier deutscher Außenwirtschafts-Delegationen, die Länder besuchen, in denen der Tauschhandel hoch im Kurs steht. So leitet Hartwig selber die Delegation seines Verbandes, die heute nach Jugoslawien aufbricht. Am Samstag reist eine Industrie-Delegation nach Iran.

Die Ursache für die weltweite Zunahme von Kompensationsgeschäften sieht Hartwig in erster Linie in der Verschuldenskrise der Schwellenländer in der Dritten Welt. Dadurch habe sich der Tauschhandel über den Osthandel hinaus ausgebreitet. „Man mag diese Rückentwicklung bedauern oder gar verurteilen, ändern läßt sie sich nicht", betonte Hartwig.

Solange Verschuldenskrisen und Devisennöte selbst vor Opec-Staaten nicht haltmachen, seien Alternativen auch nicht erkennbar. Die fehlende Konvertibilität von Währungen oder die mangelnde internationale Kreditwürdigkeit mehrerer Länder hätten die Renaissance des Tauschgeschäfts bewirkt. „Wer will schon argentinische Pesos oder brasilianische Cruzeiros bei jährlichen Inflationsraten von über 100 Prozent akzeptieren oder polnische, nicht konvertierbare Zloty hereinnehmen?" fragte Hartwig.

Auch die jugoslawischen Außenhandelsfirmen gelten als typische Vertreter des Kompensationshandels. Der chronische Devisenmangel führt zu unzureichenden Devisenzuteilungen für den Import von Maschinen, Anlagen und Vorerzeugnissen. Daher wird der deutsche Lieferant veranlaßt, Gegenware zu akzeptieren. Dabei ist es nicht ungewöhnlich, daß die Kompensationswaren sogar zu einem höheren Preis angeboten werden. Dies macht die Verhandlungen um so schwieriger, da nunmehr der deutsche Exporteur bei seiner Lieferung einen Ausgleichsbetrag einkalkulieren muß. Denn letztlich, so Hartwig, würden sich die deutschen Außenhandelsfirmen nur auf solche Geschäfte einlassen, die sich unter dem Strich auch rentieren.

Kompensationsforderungen hat auch Teheran analog zu den Absprachen mit Japan und Österreich signalisiert. Die iranische Regierung hat mit einer Drosselung von Importen gedroht, falls es nicht zu entsprechenden Absprachen kommt, nach denen zumindest mittelfristig der Warenverkehr bilateral ausgeglichen sein soll. Die Hauptschwierigkeit liegt bei der gewünschten Abnahmegarantie für Öl. Ein zusätzliches Problem liegt darin, daß die iranische Forderung, Industrieprodukte gegen Teppiche, Trockenfrüchte, Rosinen, Kaviar und Pistazien zu kompensieren, teilweise nicht mit EG-Importregelungen in Einklang zu bringen ist. Auch bei indonesischen Forderungen, mehr Textilien oder Kautschuk abzunehmen, müßten EG-Importbestimmungen oder ein internationales Rohstoffabkommen verletzt werden.

Der Schwerpunkt des Tauschhandels liegt im Fernen Osten. Zwischen den Ländern Indonesien, den Philippinen, Thailand, Singapur, Südkorea, Malaysia und – in aller Stille – auch Japan dürften bereits mehr als 50 Prozent aller Umsätze kompensiert werden. Drehscheibe des Geschäfts ist Singapur. Ein Teil der Kompensationsware kommt zu niedrigeren Preisen auch nach Europa. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich in Südamerika ab. Für den Osthandel hat der BGA schon 1978 eine Kontaktbörse eröffnet.

Profitiert haben von den wachsenden Kompensationsgeschäften die deutschen Transithändler. Seit 1979 hat sich das Volumen dieser Geschäfte, die zum größten Teil die Bundesrepublik überhaupt nicht berühren, mehr als verdoppelt. Die Käufe stiegen zwischen 1979 und 1982 von 42,5 auf 78 Milliarden Mark, die Verkäufe von 45,1 auf 92 Milliarden. Erfahrene Händler werden verstärkt eingeschaltet, wenn Absatzwege für Kompensationsware gesucht werden.

US-AKTIENMÄRKTE

Deutliche Geldverknappung signalisiert höhere Kurse

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Zinsen dominieren weiterhin die US-Aktienmärkte. Das wird sich zu Beginn dieser Woche zeigen, wenn die Broker von Kauforders überschwemmt werden und die Kurse erneut in die Höhe schnellen. Vermutlich wird der Dow Jones-Industrie-Index als populärstes Börsenbarometer den alten Rekord – 1248,30 Punkte am 16. Juni – schon im ersten Anlauf brechen. An der Wall Street sind Emotionen mehr wert als anderswo, und ausgelöst wird der Spurt von der zum zweitenmal hintereinander wider Erwarten geschrumpften Geldversorgung.

Ins Haus stehen, so sieht man es in Manhattan, hektische Börsentage. Das zeichnete sich schon am Freitag nach der Schlußglocke ab, als die Notierungen für Renten schlagartig anzogen und der Dollar von 2,6839 auf 2,6575 Mark fiel. Verursacht wurde der rasche Klimawechsel durch die Ankündigung der US-Notenbank, die Geldmenge M 1 (Bargeld und Sichteinlagen) sei in der Woche, die am 31. August endete, um zwei Milliarden Dollar gesunken. Man habe nun auch die anderen Aggregate fest im Griff, alle bewegten sich innerhalb der Zielkorridore.

Für die Wall Street, die mit einer im September üblichen Geldmengenexplosion gerechnet hatte, bedeutet das, daß die Notenbank die Kreditschraube im Augenblick nicht anzuziehen braucht. Für möglich wird sogar eine leichte Lockerung gehalten.

„Dies ist das beste Geldbild seit zwölf Monaten", hieß es bei der Morgan Guaranty Trust Company; „die Märkte stürmen nach vorn", meinte man bei Merrill Lynch. Am New Yorker Platz sackten Freitag drei- und sechsmonatige Treasury Bills von 9,10 auf 9,0 sowie von 9,33 auf 9,10, siebenjährige Treasury Notes von 11,69 auf 11,23 und 30jährige Treasury Bonds von 11,72 auf 11,53 Prozent.

Vorsicht bleibt dennoch geboten. Vermutlich lodert das Feuer nur kurz, weil die Geldverknappung auch technisch bedingt ist – so durch die ungewöhnlich niedrige Umlaufgeschwindigkeit, was sich schnell ändern kann. Nach Angaben des Federal Reserve Board hat sich das Finanzierungsvolumen in den USA bereits vom ersten zum zweiten Quartal 1983 von 434,5 auf 604,9 Milliarden Dollar (ohne Finanzinstitute) auf Jahresbasis erhöht. Gemessen am Bruttosozialprodukt, schnellte der Anteil der Kreditnachfrage von 13,1 (1982) auf 14,1 Prozent.

Die Börsianer sehen außerdem wachsende Inflationsgefahren, die nicht in den nächsten Monaten, aber im kommenden Jahr virulent werden können. So hat die Trockenheit im US-Farmgürtel die Herstellerpreise im August um 0,4 Prozent nach oben gedrückt; übers Jahr betrug die Zunahme 3,7 Prozent. Gewinnmitnahmen warfen den „Dow" am Freitag um 6,40 auf 1239,74 Punkte zurück, im Wochenverlauf gewann er 24,29 Punkte. Der Nyse-Index fiel um 0,41 (plus 1,26) Punkte.

Zahl der Kläger wächst

Von DOMINIK SCHMIDT

Den Stein ins Rollen brachte vor Jahresfrist Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth. Die auch im „reichsten" Bundesland knapper gewordenen Haushaltsmittel forcierten in Stuttgart die Suche nach Möglichkeiten, Einsparungen vorzunehmen. Die Zahlungen im Rahmen des horizontalen Länderfinanzausgleichs der baden-wüttembergischen Landesregierung seit langem ein Dorn im Auge, gerieten schließlich zum Kern der Einsparungsüberlegungen. Immerhin bestreitet das Land gut 70 Prozent des gesamten Volumens von rund 2,4 Milliarden Mark, Mittel, die den struktur- und finanzschwachen Bundesländern zugute kommen.

Munition für die geforderte Neuordnung des Länderfinanzausgleichs fand Baden-Württemberg in Niedersachsen, das zu den Hauptnutznießern dieses Topfes gehört. Seit dem Inkrafttreten des Berggesetzes und der damit verbundenen Neuregelung der Förderabgaben aus der Erdöl- und Erdgasgewinnung sind die Einnahmen daraus kräftig gestiegen. Diese Einnahmen, so argumentiert Baden-Württemberg, müßten in den Länderfinanzausgleich mit einbezogen werden.

Auf diese Forderung reagierte Niedersachsen mit einem Kompromißvorschlag, der im Bundesrat schließlich mit den Stimmen der unionsregierten Länder verabschiedet wurde. Er sieht vor, daß Niedersachsen ab 1983 ein Drittel und ab 1986 die Hälfte seiner Förderzins-Einnahmen in den Finanzausgleich einbringt. Auch Baden-Württemberg hatte dieser Regelung zugestimmt.

Nicht einverstanden indes ist damit Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung in Düsseldorf ist der Auffassung, daß Niedersachsen die Förderzinseinnahmen in vollem Umfang in den horizontalen Finanzausgleich einfließen lassen muß und wird vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Den gleichen Schritt hat dieser Tage auch das Land Hessen angekündigt. Wiesbadens Rechnung geht bis 1986 von einer Etatentlastung von rund 400 Millionen Mark aus, wenn die niedersächsischen Förderzinseinnahmen, die im laufenden Jahr gut 1,8 Milliarden Mark erreichen dürften, voll angerechnet würden.

Die Phalanx der Kläger vor dem obersten deutschen Gericht vervollständigt Baden-Württemberg. Bereits vor der Sommerpause hatte das Kabinett Späth den Beschluß gefaßt, die verantwortlichen Ressort-Minister sollten den entsprechenden Antrag formulieren. Allerdings zielt Stuttgart nicht allein auf den Förderzins. Späth will auch alle anderen strittigen Fragen des Finanzausgleichs klären lassen. Dazu gehört nicht nur der horizontale, sondern auch der vertikale Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Ländern, die sogenanten Bundesergänzungszuweisungen. Diese Mittel machen im laufenden Jahr rund 1,6 Milliarden Mark aus. Niedersachen partizipiert daran mit etwa 560 Millionen Mark.

Niedersachsen, das von einer Änderung des bislang praktizierten Finanzausgleichssystems nachhaltig betroffen wäre, ist inzwischen selbst offensiv geworden. Die Landesregierung hat für Karlsruhe eine Normenkontrollklage angekündigt. Mit ihr soll erreicht werden, daß die derzeit geltende Regelung vom Bundesverfassungsgericht für rechtens erklärt wird. Sollte die Entscheidung nicht in diesem Sinne ausfallen, will das Land darauf dringen, auch die Sondereinnahmen anderer Länder zu überprüfen. Beispiele dafür sind das „Hanseaten-Prinzip", das Hamburg und Bremen begünstigt, aber auch der Kohle-Pfennig, von dem vor allem Nordrhein-Westfalen profitiert.

Obwohl die Klageankündigungen Nordrhein-Westfalens, Hessens und Baden-Württembergs aufmerksam beobachtet werden, hält sich die Beunruhigung in Niedersachsen in Grenzen. Noch liegen der Landesregierung die Klageschriften nicht vor. Zunächst bleibt man bei der Auffassung, daß die Einnahmen aus dem Förderzins nicht als Steuern zu bewerten sind, folglich für den Finanzausgleich auch nicht angerechnet werden dürfen.

Dem Vorwurf mangelnder Solidarität wird mit dem Hinweis begegnet, daß gerade „übergeordnete gesamtstaatliche Erwägungen" zu dem niedersächsischen Vorschlag geführt haben, einen Teil der Förderabgabe in den horizontalen Finanzausgleich einzubeziehen. Weitergehende Zugeständnisse seien angesichts der historisch und geographisch bedingten Strukturschwäche des Landes nicht möglich.

AUF EIN WORT

„Die nun vorliegenden Ergebnisse sind wohl ein guter Beweis für die hohe Bereitschaft der Betriebe, ihren Beitrag zur Bewältigung der schwierigen Arbeitsmarktlage für Jugendliche zu leisten. Ich bin zuversichtlich, daß die chemische Industrie den Vertrauensvorschuß einlösen kann, den ihr die Gewerkschaften mit dem Verzicht auf höhere Ausbildungsvergütungen dieses Jahr gegeben haben."

Erhard Bouillon, Mitglied des Vorstandes der Hoechst AG, Frankfurt
FOTO: DIE WELT

Untersagung bestätigt

dpa/VWD, **Berlin**

Der Kartellsenat des Kammergerichts in Berlin hat die Untersagungsverfügung des Bundeskartellamts in Berlin gegen den Zusammenschluß der Rheinmetall Berlin AG, Berlin, und der Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen/Steige, bestätigt. Wie das Bundeskartellamt in Berlin dazu erklärte, ist die Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof zugelassen worden.

Eine Begründung für die Entscheidung hat das Gericht noch nicht gegeben. Das Bundeskartellamt hatte die Untersagungsverfügung insbesondere auf die Verstärkung der überragenden Marktstellung von WMF in bestimmten Teilmärkten gestützt.

VEREINIGTE STAATEN

Reagan fordert Abbau der Investitions-Barrieren

H.-A. SIEBERT, **Washington**

US-Präsident Reagan hat alle westlichen Staaten aufgerufen, die Beschränkungen für ausländische Investitionen abzubauen. „Der Verzicht auf Barrieren gegen den freien internationalen Investitionsfluß ist ein lebenswichtiger und notwendiger Bestandteil für eine stabile und wachsende Weltwirtschaft", heißt es in einer Erklärung des Weißen Hauses. Der offene Zugang sei das Gegenteil von einem Nullsummenspiel; es gebe dabei nur Gewinner.

Es ist das zweite Mal, daß die Reagan-Administration Front gegen „diskriminierende ausländische Investitionspraktiken" macht. Ein Versuch im November in Genf anläßlich der Verhandlungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) war am fehlenden Konsens der beteiligten Länder gescheitert. Die USA beschuldigen rund 20 Staaten, ausländische Kapitalengagements dadurch zu erschweren oder unmöglich zu machen, daß sie die Verwendung einheimischer Arbeitskräfte und Vormaterialien in einem bestimmten Umfang verlangen. Genannt werden Kanada, Australien, Taiwan, Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Griechenland.

Öffnen will der Präsident die Investitionsgrenzen durch bilaterale Absprachen und neue Regeln, die von der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) in Paris ausgearbeitet werden sollen. Wenig Sinn macht für Washington auch die Vorschrift, wonach ausländische Firmen einen hohen Prozentsatz ihrer Erzeugnisse exportieren müssen, wenn sie Importlizenzen erhalten wollen.

Reagan hat ausländische Invesitionen in den USA ausdrücklich willkommen geheißen. Amerikas private Direktinvestitionen im Ausland schlugen 1982 mit 221,3, die ausländischen Engagements in den USA nur mit 101,8 Milliarden Dollar zu Buch.

FUNKAUSSTELLUNG

Erwartungen der Aussteller haben sich voll erfüllt

Wz. **Berlin**

Mit einer Besucherzahl von insgesamt mehr als 420 000 ging die Internationale Funkausstellung Berlin 1983 nach zehn Tagen zu Ende. Die hohen Erwartungen der Aussteller aus dem In- und Ausland hätten sich weitgehend erfüllt, heißt es im Abschlußbericht der Berliner Messegesellschaft (AMK). Für das Herbst- und Weihnachtsgeschäft erwarten Industrie und Handel deutliche Impulse. Sie verweisen dabei auf den hohen Anteil der Fachbesucher.

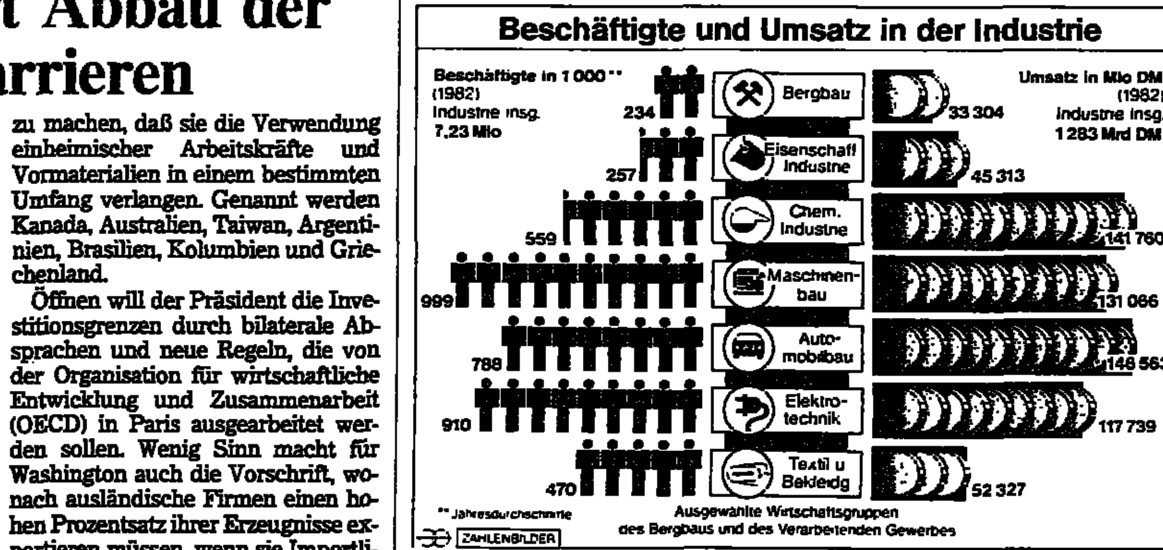
Fast jeder zweite Besucher kam von außerhalb Berlins, darunter 12 000 aus dem Ausland. Vertreten waren auf der Funkausstellung Aussteller aus 27 Ländern. Wie die AMK weiter mitteilt, galt das Interesse der Besucher vor allem dem Video-Bereich. Durchgesetzt habe sich das Stereoton-Farbfernsehgerät. Infolge der noch geringen Ausstattung der Haushalte mit Videorecordern (15 Prozent) wird hier mit unverändert hohen Zuwachsraten gerechnet.

Zufrieden sind die Aussteller auch mit der Resonanz der HiFi-Offerte durch Publikum und Handel. Zusätzliche Impulse erwarten die Aussteller durch die Digital-Technik, die bei dem umfangreichen Geräteangebot nochmals Ton und Bild verbessert.

Gedämpfter sind die Erwartungen freilich beim Bildschirmtext, Kabelfernsehen und Satellitenempfang. Das Interesse hierfür hat zwar nach Ansicht der Bundespost die Voraussagen übertroffen, sie befinden sich aber noch im Zeitraum der Erprobung.

Bei der Vielfalt der technischen Neuheiten habe sich die neutrale Information über HiFi- und Videogeräte bewährt, meint die AMK. Hierzu zählt die Messegesellschaft besonders das Deutsche High-Fidelity-Institut und das Deutsche Video-Institut.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL



Vier Branchen beherrschen das Erscheinungsbild der deutschen Industrie. Die Automobilindustrie (einschließlich Kfz-Handwerk) liegt am Umsatz gemessen vor der Chemischen Industrie, dem Maschinenbau und der Elektroindustrie in Front. Vom Arbeitsplatzangebot her gesehen kommt dem Maschinenbau mit fast einer Million Beschäftigten im Jahr 1982 die mit Abstand größte Bedeutung zu. QUELLE: ZAHLENBILDER

Erhöhung abgelehnt

München (rtr) – Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann hat sich gegen die von der Bundesregierung geplante Gebührenerhöhung bei der Hermes-Exportkreditversicherung gewandt. In einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg äußerte der CSU-Politiker die Befürchtung, daß damit die deutsche Exportwirtschaft in ihrer schwierigen Wettbewerbslage zu stark belastet würde. Jaumann schlägt statt dessen eine deutliche Anhebung der Selbstbeteiligung der Unternehmen beziehungsweise eine Staffelung des Hermes-Entgelts nach der individuellen Risikosituation eines ausländischen Schuldners vor.

Weg der Kurse

	9. 9. 83	2. 9. 83
Boeing	40,75	40,00
Chrysler	29,25	29,25
Citicorp	36,50	35,25
Coca-Cola	48,875	51,50
Exxon	38,75	37,50
Ford Motors	61,25	59,50
IBM	121,375	119
PanAm	7,375	7,625
US Steel	29,75	27,125
Woolworth	36,25	37,50

Referentenentwurf vorgelegt

Bonn (AP) – Mit einem Änderungsgesetz zur Abgabenordnung will die Bundesregierung das Verfahren der Steuerzahlung vereinfachen. Wie das Bundesfinanzministerium mitteilte, wurde ein entsprechender Referentenentwurf inzwischen den Spitzenverbänden der Wirtschaft zugesandt. Wie der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele (CSU), dazu erklärte, verzichtet der vorliegende Entwurf auf die ursprünglich vorgesehenen Regelungen zur ermessensunabhängigen Festsetzung von Verspätungszuschlägen, über die Verpflichtung der Behörden zur allgemeinen Amtshilfe für die Finanzämter und über die Befugnis zur Erhebung von Abgaben über Dritte in Steuererklärungen.

Kredite verbilligt

Paris (J. Sch.) – Zum dritten Mal in diesem Jahr hat der Credit National als gemischtwirtschaftliches Finanzierungsinstitut für Großunternehmen seinen Zinssatz für nichtstaatlich subventionierte langfristige Kredite ermäßigt. Die Zinssenkung von 15,80 auf 15,25 Prozent wird mit der weiteren Verbilligung der Refinanzierungskosten erklärt. Der Credit National beschafft sich seine Mittel durch Anleiheemissionen, deren Zinsen in letzter Zeit weiter zurückgegangen sind. In Pariser Finanzkreisen erwartet man, daß demnächst auch die Banken ihren Basiszins senken, nachdem die Zinssätze am Geldmarkt nachgegeben haben.

Campingbranche zufrieden

Köln (dpa/VWD) – Nach einer überwiegend guten Geschäftsentwicklung in diesem Sommer ist die Camping- und Gartenmöbelindustrie der Bundesrepublik ungeachtet der allgemein schwierigen Wirtschaftslage für die Zukunft optimistisch. Der anhaltende „Trend zur Natur" sowie zur individuellen Freizeit- und Urlaubsgestaltung gebe Produzenten und Handel berechtigte Hoffnung auf einen auch weiterhin positiven Geschäftsverlauf, erklärten Branchensprecher zur Eröffnung der Internationalen Fachmesse für Sportartikel, Campingbedarf und Gartenmöbel (Spoga) am Sonntag in Köln. Auf der Spoga zeigen etwa 920 Firmen aus 41 Ländern ihre Produkte.

Werftgespräche gefordert

Hamburg/Kiel (dpa/VWD) – Die Hamburger Bezirksleitung der IG Metall hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg aufgefordert, „gemeinsam einen Weg zu finden, der die Situation bei der Howaldtswerke – Deutsche Werft AG (HDW) für die Betroffenen erträglich macht". Bezirksleiter Otto vom Steeg regte dazu ein Gespräch an, an dem auch die Regierungschefs von Schleswig-Holstein und Hamburg, Uwe Barschel und Klaus von Dohnanyi sowie Vertreter der HDW-Betriebsräte, der Werftvorstand und Gewerkschafter teilnehmen sollten.

Londoner Kassapreise

	9. 9. 83	2. 9. 83
Kupfer (£/t)	1077,75	1075,5
Blei (£/t)	286,125	288,75
Zink (£/t)	577,75	577
Zinn (£/t)	8465	8620
Gold ($/Unze)	414,625	417,625
Silber (p/Unze)	819,60	815,95
Kakao [1] (£/t)	1411	1440,5
Kaffee [2] (£/t)	1694,5	1702,5
Zucker (£/t)	158	163,5
Kautschuk (p/kg)	77	78,5
Wolle (p/kg)	395	393
Baumwolle [3] (cts/lb)	91,95	92,15

[1] Abladung Dezember; [2] Abladung November;
[3] A-Index-Preis Liverpool

BAUGEWERBE

Unternehmen klagen über schlechte Zahlungsmittel

GISELA REINERS, **Bonn**

Die Nachfrage nach Bauleistungen hat im August leicht nachgelassen. Nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes in Bonn wird die Geschäftslage nur noch im Wohnungsbau als „überwiegend positiv" bezeichnet. Die Bauproduktion ist jedoch gestiegen, die Beschäftigung hat leicht zugenommen und in zehn Prozent der Firmen waren Lehrstellen noch unbesetzt.

Die Baupreise sind nahezu unverändert geblieben. Neuerliche Preisrückgänge waren im Tief- und Straßenbau zu verzeichnen. Die meisten Unternehmen rechnen auch künftig nur mit einer schwachen Entwicklung und deshalb mit wenig Chancen, schon bald wieder kostendeckende Preise verlangen zu können. Geklagt wird auch über eine häufig unbefriedigende Zahlungsmoral und unzureichende Finanzierungsmittel.

Der durchschnittliche Auslastungsgrad der technischen Produktionskapazitäten hat sich im Berichtsmonat leicht erhöht. Er betrug im Hochbau 64 und im Tiefbau 50 Prozent. Allerdings gibt es ein starkes Süd-Nord-Gefälle. Der Durchschnitt wird im Norden bei weitem nicht erreicht.

Die durchschnittlichen Reichweiten der Auftragsbestände veränderten sich wiederum nur geringfügig. Im Hochbau blieben sie mit 2,9 Monaten unverändert; im Tiefbau dagegen nahmen sie nochmals etwas zu von 1,9 auf zwei Monate.

EUROPÄISCHE SPARKASSEN / Größere Internationalisierung im Visier

Konsortium für Europa-Emissionen?

CLAUS DERTINGER, **Luxemburg**

Das europäische Sparkassengewerbe fühlt sich dank seiner Plazierungskraft stark genug, in dem von heftigem Wettbewerb gekennzeichneten Emissionsgeschäft eine größere Rolle zu spielen. In der EG-Sparkassenvereinigung wird derzeit überlegt, ein festes Emissionskonsortium aus europäischen Sparinstituten zu bilden, das Anleihen europäischer Institutionen wie zum Beispiel der Europäischen Investitionsbank oder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) fest übernimmt und bei den Kunden der Sparkassen plaziert.

Ein solches Konsortium soll auch mit den bereits existierenden Emissionskonsortien konkurrieren, in denen neben privaten Banken auch einige Landesbanken aktiv mitwirken, betonte Klaus Meyer-Horn, Generalsekretär der EG-Sparkassenvereinigung, am Rande der Arbeitstagung der EG-Sparkassen in Luxemburg. Auf die Gefahr angesprochen, daß der Wettbewerb die Anleihekonditionen für die Sparkassenkunden verschlechtere, meinte Meyer-Horn, die Sparkasseninstitute würden zugunsten ihrer Kunden auf einen Teil der üblichen Bonifikation verzichten. An diesen lukrativen Erträgen des Emissionsgeschäfts seien die Sparkassen jetzt nur unterproportional beteiligt, während sie häufig den größten Teil der Emissionen europäischer Institutionen in ihren Kundenkreis plazierten. Voraussetzung für die Bildung derartiger Sparinstitutskonsortien ist, daß auch die jetzt schon im Konsortialgeschäft tätigen Landesbanken mitmachen. Wie groß deren Begeisterung für die Idee Meyer-Horns ist, bleibt abzuwarten.

Auch die als Emittenten in Frage kommenden europäischen Institutionen zögern noch nach dem Motto: Warum etwas ändern, was gut läuft?

Im Zuge einer stärkeren Internationalisierung wollen sich die Sparkassen auch in die Finanzierung von Projekten einschalten, die von öffentlichen europäischen Stellen gefördert werden, sofern in den Gebieten Sparkassen tätig sind. Nach Meyer-Horns Vorstellung soll dafür ein Beratungs- und Informationsdienst geschaffen werden, der sich systematisch über Pläne für europäische Förderungsprojekte zum Beispiel auch des Agrarfonds informiert, so daß sich die Sparkassen dann rechtzeitig in die Finanzierung einschalten können. Auch dieser Vorschlag des EG-Sparkassengeneralsekretärs muß noch in den Gremien des Gewerbes eingehend diskutiert werden.

LATEINAMERIKA / Schulden-Konferenz ohne Ergebnis

Offensive gegen Gläubiger

WERNER THOMAS, Caracas

Die fünftägige Schuldenkonferenz der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) in Caracas ist ohne konkrete Ergebnisse zu Ende gegangen. Man führte lediglich einen regen Meinungsaustausch. Aber alle Teilnehmer stimmten überein, daß diese Tagung den Grundstein legte für weitere Veranstaltungen dieser Art, von denen dann mehr erwartet werden könne. „Dies war der Anfang", sagte Konferenz-Präsident Arturo Sosa, der venezolanische Finanzminister.

In Caracas sind in der vergangenen Woche zum ersten Mal die explosiven Schuldenprobleme Lateinamerikas von Vertretern beider Seiten diskutiert worden. Den Delegationen von 30 lateinamerikanischen Nationen, die mit mehr als 310 Milliarden Dollar in der Kreide stehen, saßen die Emissäre der Gläubiger-Nationen gegenüber: Amerikaner, Westeuropäer und Japaner.

Viele Beobachter äußerten sich überrascht über die tiefe Kluft zwischen den zwei Lagern. Sie sahen kaum Ansätze für Kompromißlösungen.

Carlos Alzamora, der peruanische Generalsekretär des Interamerikanischen Wirtschaftsverbandes (SELA), einer Institution der OAS, steuerte die Offensive gegen die Gläubiger. Er kritisierte die „diskriminierenden und ungerechten Bedingungen" vieler Kredite. Lateinamerika müsse die hohen Zinsen der Industrieländer verkraften, „für die wir keine Verantwortung tragen".

Alzamora warnte vor den sozialen und wirtschaftlichen Folgen eines kompromißlosen Kurses der Gläubiger. In einigen Ländern drohten „Explosionen". „Die einzig vernünftige Lösung ist ein Abkommen zwischen beiden Seiten, das den Schuldnern eine Umschuldung erlaubt, ohne daß ihre Wirtschaft erwürgt wird."

Ähnlich argumentierte der venezolanische Präsident Luis Herrera Campins, der vor den 200 Delegierten besonders die gelegentlich schmerzlichen Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) kritisierte. „Der IWF darf nicht der Polizist der internationalen Banken sein", warnte er. Radikalkuren könnten nur zum Kollaps führen.

Es war kein Zufall, daß diese Konferenz in der venezolanischen Hauptstadt veranstaltet wurde. Venezuela ist nach Brasilien (95 Milliarden Dollar), Mexiko (91 Milliarden Dollar) *und Argentinien (41 Milliarden Dollar)* mit 31,6 Milliarden Dollar das Land Nummer vier auf der lateinamerikanischen Schuldnerliste. Die venezolanische Regierung führt seit Wochen zähe Verhandlungen mit dem IWF, der Auflagen fordert, denen sich Präsident Herrera Campins drei Monate vor den Wahlen nicht beugen möchte.

Viele Lateinamerikaner äußerten sich enttäuscht über den Diskussionsbeitrag des stellvertretenden amerikanischen Finanzministers Beryl Sprinkel, der den IWF-Kurs vehement verteidigte. Austeritäts-Maßnahmen seien notwendig, auch wenn *diese Opfer erfordern würden*, belehrte Sprinkel. Er nannte die Wirtschaftspolitik der Reagan-Regierung ein nachahmenswertes Beispiel: „Wir Nordamerikaner haben eingesehen, daß man den Gürtel enger schnallen muß."

Während dieser Konferenz ist oft über die Bildung eines Schuldner-Kartells gesprochen worden. Es blieb jedoch in Caracas nur bei Worten. (SAD)

WÄHRUNGSFONDS / Weichen für Aufschwung gestellt, aber noch Unsicherheiten

Hohe Zinsen gefährden die Erholung

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Weichen für eine Ausweitung der Produktion und des Welthandels sind gestellt; nunmehr kommt es darauf an, der sich anbahnenden wirtschaftlichen Erholung dauerhafte und inflationsfreie Stützen einzuziehen und dafür zu sorgen, daß alle Staaten von ihr profitieren. Es ist eine Gratwanderung, da die Probleme der Inflation, des Protektionismus und der Auslandsverschuldung, vor allem in den Entwicklungsländern, ungelöst sind.

Auf diesen Nenner läßt sich der Jahresbericht 1983 des Internationalen Währungsfonds (IWF) bringen, dem 146 Nationen als Mitglieder angehören und der häufig als „Weltnotenbank" bezeichnet wird. Hervorgehoben werden vor allem diese „ermutigenden Entwicklungen":

- Der Abbau der Inflation in wichtigen Industriestaaten, der gegenüber dem Vorjahr erhebliche Zinsrückgang, der signalisiert, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu greifen beginnen. Die rezessionsbedingte Abnahme der Lagerhaltung, die höhere Kaufkraft der Einkommen und die Ölverbilligung.
- Fortschritte haben die ölimportierenden Entwicklungsländer bei der Verbesserung ihrer Außenposition erzielt. Ihr zusammengefaßtes Leistungsbilanzdefizit ist 1982 von 108 auf 87 Milliarden Dollar gesunken; in diesem Jahr soll es nur 68 Milliarden *Dollar ausmachen. Dagegen sind die* Überschüsse der Ölexportstaaten, die 1980 mit 114 Milliarden Dollar Rekordhöhe erreichten, völlig verschwunden. Die wirtschaftlichen Aussichten der Entwicklungsländer *hängen allerdings entscheidend von* dem Konjunkturaufschwung in den Industriestaaten ab.

Der IWF-Stab moniert, daß in den vergangenen Jahren die Geldpolitik keinen ausreichenden fiskalpolitischen Flankenschutz erhalten hat und die Haushaltsdefizite, jeweils gemessen am Bruttosozialprodukt, bedrohliche Ausmaße angenommen haben. Den USA, deren Rekorddefizite laut beklagt werden, wird dringend eine Änderung des „policy mix" empfohlen, „weil nur so die nominalen und realen Zinsen mittelfristig sinken und die Voraussetzungen für ein anhaltendes Wirtschaftswachs*tum geschaffen werden*".

Die Tatsache, daß Geld trotz der niedrigeren Inflationsrate global nicht billiger wird, erklärt der Fonds mit den Haushaltsdefiziten. Die hohen Zinsen bedrohten den Erholungsprozeß in der Privatwirtschaft; sie behinderten die Kapitalbildung und trügen zu einer unausgewogenen *Inlandsnachfrage* bei.

In den Industriestaaten, die ein hohes Maß an Preisstabilität erreicht haben, ist für den IWF die Zeit gekommen, längerfristige Wachstumsbarrieren wie Starrheiten auf den Güter- und Arbeitsmärkten und zu geringe Spar- und Investitionsraten beiseite zu räumen. Dies gilt in der *Hauptsache für die USA. Dafür, daß* sich rund um den Erdball bei den langfristigen Zinsen nichts mehr bewegt, werden die nach wie vor negativen inflationären Erwartungen verantwortlich gemacht. Kritisiert werden die Teuerung und das starke außenwirtschaftliche Ungleichgewicht in Frankreich und Italien.

Als nicht ohne Risiko bezeichnet der Fonds die „pragmatische" Geldpolitik der meisten Notenbanken. Da das relativ hohe Wachstum der Geldversorgung keine signifikante Zinssenkung gebracht habe, sei bei einem Festhalten an dieser Praxis ein Wiederaufleben der Inflationsängste zu befürchten. Beklagt wird der verringerte Anteil der Kapitaleinkommen, zum Beispiel in Deutschland – ausgelöst durch geschrumpfte Unternehmensgewinne und Einkommensumverteilung zugunsten der Löhne. Das erweise sich mit als stärkste Investitionsbremse.

Besorgt äußert sich der IWF über die Unruhe an den Devisenmärkten. Er appelliert an die Mitglieder, die Konvergenz wirtschaftspolitischer Maßnahmen schneller voranzutreiben. Nach seiner Auffassung sind bessere Techniken der Geldmengensteuerung – wobei der Wechselkurs als Indikator dienen würde – zum Erreichen einer größeren Kursstabilität eher geeignet als Interventionen. An die Schuldnerländer der Dritten Welt ergeht die Aufforderung, die Anpassungsprogramme mit allen Mitteln durchzupauken; nur sie garan*tierten eine dauerhafte Wirtschafts*expansion.

USA: VW soll Autos zurückrufen

Sbt. Washington

Wegen Sicherheitsrisiken im Brems- und elektrischen System hat die National Highway Traffic Safety Administration in Washington den Rückruf von mehr als 1,5 Millionen VW- und Audi-Modellen gefordert. Die endgültige Entscheidung fällt nach einem Anhörverfahren, das für Oktober anberaumt ist. Betroffen sind in den USA verkaufte Scirocco (Baujahre 1976–82), Passat (1976–80), Golf (1980–82), Kaßrios, Pick-ups und Jetta (1980–821 sowie Audi Fox (1976–79) und Audi 4000 (1980–81/. Die Behörde stellte Schäden an den unter den Teppichen verlegten Bremsleitungen fest. Zudem sei das elektrische System anfällig für plötzliche Unterbrechungen, heißt es.

Italien: Plus im Fremdenverkehr

dpa/VWD, Mailand

Die Devisenbilanz des italienischen Fremdenverkehrs wird 1983 voraussichtlich mit einem Überschuß von elf Milliarden Lire (18,4 Millionen Mark) abschließen. Das sind fast zwei Milliarden mehr als 1982. Nach Angaben des Verbandes der italienischen Reisebüros und Reiseveranstalter in Rom ist die Zunahme vor allem eine Folge von Preissteigerungen. Schlecht abgeschnitten hat der Sommer-Tourismus, der bei der Zahl der ausländischen Urlauber einen Rückgang um 6,5 Prozent brachte. Besonders stark machte sich der Einbruch bei den Übernachtungen deutscher und französischer Urlauber bemerkbar. Ihre Zahl fiel um 2,2 Prozent beziehungsweise 1,1 Millionen.

EG-Kredite für neue Arbeitsplätze

rtr, Brüssel

Belgische und italienische Banken werden von der Europäischen Gemeinschaft (EG) Kredite von umgerechnet rund 153 Millionen Mark erhalten, um kleinere Unternehmen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für entlassene Stahlarbeiter zu unterstützen. Wie EG-Beamte mitteilten, hat die EG-Kommission der italienischen Mediocredito Lombardo umgerechnet 51 Millionen Mark bewilligt. Kredite in gleicher Höhe sollen den belgischen Banken Société Générale de Banque und Banque Bruxelles Lambert zur Verfügung gestellt werden. Einschließlich der jüngsten Kredite hat die EG Belgien rund 310 Millionen Mark gewährt, mit denen 6000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

EG-MINISTERRAT / IWF-Finanzen diskutiert

Keine gemeinsame Position

E. ANTONAROS, Athen

Die Bemühungen um eine Refinanzierung des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Vorbereitungen für die Zeichnung einer kurzfristigen Währungsanleihe des IWF sowie der französische Vorschlag über eine neue Weltwirtschaftsordnung haben im Mittelpunkt des informellen Treffens der EG-Finanzminister und Zentralbankgouverneure am Wochenende auf der griechischen Insel Kefallonia gestanden.

Entgegen den Angaben des griechischen Ministerratspräsidenten Arsenis, der die Ausarbeitung einer „gemeinsamen EG-Position" im Zusammenhang mit dem IWF-Problem bekanntgab, ohne zusätzliche Details preisgeben zu wollen, berichteten andere Sitzungsteilnehmer, daß nur über „gemeinsame Kriterien in unverbindlicher Form" gesprochen worden sei. Gespannt blicken die Europäer nach Washington, wo der US-Kongreß einer Aufstockung der Kreditvereinbarungen und einer Neustrukturierung der Quotenregelung noch zustimmen soll.

Bis zum Inkrafttreten der angestrebten neuen Quotenregelung soll eine kurzfristige Währungsanleihe in der Form eines Überbrückungskredits gezeichnet werden. Darüber wollen die Zentralbankgouverneure heute in Basel beraten. Die Verabschiedung des westlichen Beitrags in Höhe von voraussichtlich drei Milliarden Dollar ist insofern von großer Bedeutung, weil Saudi-Arabien nur nach einem Jawort der Europäer seinen Anteil in gleicher Höhe zur Verfügung stellen will. Ursprünglich hatten die Saudis zwölf Milliarden in Aussicht gestellt, die allerdings wegen der zurückgegangenen Öleinnahmen reduziert werden mußten.

Der IWF ist in Geldnot geraten, weil zahlreiche Länder der Dritten Welt einen „erweiterten Zugang" zu ihnen zunächst nicht zustehenden Sonderziehungsrechten erhalten haben. Die Sonderanleihe soll vor allem zahlungsunfähigen und hochverschuldeten Ländern wie Brasilien, Argentinien, Mexiko und Venezuela zugute kommen.

„Wegen der Intensität der Währungsfrage" – so Stoltenberg – wurden die EG-Finanzen nur am Rande erörtert. Daher wurde der Kommissionsvorschlag zugunsten einer Anhebung der Mehrwertsteuer um einen Punkt nicht ausdiskutiert. Am Rande des Treffens ist allerdings deutlich geworden, daß alle Mitgliedsländer, mit Ausnahme Großbritanniens, im Prinzip diesem Vorschlag zur Entlastung der Finanzen zustimmen, so auch Stoltenberg, der sein Jawort von konkreten Einsparungsvorschlägen abhängig macht.

Beschäftigen mußte sich die Ministerrunde auch mit dem Vorschlag des französischen Finanzministers Jacques Delors über eine neue Weltwirtschaftsordnung. Unterstützt von den griechischen Gastgebern, die in diesem Halbjahr die EG-Präsidentschaft innehaben, vertreten die Franzosen die Meinung, daß der US-Dollar zwar als internationale Leitwährung nicht abgelöst, aber von der Mark entlastet werden soll. Verständlicherweise ist die Bundesrepublik von einem solchen Konzept nicht sehr angetan, weil dadurch eine zusätzliche Bürde für die Mark entstehen würde.

Mit deutlicher Zurückhaltung verfolgt Bonn auch die scharfe Kritik der Franzosen und Griechen an der amerikanischen Währungs- und Hochzinspolitik. In diesem Zusammenhang legte Stoltenberg Wert auf die Feststellung, daß es „keine europäische Einheitsfront gegen die US-Währungspolitik" gebe. Der Ratsvorsitzende Arsenis hatte hingegen die Bildung einer gemeinsamen europäischen Währungsposition gefordert. Dadurch wird deutlich, daß die diesbezüglichen Differenzen zwischen Bonn und Paris bisher nicht überbrückt werden konnten. (SAD)

RENTENMARKT / Leitzinserhöhung verdaut

Neue Hoffnungen aus USA

Am Rentenmarkt, der in der vergangenen Woche aus Angst vor einer kräftigen Leitzinserhöhung richtungslos dahindümpelte, keimen neue Zinssenkungshoffnungen auf. Der leichte Zinsrutsch am Freitagabend in New York wird unserem Markt Impulse geben. Die halbprozentige Erhöhung des Lombardsatzes ist bereits seit einiger Zeit „verdaut" und stört nicht mehr. Zwar waren zunächst noch Befürchtungen laut geworden, diese Leitzinserhöhung sei nur ein erster Schritt der Bundesbank, dem in absehbarer Zeit ein weiterer folgen werde. Doch diese Gefahr dürfte sich verflüchtigen, wenn die Zinsen in den USA in der nächsten Zeit weiter zurückgehen, meinte man am Wochenende in Rentenhändlerkreisen, wo nun wieder Zuversicht herrscht. (cd)

Emissionen	9. 9. 83	2. 9. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,95	7,94	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,87	7,86	7,04	10,55	9,68
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,10	8,09	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,22	8,15	8,24	11,52	8,36
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	8,09	8,08	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,81	7,80	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,53	8,52	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	8,08	8,07	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,36	8,33	8,45	10,32	8,32

LIBYEN / Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft sind drastisch zurückgegangen

Wirtschaftspläne werden gestreckt

IAN MACKENZIE, Tripolis

Stark verminderte Einnahmen aus dem Ölgeschäft haben den wirtschaftlichen Entwicklungsplan Libyens in Verzug gebracht. Ursprünglich war eine weitgehende Unabhängigkeit in der Landwirtschaft und der Aufbau einer Schwerindustrie, die die Abhängigkeit von Öleinnahmen abbauen sollte, vorgesehen. Die Kosten des Plans für 1981–85 werden auf 63 Milliarden Dollar geschätzt.

Einem westlichen Diplomaten zufolge ist der gegenwärtige Plan nicht mehr als Entwicklungsprogramm, sondern eher als Hinweis darauf zu werten, welche Projekte Libyen in der näheren Zukunft gerne verwirklichen möchte. Der Plan hänge zu 99 Prozent von den Einnahmen aus den Ölexporten Libyens ab, und die Einnahmenverminderung „hat sie ziemlich schwer getroffen". Libyen habe bis auf die wichtigsten Importe alle Einfuhren gekürzt und geplante Projekte verschoben. Priorität haben nach wie vor die Landwirtschaft und die Industrie, aber das Land bemühe sich nun bei den Vertragspartnern um Exportfinanzierungen, hieß es in Handelskreisen.

Formelle Kreditanträge seien bei Unternehmen aus etwa sechs Ländern gestellt worden, die am Bau einer Aluminiumschmelze im 120 Kilometer westlich der Hauptstadt gelegenen Zuwara beteiligt seien. Die Kosten dieser Anlage liegen bei einer Milliarde Dollar. Auch Unternehmen, die beim Bau eines Kunstdüngerprojekts in Ras Lanuf am Golf von Sirte behilflich sind, sollen ähnliche Anträge erhalten haben.

Im Februar hatte die amtliche libysche Nachrichtenagentur JANA gemeldet, der Volkskongreß habe für 1983 insgesamt acht Milliarden Dollar für den Entwicklungsplan gebilligt. Es wurde allerdings zur Bedingung gemacht, daß laufende Projekte, besonders die fast abgeschlossenen, Priorität erhalten und keine neuen Verpflichtungen eingegangen oder bestehende Vorhaben erweitert werden. Aus diplomatischen Kreisen verlautete, Libyens Einkünfte aus dem Ölgeschäft hätten 1980 über 22 Milliarden Dollar betragen. 1981 seien sie auf etwas über 15 Milliarden Dollar zurückgegangen. Im vergangenen Jahr hätten sie nur noch knapp 13 Milliarden Dollar betragen, und im laufenden Jahr würden sie wohl zehn Milliarden Dollar kaum überschreiten.

Trotz der derzeitigen Geldknappheit nehmen westliche Diplomaten an, daß der Wüstenstaat das Preis- und Förderabkommen der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) nicht brechen wird. Es sei allerdings möglich, daß Libyen sich gegen Ende des Jahres um eine Erhöhung seiner Förderquote um 100 000 BPD bemühen werde. Die gegenwärtige Quote des Landes liegt bei 1,1 Millionen BPD. Das Handelsembargo, das die USA 1981 verhängt hatten, hat den Kreisen zufolge kaum Auswirkungen gehabt. Libysches Öl gelange immer noch in die USA. Allerdings hätten die Libyer daraus gelernt, sich nicht nur auf die USA zu stützen, wenn es darum gehe, Zubehör für die Ölindustrie zu importieren. (rtr)

GASTRONOMIE / Air France stärkt Hotel-Tochter

Meridien contra Méditerranée

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Luftverkehrsgesellschaft Air France will das internationale Prestige ihrer Hotelkette „Meridien" stärker für das Feriengeschäft nutzen. Sie hat zu diesem Zweck sechs ihrer 46 Häuser in „Freizeithotels" verwandelt (*Mauritius*, Mohammedia, Monastir, Martinique, Gouadeloupe und Dakar).

Test für weitere Umstellungen und Neubauten ist das „Paradis-Brabant" auf Mauritius. Es präsentiert sich dem deutschen Gast als Alternative zu dem benachbarten Feriendorf des Club Méditerranée. Zwar habe der „Club" weltweit einen gewaltigen Vorsprung, räumt der Vizepräsident von Meridien-Loisirs, Christian Peyre, in einem Gespräch mit der WELT ein. Aber die Clubformel der voll durchorganisierten Animation zeige inzwischen doch gewisse Ermüdungserscheinungen.

Die kostenlose Bereitstellung der meisten Sportarten (Tennis, Golf, Windsurf usw.) bleibt ein entscheidender Faktor dieser Art von Ferien. Die am Meer gelegenen Meridien-Quartiere bieten in dieser Beziehung ebensoviel wie der Club. Bei Meridien kann man sich zudem am Tisch à la carte bedienen lassen.

Damit bleibt die Air-France-Tochter bei ihrer gastronomischen Tradition, die für eine verwöhnte internationale Geschäftskundschaft entwickelt wurde. Außerdem gehören auch die Freizeithotels zur Luxuskategorie. Ihre Pauschalpreise liegen auf der gleichen Höhe wie die des Clubs (ca. 200 Mark Halbpension pro Tag und Person). Allerdings wird die Rentabilität des Clubs bei weitem noch nicht erreicht. Die Meridien-Freizeithotels dürften 1983 mit roten Zahlen abschließen. In spätestens drei Jahren soll die Rechnung ausgeglichen sein, auch weil bis dahin eine Wiederbelebung des internationalen Flugtourismus erwartet wird, betont Christian Peyre.

Die Air France hat sich ab 1971 die Meridien-Hotels zur Unterbringung ihrer Fluggäste angeschafft. Sie mußte dabei als staatliche Gesellschaft zunächst auch Hotels übernehmen, die in den Überseedepartements von der französischen Regierung aus politischen Gründen erstellt worden waren. Dies wird das Geschäftsergebnis von Meridien-Loisirs wohl noch einige Zeit belasten.

Alle Meridien-Hotels zusammen brachten 1982 ein positives Ergebnis. Ihr Gewinn verdreifachte sich gegenüber dem Vorjahr auf 30 Millionen Franc bei einem um 40 Prozent auf 2,21 Milliarden Franc gestiegenen Umsatz. Bei einem Angebot von 13 342 Zimmern (Ende 1982) nahmen die Übernachtungen um 23 Prozent auf 2,4 Millionen zu. Die Zahl der in den Hotels servierten Mahlzeiten stieg um 20 Prozent auf 8,5 Millionen. Die Belegschaft wurde um 14,5 Prozent auf 11 430 Personen ausgeweitet.

Für dieses Jahr erwartet man eine weitere Geschäftsbelebung. Der Air-France-Verkehr, der in direkter Beziehung zu den Meridien-Umsätzen steht, war bis Juli um 2,8 Prozent gestiegen. Dabei im Langstreckenverkehr um 4,7 Prozent. Der Afrika-Verkehr, der für Meridien-Loisirs besonders wichtig ist, nahm sogar um 11,8 Prozent zu.

GRIMM & TRIEPEL / Einziger deutscher Kautabak-Hersteller

Mühsames Geschäft mit dem „Priem"

D. SCHMIDT, Unterrieden

„Unser Problem ist die Altersstruk-ır unserer Kunden." Peter-Otto Kru-e, Chef der einzigen deutschen Kau-abakfabrik, will zwar nicht resignie-en; Illusionen darüber, daß ähnlich vie in den USA immer mehr Men-chen zu Anhängern des „rauchlosen abakgenusses" werden, gibt er sich icht hin. Kruse würde es bereits als Erfolg werten, wenn der Kautabak-erbrauch sich auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren ließe.

Die Aussichten dafür sind nicht ben günstig, wie die Erfahrung der tzten Jahre zeigt. Ein kleines Unter-ehmen wie Grimm & Triepel ver-gt nicht über die Mittel, die erfor-erlich wären, um über eine breitge-treute Werbung neue Verbraucher-chichten zu gewinnen. Das indes väre notwendig, denn die Menschen, ie zu Kruses Kunden gehören, sind n der Regel alt und „sterben weg".

Auch von seiten der Vertriebspart-er, also dem Tabak-Fachhandel, ist aum Unterstützung zu erwarten. Kruse verweist darauf, daß die Fachgeschäfte rund 90 Prozent des Volumens mit Zigaretten umsetzen. Das Argument, daß Kautabak im Sortiment nur wenig „bringt", ist nicht von der Hand zu weisen, zumal mit der Zigarre, dem Rauch- und Schnupftabak weitere übermächtige Konkurrenzprodukte existent sind.

Dabei hat sich an den Vorzügen, die Kruse für sein Erzeugnis geltend macht, kaum etwas geändert. Noch immer ist „Priemen" ein preiswertes Vergnügen. Seit der Mehrwertsteuererhöhung kostet eine Dose Kautabak, mit der ein Durchschnittsverbraucher seinen Bedarf für drei Tage deckt, 1,75 DM. Kautabak unterliegt nur der Rohtabak-Steuer; eine Banderolensteuer wie bei Zigaretten oder Zigarren gibt es nicht.

Von den derzeit noch rund 100 Mitarbeitern bei Grimm & Triepel in Unterrieden, nahe der hessischen Zonengrenze, befassen sich etwa 25 mit der Herstellung von Kautabak. Als Grundstoffe dienen ausgesuchte Kentucky-Tabake, die vorwiegend aus Italien kommen. Acht bis zwölf Wochen dauert die Behandlung und Lagerung des Tabakstrangs, der dann in mundgerechte Portionen (Dosenware) oder als Stückware verarbeitet und sterilisiert wird.

Konkrete Zahlen über Produktion und Umsatz will Kruse nicht nennen. Weil aber Grimm & Triepel der letzte von früher über zwanzig deutschen Kautabak-Herstellern ist, gibt die amtliche Statistik einigen Aufschluß. Der Ausstoß dürfte bei einer Million Packungen liegen, der Umsatz bei 1 Mill. DM. Dem Export – geringe Mengen gehen nach Skandinavien und in einige westeuropäische Länder – kommt kaum Bedeutung zu.

Dem Niedergang des Kautabaks hat Kruse bereits 1961 mit dem Aufbau einer Produktion von Kunststoffbehältern Rechnung getragen. Dieser Geschäftsbereich dominiert längst bei Grimm & Triepel. Auch dort aber läßt die Entwicklung zu wünschen übrig: Die Kapazitäten sind lediglich zu 75 Prozent ausgelastet.

HETZEL-REISEN / Leichtes Umsatzplus erwartet

Kurzurlaub immer beliebter

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Vergleichsweise gut gefahren ist im u Ende gehenden schwierigen Touristikjahr 1983 der Stuttgarter Reiseveranstalter Hetzel-Reisen GmbH. Dieses größte deutsche konzernunabhängige Touristik-Unternehmen wird in diesem Jahr hochgerechnet uf etwa 22 000 Buchungen kommen, las wäre ein Gästeplus von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Umsatz wird voraussichtlich um 2 Prozent uf rund 200 Mill. DM zunehmen.

Firmenchef Kurt Hetzel sieht sich lurch diese Resultate nach eigenen Worten in seiner Grundphilosophie unter der Überschrift „Schuster bleib bei deinem Leisten" bestätigt. Er beschränkt sich als Regionalunternehmen im Gegensatz zu den großen Konkurrenten nur auf einen Teil des umfangreichen Touristikangebots, bei dem er freilich für sich in Anspruch nehme, ihn auch gut zu kennen. Seine Anpassungsfähigkeit an die veränderte, durch sinkende Kaufkraft geprägte allgemeine Wirtschaftslage stellte das Unternehmen mit neuen Angebotsvarianten unter Beweis: Es wurden beispielsweise Kurzflugreisen ausgebaut und auch 10-Tages-Reisen in das Programm aufgenommen. Gleichwohl sei festzuhalten, daß der Umsatz pro Gast und Buchung nach einem bisher stetigen Anstieg in 1983 erstmals um 20 bis 30 DM auf durchschnittlich 970 bis 980 DM zurückgegangen ist.

Unter den bis jetzt bei Hetzel gebuchten knapp 174 000 Reisen in der Sommersaison 1983 (hinzu kommen 35 000 Buchungen vom letzten Winter, weitere 8000 bis 9000 Buchungen werden bis Ende Oktober erwartet) dominiert nach wie vor mit 70 Prozent Anteil die „normale" Flugpauschalreise vor den Kurzflugreisen (26 Prozent). Größere Verschiebungen unter den Sparten habe es nicht gegeben.

Zuwachsraten wurden bei den Buchungen zum Beispiel für Spanien, Italien und vor allem bei den Ägypten-Reisen (50 000 Gäste seit 1970) erreicht. Der große Verlierer des Jahres sei Bulgarien. Aufgrund des Flugboykotts gegenüber der Sowjetunion führt Hetzel dorthin vorerst keine Reisen mehr durch.

Metro: Software für Personal-Computer

hg. Bonn

Die Metro-Großmärkte bieten ihren Kunden ab sofort geprüfte Software für Personal-Computer an. Dies sei nicht als „Kampfansage an den Bürofachhandel" zu verstehen, betont Fritz Rauen, Mitglied der Metro-Geschäftsleitung in Düsseldorf, sondern vielmehr als „sinnvolle und logische Weiterentwicklung unserer seit zwanzig Jahren auf dem Gebiet Bürotechnik und Bürobedarf betriebenen Aktivitäten".

Vorausgegangen war die Entscheidung, die Software für Personal-Computer nicht selbst herzustellen, „sondern ausgetestete Standardprogramme und Branchenlösungen anzubieten". Bei der Auswahl und Prüfung der Pakete, die von einem Software-Haus in Düsseldorf erstellt werden, arbeite Metro darum mit der Unternehmensberatungsfirma SCS Scientific Control Systems, Hamburg, einer Tochter der Deutschen BP AG, zusammen. Die von SCS geprüften Programme erhalten ein Gütesiegel.

Erste Ergebnisse dieser Zusammenarbeit sind das Buchhaltungsprogramm „Sigma Factura" und das Personalbüro-Programm „Sigma Lohn und Gehalt". Schulung, Einweisung und technischen Service übernehme die Metro im Rahmen ihres Angebots, heißt es; Organisations- und EDV-Beratung leiste im Bedarfsfall die SCS.

Auf diese Weise könne der Bedarf an Beratung und Service für die Kunden niedrig gehalten werden, denn bei Metro sei man der Meinung, daß derzeit die Einstiegsschwelle in die Computer-Anwendung unnötig hoch sei. Anfang 1983 hatte Metro das Geschäft mit Arbeitsplatz-Computern aufgenommen, zum Zeitpunkt des IBM-Auftritts am deutschen Personal-Computer-Markt. Dieser Markt werde in Zukunft stark wachsen, glaubt die Metro-Geschäftsleitung; in diesem Jahr will der Cash- und Carry-Großhändler rund 1000 Einheiten absetzen, und das soll offensichtlich durch eine Senkung der Anwendungs-Hemmschwelle mittels der geprüften Programme erleichtert werden.

Die Metro peilt nach den Worten von Fritz Rauen einen Anteil von 0,5 bis zwei Prozent am Gesamtmarkt für Bürotechnik und Bedarf in der Bundesrepublik an, der auf 10 bis 12 Mrd. DM Umsatz im Jahr geschätzt wird. Metro beschäftigt derzeit 100 Mitarbeiter im Bereich Bürotechnik.

MITTELSTAND / Umfrage zur Unternehmensberatung

Nur wenige zufrieden

HEINZ STÜWE, Bonn

Mittelständische Unternehmen arbeiten, um betriebswirtschaftliche Probleme zu bewältigen, öfter als vielfach angenommen mit Unternehmensberatern zusammen. Nur wenige sind jedoch mit der geleisteten Hilfe vollends zufrieden.

Dies ergab eine wissenschaftliche Untersuchung, die unter Leitung von Professor Norbert Szyperski (Universität Köln) im überwiegend mittelständisch strukturierten Bezirk der ndustrie-und Handelskammer Bonn lurchgeführt wurde. Die Hälfte der Jnternehmen, die sich an der Befragung beteiligten, hatte bereits einmal oder mehrmals eine Beratung in Anpruch genommen, 13 Prozent arbeieten zum Untersuchungszeitpunkt nit Unternehmensberatern zusammen.

Vor allem praktische Erfahrungen ei der Lösung ähnlicher Probleme rwarten die Unternehmen von einem Berater. Daneben werden Branchenerfahrung und eine verständliche Sprache von den Ratsuchenden geschätzt.

Insgesamt gesehen, stellen die Befragten den Unternehmensberatern ein schlechtes Zeugnis aus. Nur 17 Prozent waren mit ihnen ganz, 56 Prozent teilweise zufrieden. Die Beratung habe zu keinen neuen Erkenntnissen geführt, meinen über die Hälfte der unzufriedenen Unternehmer. Zu hohe Kosten im Verhältnis zur Leistung, kritisierten 60 Prozent. Von dieser Gruppe war allerdings die Mehrzahl nicht darüber informiert, daß bei kleineren und mittleren Betrieben die Beratungskosten bezuschußt werden können.

Die Studie führt die negative Beurteilung zum Teil auf zu hohe Erwartungen bei den Ratsuchenden zurück. Schließlich habe die Mehrzahl der unzufriedenen Unternehmen das Beratungsergebnis zumindest teilweise im Betrieb realisiert.

Gutes Ergebnis bei Victoria Leben

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach einem zufriedenstellenden 1. Ialbjahr rechnet die Victoria Lebensersicherung AG, Berlin/Düsseldorf, ır 1983 mit einem guten Bruttoüberchuß und die Victoria Feuer-Versiherungs-AG sogar mit einem Ergebis, „das eine Ausschüttung im bishegen Umfang gestattet". Beide Gesellchaften hatten für 1982 jeweils 16 Prozent Dividende gezahlt, Victoria euer zusätzlich einen Bonus von 2 Prozent.

In einem Zwischenbericht zum 30. Juni spricht die Lebensversicherung n Neugeschäft von einer erfreulichen Belebung. Die Gesellschaft buchte ein Neugeschäft von 2,48 (1,91) Mrd. DM plus 30,2 Prozent), der Versicherungsestand stieg auf 33,7 (32,7) Mrd. DM. Die Beitragseinnahmen im direkten eutschen Geschäft erhöhten sich um ,4 Prozent auf 552 Mill. DM. Die apitalanlagen von 10 (9,6) Mrd. DM rachten laufende Erträge von 400 358) Mill. DM.

Die Feuerversicherung steigerte ihr rämienvolumen um 5,1 (9) Prozent uf 629 Mill. DM. Das Wachstum veref in den einzelnen Sparten sehr nterschiedlich. Der Schadenverlauf ar durch Großschäden in der Induie-Feuerversicherung bisher unünstiger als im Vorjahr. Geringere teigerungsraten sind bei Hausrat nd im allgemeinen Sachgeschäft zu püren. Die Unfallsparte verlief gut, ie Kfz-Haftpflicht wurde durch mehr nfälle mit Personenschäden belaet.

Zucker: Ertragslage verschlechtert sich

D. SCHMIDT, Braunschweig

Nach den günstigen Ergebnissen im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 3.) sieht sich die Braunschweiger Zucker-AG jetzt einer schwierigen Situation gegenüber. Nach Angaben des Vorstands lassen die „verschiedenen Währungsmaßnahmen in Brüssel" für die deutschen Rübenanbauer und Zuckererzeuger ab Juli dieses Jahres nur Preiserhöhungen von 1,5 Prozent zu. Höhere Energie- und Lohnkosten sowie eine wahrscheinlich um 25 Prozent geringere Rübenernte im Vergleich zu 1982 führten zu der pessimistischen Beurteilung. Allerdings hätten die ungünstigen Ertragsaussichten zu einer deutlichen Stabilisierung des Zucker-Weltmarktes geführt.

Im Geschäftsjahr 1982/83 führte die überdurchschnittliche Rübenernte mit einem hohen Zuckergehalt (17,6 nach 15,97 Prozent) zu einer Rekorderzeugung von 0,79 (0,72) t Zucker in den beiden Fabriken in Wierthe und Barum. Der Umsatz erhöhte sich um 7,6 Prozent auf 173 (161) Mill. DM.

Die Bilanz schließt mit einem Gewinn von 1,52 (0,39) Mill. DM, nachdem aus dem Jahresüberschuß ebenfalls 1,52 (0,75) Mill. DM der freien Rücklage zugewiesen wurden. Die Hauptversammlung beschloß, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von wieder 6 Prozent und einen Bonus von 2 Prozent auszuschütten und weitere 0,69 Mill. DM in die freie Rücklage zu stellen. Die Braunschweiger Zucker investierte im Berichtsjahr 9,3 (7,7) Mill. DM. Im laufenden Jahr sollen die Investitionen 11 Mill. DM erreichen.

Einigung im Streit EG–USA in Sicht

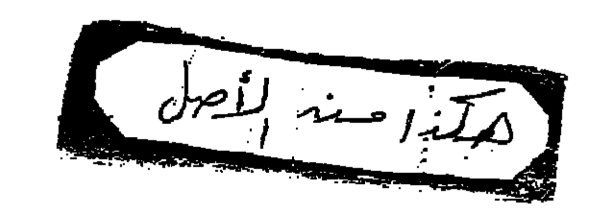
IRENE ZÜCKER, Genf

Völlig überraschend und gegen alle Erwartungen gab die amerikanische Regierung ihre harte Haltung im Streitfall mit der Europäischen Gemeinschaft auf, die von Washington 570 Millionen US-Dollar Kompensationen als Schadenersatz für die seit dem 20. Juli für vier Jahre auferlegten Sonderzölle von 4 bis 10 Prozent und Importbeschränkungen auf Edelstahl aus dem EG-Raum fordert.

An der zweiten Gatt-Verhandlungsrunde letzte Woche in Genf zwischen der Zehnergemeinschaft und den USA wiesen die amerikanischen Verhandlungspartner erstmals darauf hin, daß sie eine detaillierte Studie über die effektive Schadenhöhe durchführen, die sie den EG-Exporteuren durch Schutzaktionen der US-Edelstahlindustrie zugefügt haben.

Wie die EG-Kommission bestätigt, ist die US-Delegation offenbar bereit, sich Gatt-konform zu verhalten und dem in Artikel XIX geregelten Schadenersatz in Kompensationsleistungen zuzustimmen.

Die EG forderte in Genf als Kompensation für die Edelstahlrestriktionen amerikanische Zollermäßigungen auf verschiedene europäische Exporte wie Erzeugnisse aus anderen Stahlbereichen, aber auch für Chemikalien und Textilien. Die EG-Forderung von 570 Millionen US-Dollar, verteilt auf vier Jahre, sind nach Meinung der USA aber zu hoch berechnet. Trotzdem sind sie mit dem Prinzip der Kompensation einverstanden. Auf Drängen der EG wird das nächste bilaterale Treffen am 5. Oktober stattfinden.



FUSSBALL / Uerdingen ließ schon wieder einen Favoriten stolpern – Hamburg verlor einen seiner beiden Stürmer

Talent, „frecher Hund" und immer wieder ein Ärgernis: Wuttke spuckte und flog vom Platz

BERND LINNHOFF, **Düsseldorf**

Er kaufte sich einen Mercedes und verkündete stolz: „Ich habe mir einen Jugendtraum erfüllt." Da war er 19 Jahre alt. Zwei Jahre zuvor spielte er erstmals für Schalke in der Bundesliga. Klaus Fischer moserte den damals 17jährigen an und erhielt ein überraschendes Echo: „Halt die Fresse, beweg du lieber deinen dicken Hintern!"

Schnell mit den Beinen und noch schneller mit dem Mundwerk, so kennt die Bundesliga Wolfram Wuttke. 22 Jahre erst ist er heute alt, schon seit fünf Jahren spielt er in der höchsten Klasse. Beim 3:2-Sieg des Hamburger SV in Düsseldorf konnte Wuttke am Samstag den Mund wieder einmal nicht halten. Diesmal hielt er sich nicht mit Verbalinjurien auf, sondern revanchierte sich spuckend an seinem Gegenspieler Löhr. Die Konsequenz: Rote Karte in letzter Minute.

Ein Talent, doch kein Charakter: So hörte man oft von denen, die Wuttke als Trainer oder Mitspieler in seiner kurzen, an Eskapaden aber reichen Laufbahn begleiteten. „Der *muß erst noch erzogen werden*", meinte Dietrich Weise und warf den Stürmer aus der Jugend-Nationalmannschaft. Nicht ohne Grund: Wuttke hatte dem DFB-Trainer ins Bett genäßt. Der inzwischen verstorbene Guyla Lorant drückte sich weniger gewählt aus als Weise: „Zu frech, zu fett, zu faul."

Wer – wie Wuttke in Schalke – schon als 16jähriger 5000 Mark im Monat verdient, verliert wahrscheinlich das Gefühl für realistische Selbsteinschätzung. Nach seinem Wechsel zu Borussia Mönchengladbach geriet er mit Trainer Jupp Heynckes aneinander, fand sich auf der Reservebank wieder und hielt innere Einkehr: „Vielleicht bin ich zu schnell groß geworden." Auch am Bökelberg blieb der echte Durchbruch aus. Der Schuldige in Wuttkes Augen: Jupp Heynckes. „Er hat mich mit Abwehraufgaben belastet und mir damit meine Stärken genommen."

Im Sommer wechselte Wuttke vom Absteiger Schalke zum Meister Hamburger SV. Es war sein dritter Wechsel, zum drittenmal betrug die Ablöse 950 000 Mark. Wieder einmal war es ein Wechsel auf die Zukunft. In Düsseldorf spielte er schwach. Ihm fehlt seit jeher der Zug zum Tor, seine wirkungslosen Querfeldeinläufe von einem Flügel zum anderen sind kaum zu zählen.

Ein Jugendtraum ging schon in Erfüllung, ein anderer noch nicht. Einen Mercedes kann man kaufen, den Einsatz in der A-Nationalmannschaft nicht. Mit den Berufungen in der Junioren-Auswahl (U 21) hatte er die Tür schon aufgestoßen. – Doch auch dort legt er sich die Stolpersteine selbst in den Weg. Drei Stunden vor der EM-Partie in Österreich im April wurde er vom DFB-Trainer Berti Vogts erwischt, in der einen Hand die Spielkarten, in der anderen die Zigarette. Drei weitere Spieler zockten mit, sie entschuldigten sich bei Vogts. Wuttke nicht ...

Und nun der Platzverweis. Die Absonderung von Speichel als Ausdruck des Mißfallens ist nicht neu in der Bundesliga. Für Wuttke aber ist es eine Negativ-Schlagzeile mehr. HSV-Trainer Happel muß nun am Dienstag beim Nachholspiel in Leverkusen neben den verletzten Milewski und van Heesen den dritten von vier Stürmern ersetzen. Den Österreicher regt das nicht weiter auf: „Notfalls spielen wir ohne Stürmer und doch offensiv."

Das klingt zweifellos sehr ruhig, vielleicht ist es auch schon die erste disziplinarische Reaktion von Happel. Eine Reaktion, die deutlich machen soll, daß die Mannschaft auf einen wie Wuttke trotz der vielen Verletzten auch getrost verzichten kann. Dagegen aber spricht die Entschuldigung, die Happel für seinen Spieler fand. Merkwürdig sei das schon, daß ein Linienrichter zwar das Spucken bemerke, nicht aber direkt davor die Tritte des Düsseldorfer Spielers.

Wie dem auch sei: Die Hamburger wußten, daß sie sich einen schwierigen Menschen ins Haus geholt haben. Dafür steht auch die Aussage von Schatzmeister Kallmann: „Es soll ja schwer sein, mit ihm umzugehen. Aber Trainer Happel wird ihn schon hinkriegen."

Das war allgemeine Auffassung in der Branche: Happel werde es schon richten. Hinzu kam nämlich ein für Wuttke geradezu devotes Auftreten bei seinem neuen Arbeitgeber. Er sagte: „Ich komme in die beste Mannschaft Europas, will mir da einen Stammplatz erkämpfen und hoffe, auch die Tür zur Nationalmannschaft wieder aufzuschließen. Trainer Happel werde ich mich bedingungslos unterordnen."

Jetzt muß er sich erst einmal der Gerichtsbarkeit des Deutschen Fußball-Bundes unterordnen. Mag sein, daß Happel spucken für nicht allzu schwerwiegend hält. Die höchste Form der Beleidigung seines Gegenspielers bleibt es allemal ...



Rote Karte für Wuttke, der dann auf der Auswechselbank sitzt wie ein Häufchen Elend. Ein reuiger Sünder? Der ehemalige Schalker ist schon oft aufgefallen – wegen seines Talentes und seines Benehmens ...

FOTOS: FMS/HARTMANN

Altes Stuttgarter Lied und Leid: Nur Verfolger

MARTIN HÄGELE, **Uerdingen**

Bernd Förster schaute verbittert ernst, als er sich vom Stuhl neben Trainer Helmut Benthaus erhob. Dort hatte der Nationalspieler das ganze Spiel über gehockt. Eine Wadenprellung aus dem Länderspiel in Ungarn plagte ihn, Benthaus wollte den älteren Förster für das UEFA-Cup-Spiel am Mittwoch gegen Sofia schonen. Die Frage stellt sich: Was hat Bernd Förster in diesem 90 Minuten in der Uerdinger Grotenburg-Kampfbahn mehr geschmerzt: seine öffentliche Degradierung durch Bundestrainer Jupp Derwall zum Sündenbock von Budapest und zu einem Nationalspieler der Handelsklasse B oder die Niederlage der Stuttgarter Kollegen im Bundesliga-Spitzenspiel?

„Ich habe mir fest vorgenommen, zum Thema Nationalelf nichts zu sagen", sagte Bernd Förster. Und zum VfB Stuttgart? „Es ist furchtbar, da draußen zu sitzen." Das 2:3 von Uerdingen hat die Schwaben hart getroffen. Alle zeigten Wirkung über den Verlust der Tabellenführung. Nicht mehr oben, nur noch Verfolger, das alte Lied. Deshalb dieser bittere Ernst in den Gesichtszügen der Stuttgarter. Förster: „So ein Spiel darfst du einfach nicht verlieren, das und die anderen Ergebnisse, die Siege von Hamburg und München, das macht dich fertig."

Selbstverständlich hatten sie auch eine Ausrede: Die Leistung von Schiedsrichter Heitmann, der zwei Elfmeter gegen Stuttgart verhängt hatte. Um den ersten gibt es keine Diskussion. Torwart Helmut Roleder gab auch sofort zu, nicht den Ball, sondern das Bein von Peter Loontiens erwischt zu haben. Beim zweiten Strafstoß sei der Schiedsrichter jedoch auf die Show der Uerdinger hereingefallen. Hermann Ohlicher schimpfte: „Ich habe den Feilzer überhaupt nicht berührt." Man kennt solche Profischwüre.

Jedenfalls war klar zu erkennen, daß der Stuttgarter den Ball gespielt hat. Wie Feilzer dann zu Fall kam, ob er den Sturz nicht selbst einleitete, das bleibt sein Geheimnis und das des Schiedsrichters. Karlheinz Förster: „In einem Bundesliga-Spitzenspiel kann man bei einer solchen Situation kurz vor Schluß nicht einfach auf den Elfmeterpunkt rennen." Mit dieser Kritik hat er wohl den entscheidenden Punkt getroffen.

Denn in Uerdingen riecht es nicht nur nach Chemie, sondern auch nach Elfmeter, sobald der Ball auch nur in die Nähe von Peter Loontiens kommt. Der Bursche mit einer Figur, für die es die Bezeichnung „schmales *Handtuch*" gibt, fällt bei jedem Luftzug um. Loontiens profitiert von den paar Pfunden zu wenig auf seinen Rippen. Mit seiner Schauspielkunst provoziert er den Gegenspieler und den Pfiff des Schiedsrichters. Guido Buchwald konnte nach dem Spiel darüber ein garstiges Lied singen: „Dem Kerl gehört endlich einmal die rote Karte, der legt sich 90 Minuten lang hin, ohne daß man ihn überhaupt berührt."

Nun fühlen sich die Stuttgarter schon seit über einem Jahr von den Schiedsrichtern geradezu verfolgt. Die Erinnerung an viele Fehlurteile treibt sie in die Verbitterung. Er wisse wirklich nicht, was er den Schiedsrichtern getan habe, erklärt Karlheinz Förster, überall als Bösewicht verschrien.

Doch allein am Schiedsrichter oder am Schußpech von Karl Allgöwer lagen die Gründe für den Sturz des Tabellenführers nicht. Der VfB Stuttgart, der spätestens nach dem 2:2 in Kaiserslautern und dem 3:0 in Dortmund um seine Auswärtsstärke weiß, hat sich in Uerdingen seiner Sache zu sicher gefühlt. Man gewöhnt sich schwer daran, daß einer grauen Maus auf einmal scharfe Krallen wachsen. Die Stuttgarter Spieler haben noch gelächelt, als der Stadionsprecher die Elefantendame „Yhaeeto" vor dem Spiel gefragt hat: „Wird der FC Bayern heute gewinnen?" Der Dickhäuter hat dreimal genickt ....

Und nach dem 2:2 von Schäfer in der 70. Minute, da glaubten sie, das Remis locker über die Runden zu *bringen. Doch auf einmal, nach* Funkels zweitem Strafstoß-Tor, erwachte die Galerie. Als die Uerdinger Zuschauer die letzten zehn Minuten um ihr Wunder zittern mußten, brüllten sie ihre Angst als Anfeuerungsrufe auf den Rasen. In dieser Phase hätte *Stuttgart noch untergehen können*, zuvor freilich hatte es seine Überlegenheit einfach verschlafen.

Kritik an Jupp Derwall und Müller

DW. **München**

Sie waren mit ihren Managern und Beratern gekommen. Sonntag ist ein Abstecher auf die ISPO, die Internationale Sportartikel-Messe, Pflicht für die Asse aus Bundesliga und Nationalmannschaft. Das ist man jenen Firmen, deren Arbeits- und Freizeitkleider man trägt, schon schuldig.

Kein Blatt vor den Mund nahm der Hamburger Mittelfeldspieler Jimmy Hartwig dabei zum Thema Nationalmannschaft. Bei der Talk-Show der Firma adidas sagte Hartwig über Derwall: „Ich habe vor der Weltmeisterschaft gesagt, Derwall hat vom Fußball keine *Ahnung. Diese Meinung* vertrete ich auch noch heute. Weil ich mein Herz auf der Zunge trage, habe ich bei Derwall ausgespielt. Aber einem Bernd Schuster – den ich sehr schätze –, der auch viel sagt, dem reisen sie bis Barcelona nach. Auf *meiner Position gehöre ich bestimmt* zu den Besten der Bundesliga. Und ich bin der Meinung, ich gehöre in die Nationalelf." Dort wird Jimmy Hartwig spätestens seit gestern wohl erst recht nicht mehr landen ...

Die Aufräumarbeiten der Länderspielreise nach Budapest bestimmten die Diskussionen mehr als die aktuelle Thematik der Bundesliga. So kritisierte Nationalmannschafts-Kapitän Karl-Heinz Rummenigge noch einmal den Mailänder Hansi Müller: Er könne nicht verstehen, wie Hansi vor dem Spiel so laut tönen und dann so jämmerlich versagen würde.

Schon am Samstag hatte Bundestrainer Jupp Derwall seinen Messeauftritt gehabt. Er hatte seine Taktik gerechtfertigt, die Schuld den Spielern zugewiesen. Dabei habe Derwalls Versuch, anhand von leeren Schnapsgläsern die Raumdeckung zu erklären, so ein Augenzeuge, „sehr peinlich und wenig überzeugend gewirkt".

Begrenzung der Gehälter gefordert

sid, **Braunschweig**

Mit einem Appell wandte sich Eintracht Braunschweigs Präsident Hans Jäcker nach dem 1:2 seiner Mannschaft gegen Bayern München an seine Kollegen und den Deutschen Fußball-Bund (DFB). Jäcker verband seine „große Enttäuschung über wieder schwachen Besuch" (22 350 Zuschauer) mit einer grundsätzlichen Forderung: „Der DFB sollte – wie zu Beginn der nun 20 Jahre alten Bundesliga – per Dekret sowohl die Gehälter der Spieler als auch die Ablösesummen begrenzen."

Hennes Jäcker, der selbst jahrelang im Tor der Braunschweiger Eintracht stand, schränkte allerdings ein: „Ausnahme-Erscheinungen wie Karl-Heinz Rummenigge oder ähnliche Spieler sollen von solch einer Beschränkung nicht betroffen sein. Es geht vielmehr um die Null-acht-fünfzehn-Spieler; sie verdienen zu viel, sie sind in der Ablöse zu teuer." 75 bis 80 Prozent aller Bundesligaspieler seien in etwa gleichwertig. Von der Basis aus sollten niedrigere Grundgehälter festgelegt werden. Jäcker: „Dabei muß uns der DFB helfen. Gleichzeitig sollten Prämien nur noch in Zusammenhang mit den Zuschauer-Einnahmen gezahlt werden."

Jäcker weiß, daß seine Forderungen unpopulär sind, erklärte jedoch: „Wir müssen einen Denkprozeß in Gang setzen. Denn so wie bisher geht es angesichts der überall gesunkenen Zuschauerzahlen nicht mehr weiter. Das Spektakel Bundesliga zieht ganz allgemein nicht mehr so wie noch vor wenigen Jahren."

Für den 20. September ist in München eine Tagung der Bundesliga-Vereinspräsidenten angesetzt. Möglicherweise sind dann Jäckers Vorschläge bereits ein Diskussionspunkt.

ERGEBNISSE

Bremen – Nürnberg	2:0	(0:0)
Braunschweig – München	1:2	(0:1)
Offenbach – Frankfurt	2:1	(1:0)
Düsseldorf – Hamburg	2:3	(1:2)
Bielefeld – K'lautern	3:2	(3:1)
Uerdingen – Stuttgart	3:2	(2:1)
Bochum – Gladbach	0:4	(0:0)
Mannheim – Köln	2:2	(1:2)
Leverkusen – Dortmund	4:2	(1:1)

DIE SPIELE

Bochum – Gladbach 0:4 (0:0)

Bochum: Zumdick – Lameck (72. Zagorny) – Gothe, Knüwe – Schulz, Bönighausen, Woelk, Oswald, Grünberger (46. Kühn) – Kuntz, Krella. – **Gladbach:** Sude – Bruns – Hannes, Frontzeck – Krauss, Matthäus, Schäfer, Rahn, Hochstätter (69. Criens) – Mill (85. Herlovsen), Lienen. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 0:1 Lienen (63.), 0:2 Mill (66.), 0:3 Matthäus (78., Foulelfmeter), 0:4 Lienen (88.). – **Zuschauer:** 22 000. – **Gelbe Karten:** Oswald, Bruns (2), Krauss (2), Hannes.

Bielefeld – K'lautern 3:2 (3:1)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Dronia, Pohl (60. Kühlhorn), Büscher – Geils, Pagelsdorf, Schnier, Schröder – Rautiainen, Grillemeier (69. Ozaki). – **K'lautern:** Grüner – Briegel – Melzer, Wolf, Brehme – Geye, Hoos, Bongartz, Kitzmann – Nilsson, Allofs (37. Brummer). – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 1:0 Schröder (15.), 2:0 Geils (19.), 3:0 Pagelsdorf (21.), 3:1 Brehme (40., Foulelfmeter), 3:2 Briegel (67.). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Brehme (2), Melzer.

Braunschweig – München 1:2 (0:1)

Braunschweig: Franke – Pahl – Kindermann (82. Schön), Bruns, Merkhoffer – Hollmann, Lux, Tripbacher – Zavisic (46. Studzizba), Keute, Worm. – **München:** Müller – Augenthaler – Dremmler, Grobe, Dürnberger – Lerby, Pflügler, Nachtweih – Del'Haye, M. Rummenigge, K.-H. Rummenigge (75. Mathy). – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 0:1 M. Rummenigge (6.), 0:2 Grobe (55.), 1:2 Lux (80.). – **Zuschauer:** 22 150. – **Gelbe Karte:** Pahl.

Bremen – Nürnberg 2:0 (0:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Gruber, Okudera (46. Bracht), Sidka, Möhlmann, Meier – Reinders (78. Kamp), Neubarth, Völler. – **Nürnberg:** Kargus – Weyerich – Grahammer, Reinhardt, Babiger – Eder, Burgsmüller, Heck, Heidenreich Abramczik (70. Lottermann), Trunk. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Pezzey (51.), 2:0 Völler (53.). – **Zuschauer:** 17 103. – **Gelbe Karten:** Reinders, Heck.

Düsseldorf – Hamburg 2:3 (1:2)

Düsseldorf: Kleff – Zewe – Kuczinski, Löhr – Bockenfeld, Bommer, Fach, Weikl, Dusend – Edvaldsson, Wenzel. – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Kaltz, Wehmeyer – Schröder, Hartwig (68. Hieronymus), Rolff, Groh, Magath – Schatzschneider, Wuttke. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 1:0 Weikl (15.), 1:1 Hartwig (18.), 1:2 Schröder (30.), 2:2 Zewe (52., Foulelfmeter), 2:3 Schatzschneider (66.). – **Zuschauer:** 27 000. – **Gelbe Karte:** Weikl. – **Rote Karte:** Wuttke.

Leverkusen – Dortmund 4:2 (1:1)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf, Wojtowicz – Vöge, Saborowski (75. Hermann), Röber, Hörster (17. Bittorf) – Waas, Tscha. – **Dortmund:** Immel – Loose – Storck, Rüßmann, Hein (83. Reich) – Tenhagen, Raducanu, Koch – Keser, Klotz (58. Schaub), Dreßel. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 1:0 Vöge (30.), 1:1 Raducanu (31., Foulelfmeter), 2:1 Röber (77.), 2:2 Dreßel (79.), 3:2 Waas (81.), 4:2 Waas (90.). – **Zuschauer:** 11 600. – **Gelbe Karten:** Bittorf, Posner, Gelsdorf, Hein, Storck.

Mannheim – Köln 2:2 (1:2)

Mannheim: Zimmermann – Scholz – Knapp, Dickgießer, Schlindwein – Hein, Schön, Quaisser – Olaidotter (85. Willkomm), Linz (46. Makan), Walter. – **Köln:** Ehrmann – Strack – Prestin (67. Hartmann), Steiner, Willmer – Gielchen, Hönerbach, Sljivo (53. Haas) – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 0:1 Allofs (30.), 1:1 Linz (37.), 1:2 Steiner (44.), 2:2 Makan (48.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Dickgießer, Allofs.

Offenbach – Frankfurt 2:1 (1:0)

Offenbach: Herr – Peukert (46. Palacios) – Paulus, Kutzop – Grünewald, Michelberger, Franusch, Trapp, Bein – Krause (72. Kubosch), Sandner. – **Frankfurt:** Jüriens – Berthold – Schreml, Körbel – Sziedat, Sievers, Kroth, Trieb, Falkenmayer – Borchers (64. Rieth), Svensson. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 1:0 Bein (27., Handelfmeter), 1:1 Sievers (88.), 2:1 Kutzop (89.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Paulus (4), Krause, Herr, Schreml (3), Körbel (2). – **Rote Karte:** Sziedat.

Uerdingen – Stuttgart 3:2 (2:1)

Uerdingen: Vollack – Herget – Brinkmann, van de Loo – Jusufi, Raschid (59. Buttgereit), Feilzer, Funkel – Loontiens, Gulich (59. Hofmann), Sackewitz. – **Stuttgart:** Roleder – Makan (46. Kempe) – Schäfer, K.-H. Förster, Buchwald – Niedermayer, Allgöwer, Ohlicher, Sigurvinsson – Reichert (79. Kelsch), Corneliusson. – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 1:0 Gulich (25.), 1:1 Corneliusson (28.), 2:1 Funkel (41., Foulelfmeter), 2:2 Schäfer (70.), 3:2 Funkel (79., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Sackewitz, Kempe (2), Roleder, Ohlicher, Schäfer.

VORSCHAU

Dienstag, 20.00 Uhr: Leverkusen – Hamburg (0:1). **Freitag**, 20.00 Uhr: Nürnberg – Braunschweig (0:0). **Samstag**, 15.30 Uhr: Hamburg – Offenbach (-:-), Frankfurt – Bremen (0:1), München – Mannheim (-:-), Köln – Bochum (4:1), Uerdingen – Leverkusen (-:-), Dortmund – Bielefeld (11:1), K'lautern – Düsseldorf (3:1), Stuttgart – Gladbach (3:2).

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Sechster Spieltag – Tabelle und Statistik

● Dan Corneliusson (Stuttgart) übernahm mit sechs Treffern die alleinige Führung in der Torschützenliste. ● Wieder gab es nur 178 653 Zuschauer. Im Vergleich zum Vorjahr fehlen den Vereinen bereits 90 000 Besucher. ● Mönchengladbach feierte beim 4:0 in Bochum seinen 100. Auswärtssieg. Besser ist nur Bayern München (110). ● Nürnberg ist der höflichste Gast. Beim 0:3 in Bremen kassierte der Klub die 15. Auswärts-Niederlage hintereinander, bei insgesamt 7:44 Toren. ● Sieben Elfmeter wurden verhängt, alle verwandelt.

							Heim		Auswärts	
1. München	6	4	2	0	11:6	10:2	3:2	4:2	8:4	6:0
2. Hamburg	5	4	1	0	12:7	9:1	7:4	5:1	5:3	4:0
3. Uerdingen	6	4	1	1	18:11	9:3	11:5	6:0	7:6	3:3
4. Stuttgart	6	3	2	0	14:7	8:4	7:2	5:1	7:5	3:3
5. Gladbach	6	3	1	2	15:9	7:5	7:2	5:1	8:7	2:4
6. Bremen	6	3	1	2	9:7	7:5	8:2	6:0	1:5	1:5
7. Düsseldorf	6	2	2	2	8:9	6:6	6:4	4:2	2:5	2:4
8. Bielefeld	6	3	0	3	9:12	6:6	6:6	4:2	3:6	2:4
9. Leverkusen	5	2	1	2	10:9	5:5	7:2	4:0	3:7	1:5
10. Mannheim	6	1	3	2	9:11	5:7	7:5	4:2	2:6	1:5
11. Köln	6	2	1	3	7:9	5:7	5:4	4:2	2:5	1:5
12. Bochum	6	2	3	2	11:17	5:7	4:5	4:2	7:12	1:5
13. Kaiserslaut.	6	1	2	3	12:13	4:8	7:4	4:2	5:9	0:6
14. Frankfurt	6	1	2	3	11:13	4:8	7:4	4:2	4:9	0:6
15. Nürnberg	6	2	0	4	9:11	4:8	8:4	4:2	1:7	0:6
16. Braunschw.	6	2	0	4	9:13	4:8	7:5	4:2	2:8	0:6
17. Dortmund	6	1	2	3	9:14	4:8	3:6	2:4	6:8	2:4
18. Offenbach	6	2	0	4	8:13	4:8	8:7	4:2	0:6	0:6

Harald Schumacher spielt am Mittwoch gegen Wacker Innsbruck schon wieder für den 1. FC Köln im UEFA-Pokal

CDU-Politiker Bernhard Worms verteidigte Nationaltorwart Gerd Müller entdeckte in Waas künftigen Weltklassespieler

Von HEINZ STUMM

Toni Schumacher (29) lief ziemlich vergnügt bei der ISPO in München herum. Das hatte seinen Grund. Seit Samstag 18.05 Uhr ist es amtlich, daß er, der vereinsintern gesperrte Rebell, wieder in Gnaden aufgenommen ist. Auf die Frage, wer am Mittwoch im Europapokalspiel bei Wakker Innsbruck im Tor des 1. FC Köln stehe, antwortete Trainer **Hannes Löhr** (38) laut und vernehmlich: „Toni Schumacher".

Eigentlich wollte Deutschlands bester Torwart schon am Samstag gegen Mannheim spielen, doch Präsident **Peter Weiand** (62), um persönlichen Gesichtsverlust besorgt, war trotz härtester Bedrängnis der Opposition um den Schumacher-Clan nicht bereit, den Wünschen des Torhüters nachzugeben. Schumacher hatte sich für freche Worte beim Länderspiel in Budapest („Wenn der Klub für die neue Saison sich nicht erheblich verstärkt, will ich die Freigabe") eine Sperre für ein Spiel und das Zugeständnis eingehandelt, sofort den Verein verlassen zu dürfen, wenn sich nur einer findet, der die beträchtliche Ablösesumme (etwa zwei Millionen Mark) zu zahlen bereit und in der Lage ist.

Zu den Befürwortern gehörte auch **Bernhard Worms**, (53) der CDU-Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen, beim 1. FC Köln Mitglied des Verwaltungsrates. Der Politiker nahm an einer siebenstündigen Nachtsitzung in der Rechtsanwaltskanzlei Schäfer teil, in der ausgiebig über die weitere Verwendung oder Nichtverwendung des Torhüters gesprochen wurde. Noch am Vormittag war Schumacher guter Dinge, in Mannheim wieder den Torwartdreß anziehen zu dürfen. Und schon vorher hatte er seinen Freund **Bernd Schuster** (23) in Barcelona informiert, daß er seine Bemühung um einen neuen Verein in Spanien einstellen könne. Doch der Schein trog: Schumacher mußte zu Hause bleiben und seine Strafe absitzen.

*

Gleich zweimal hatte er sich in dieser Woche geirrt: Zum ersten Mal, als er glaubte, er werde sofort einen neuen Arbeitgeber finden. Zum zweiten Mal, als er meinte, eine Unterschriftensammlung von Fans, an der sich auch Mannschaftsmitglieder beteiligten (der stellvertretende Kapitän **Dieter Prestin** (27): „Die Mannschaft steht hundertprozentig hinter dem Toni. Ich habe die Liste auch unterschrieben"), und sein Einlenken („Ich stelle meine Arbeitskraft weiterhin dem Klub zur Verfügung") werde den Präsidenten weichmachen.

Der Mann, der in Ludwigshafen beim 2:2 fast eine Schumacher-Kopie im Tor abgab, **Gerald Ehrmann** (24), rückt nun wieder ins zweite Glied, setzt sich aber, wie er nach dem Spiel beteuerte, nicht mit Grollen auf die Ersatzbank. „Ich denke, daß ich was für mein Image getan und bewiesen habe, daß ich als Reservist nicht eingerostet bin." Zudem darf er sicher sein, daß ihm der Klub keinen Stein in den Weg legt, wenn ein Verein anklopft. Trainer Hannes Löhr: „Wir werden einen Weg finden, wenn der Gerry weg will."

*

In Ludwigshafen durfte der streßbeladene Hannes Löhr („Jetzt geht es wieder aufwärts") feststellen, daß es in der höchsten Klasse auch noch Fußballstimmung wie zu Fritz Walters Zeiten geben kann. Zum Beispiel bei **Klaus Schlappner** (44), dem Trainer des Aufsteigers SV Waldhof. Schlappner lud seinen Kollegen Hannes Löhr ein, noch eine Stunde zu bleiben und ein bißchen zu plaudern. Ansonsten sorgte er dafür, daß die

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

tierisch-ernste Atmosphäre gelockert wurde. Ein Beispiel: Auf die Frage, warum er seinen angeschlagenen Rechtsaußen **Detlef Olaidotter** (26) nicht schon vorher ausgewechselt habe, obwohl zu sehen war, daß die Kräfte des ehemaligen Osnabrückers nachgelassen hatten, meinte Schlappner: „Das gibt's bei mir nicht, daß einer eine Stunde spielt und dann denkt, er kann zum Kaffeetrinken gehen."

Der Mannheimer Trainer ist im übrigen nicht nur auf Fußball fixiert. Als Elektromeister hat er zwölf Angestellte in einem gut florierenden Betrieb; dazu geht er mit Leidenschaft auf die Jagd. Und als Jäger ärgert er sich maßlos über die Umweltverschmutzung „unserer lieben Mitbürger, die alles im Wald runterfallen lassen und so den Wald verschandeln".

Aufrichtig beteuert der Handwerksmeister, daß er mit seinem Lkw schon manchen Dreck aus dem Wald weggefahren habe, und bei einem Besuch in der Kölner Sporthochschule in der Mensa zu der Erkenntnis gekommen sei, daß die Studenten zwar immer vom Umweltschutz reden, aber ansonsten Büchsen und Becher einfach herumwerfen. Das Waldsterben, so fügt er an, hätte rechtzeitig gebremst werden können, „wenn die Herren Politiker auf uns Jäger und Förster gehört hätten. Wir machen nämlich schon seit Jahren auf die Misere aufmerksam." Wie er sein Pensum bewältige, denn schließlich habe er neben zwei Berufen auch noch eine fünfköpfige Familie: „Man muß eben rechtzeitig schlafen gehen und nicht in der Kneipe herumsitzen."

Anmerkung: Schlappner bildet nebenbei auch noch in Biblis für den Hessischen Fußballverband Jugendtrainer aus ...

*

Bedeutend ruhiger als Schlappners Leben ist das Dasein des prominenten Fußballpensionärs **Gerd Müller** (37). Der ehemalige „Bomber der Nation" reist zur Zeit durch Deutschlands Lande und stellt bei Autogrammstunden fest, daß sein Markt- und Popularitätswert seit seligen Müllerzeiten kaum geschrumpft ist. „Ich kriege nach wie vor mehr als 5000 Mark für eine Stunde", verriet er stolz. Hauptzweck des Deutschlandaufenthaltes ist sein Abschiedsspiel, das reichlich verspätet am 20. September im Münchner Olympiastadion steigt. Anschließend kehrt Gerd Müller, der das Attribut „dickes Müller" nicht mehr verdient (er wiegt dank eifrigen Sporttreibens acht Kilo weniger als zu seinen besten Fußballzeiten), nach Fort Lauderdale zurück, wo er, wie er sagt, auch seinen Lebensabend verbringen wird.

Mit seinen Englischkenntnissen, das räumt er ein, sei es nach wie vor nicht weit her. Es zu ändern, sieht er freilich keinen ersichtlichen Grund. Gerd Müller, im Leverkusener Ramadan-Hotel im Originalton: „In meiner Gaststätte sind viele Deutsche. Mit denen spreche ich deutsch. Und dann kommen welche, die wollen sich mit mir über Fußball unterhalten, das geht gerade noch. Die anderen sind Gäste, die wollen nur essen und interessieren sich für mich nicht. Mit denen brauche ich dann also auch nicht zu sprechen.

*

Vom deutschen Fußball der Gegenwart zeigte er sich als Augenzeuge der Partie Leverkusen gegen Dortmund (4:2) stark enttäuscht. „Da wird doch nur noch ohne Hirn gerannt", meinte er. Eine Ausnahme entdeckte er in dem Münchner **Herbert Waas** (22). Ihm attestiert er außergewöhnliche Fähigkeiten und die Anlage zum Weltklassespieler. Angesprochen auf den Amerika-Fußball meinte er: „In zwei Jahren ist der tot."

Die Kritik am deutschen Fußball läßt **Timo Konietzka** (44), Trainer des Sensationsaufsteigers Bayer Uerdingen, nicht gelten: „Was will der Gerd denn? Der hat einen schlechten Abgang bei Bayern gehabt und redet einfach so daher. Daß hier guter Fußball gespielt wird, sieht man ja wohl schon an uns."

Wie Gerd Müller will Konietzka seinen Lebensabend im Ausland verbringen. Er zieht in die Schweiz. Im übrigen steht jetzt in Konietzkas Paß der Rufname „Timo". Den Namen Friedhelm hat er löschen lassen. Wie er zu dem Namen Timo kam? „Als ich noch in Dortmund spielte, hat der Jockel Bracht mal zu mir gesagt: ‚Du siehst aus mit Deinem kantigen Gesicht und Deinem kurzen Haarschnitt wie der russische Reitergeneral Timoschenko.' Und seitdem bin ich der Timo."

ZWEITE LIGA / Karlsruhe, Schalke unbesiegt

Vereinskrise – aber erster Erfolg für Hannover 96

sid, **Düsseldorf**

Die beiden Bundesliga-Absteiger Karlsruher SC und FC Schalke 04 hielten auch am achten Spieltag der Zweiten Liga klaren Kurs auf den direkten Wiederaufstieg. – 24 Stunden, nachdem Schalke am Freitag ein 3:0 gegen Aufsteiger SSV Ulm vorgelegt hatte, zog Karlsruhe nach und kam zu einem sicheren 4:0-Erfolg bei Rot-Weiß Essen. Damit verteidigte der KSC (13:3 Punkte) vor den punktgleichen und ebenfalls noch ungeschlagenen Schalkern die Tabellenführung. Hartnäckigster Verfolger ist nach dem 6:1-Sieg gegen Union Solingen Hessen Kassel auf Platz drei (11:5). Heinz Traser erzielte dabei allein vier Treffer.

Insgesamt 41 000 Zuschauer sahen in den sieben bereits ausgetragenen Spielen 23 Tore. In der Torschützenliste führt der Kasseler Traser mit neun Treffern vor dem Karlsruher Günther (8), der gegen Essen dreimal erfolgreich war. Nach der vierten Gelben Karte sind der Kasseler Wielandt und der Karlsruher Zahn für den nächsten Spieltag gesperrt.

Alemannia Aachen, das am Freitag beim 2:2 gegen Darmstadt 98 einen 2:0-Vorsprung verspielte, liegt auf Platz vier. Als Elfter folgt mit Hertha BSC Berlin der dritte Bundesliga-Absteiger (7:7) schon weit abgeschlagen.

Mit Fortuna Köln, das nach vielen Verletzungs-Ausfällen gegen Wattenscheid 09 ein 0:0 erreichte, und Darmstadt (beide 7:9) folgen zwei weitere Favoriten, die mit höheren Ansprüchen in die Saison gestartet waren. Essen fiel nach der Niederlage gegen den KSC auf den 14. Platz zurück und rangiert vor Hannover 96 (beide 6:10), das durch ein 2:0 beim BV Lüttringhausen zu seinem ersten Saisonsieg kam.

Dieser Sieg von Hannover ist erstaunlich. Im Verein geht es drunter und drüber. Nach sieben Spielen ohne Sieg wurden die Schuldigen gesucht – mit wechselnder Besetzung. Vereins-Präsident Henze warf Trainer Bohnsack in aller Öffentlichkeit vor: „Er stellt die falschen Leute auf." Der Trainer dagegen lädt seinen Zorn bei der Mannschaft ab: „Einige Spieler sind noch weit von ihrer Normalform entfernt" (was ja wohl auch kein so gutes Licht auf den Trainer wirft). Und die Zuschauer fordern derweil den Rücktritt des Vorstandes. Es ist fast schon ein Wunder, daß die Spieler von Hannover in dieser Atmosphäre nicht die Nerven verloren und ausgerechnet in einem Auswärtsspiel gewannen.

DIE ERGEBNISSE

Saarbrücken–Osnabrück	2:1	(2:1)
Aachen–Darmstadt	2:2	(2:0)
Schalke–Ulm	3:0	(1:0)
Lüttringhausen–Hannover	0:2	(0:0)
Essen–Karlsruhe	0:4	(0:2)
Köln–Wattenscheid	0:0	
Kassel–Solingen	6:1	(0:0)
Stuttgart–Duisburg	3:1	(2:1)
Oberhausen–Hertha	0:1	(0:0)
Charlottenburg–Freiburg	1:2	(1:1)

DIE VORSCHAU

Freitag: Darmstadt – Ulm, Osnabrück – Kassel, Aachen – Köln. – **Samstag:** Hannover – Oberhausen, Hertha – Saarbrücken, Solingen – Schalke, Karlsruhe – Charlottenburg, Freiburg – Stuttgart. – **Sonntag:** Duisburg – Lüttringhausen, Wattenscheid – Essen.

DIE TABELLE

1. Karlsruhe	8	5	3	0	22:8	13:3
2. Schalke	8	5	3	0	16:4	13:3
3. Hess. Kassel	8	5	1	2	22:10	11:5
4. Freiburg	8	4	3	1	11:8	11:5
5. Aachen	8	3	4	1	9:6	10:6
6. Duisburg	8	3	3	2	12:7	9:7
7. Hertha BSC	8	3	3	2	15:11	9:7
8. Ulm 1846	8	3	2	3	13:13	8:8
9. Solingen	8	2	4	2	10:13	8:8
10. Saarbrücken	8	3	2	3	9:12	8:8
11. Osnabrück	8	3	2	3	7:11	8:8
12. Lüttringh.	8	2	3	3	9:10	7:9
13. Köln	8	2	3	3	17:19	7:9
14. Darmstadt	8	2	3	3	9:14	7:9
15. Stuttgart	8	1	4	3	9:14	6:10
16. Essen	8	2	2	4	8:13	6:10
17. Oberhausen	8	2	1	5	12:14	5:11
18. Wattenscheid	8	0	5	3	5:11	5:11
19. SSC Berlin	8	2	1	5	6:13	5:11
20. Hannover	8	0	4	4	6:16	4:12

SPORT-NACHRICHTEN

Langer auf Platz neun

Crans-Sur-Sierre (UPI) – Bernhard Langer kommt bei dem mit 200 000 Dollar dotierten europäischen Golf-Masters-Turnier, das in Crans-sur-Sierre (Schweiz) ausgetragen wird, immer besser in Schwung. Am zweiten Tag schob sich der 26jährige Anhausener vom 30. auf den neunten Rang vor. Überlegen führt der Engländer Sandy Lyle, der den Platzstandard von 72 Schlägen mit 64 und 63 zweimal deutlich unterbot.

Vier Medaillen

Tremona (dpa) – Vier Medaillen gewannen die deutschen Rollschnellläufer bei den Europameisterschaften in Tremona (Italien). Bei den Bahnwettbewerben gab es Silber für Bernd und Martin Schicker (Bechhofen) sowie Harald Hertrich (Bayreuth) in der 10 000-m-Staffel. Hertrich holte sich außerdem die Bronzemedaille im 3000-m-Sprint. Bei der Straßen-EM gewannen Bernd Schicker, Stefan Ernert (Homburg) und Gerald Hertrich Bronze in der 10 000-m-Staffel – außerdem belegte Hertrich über 1500 m den dritten Rang.

Podlesch verlor

Frankfurt (sid) – Weltmeister Rainer Podlesch (Berlin) verlor auf der Radrennbahn in Frankfurt vor 2000 Zuschauern die WM-Revanche (Europacup) der Amateursteher (50 km) gegen den Holländer Matthe Pronk.

Hinault: Eigener Rennstall?

Quessoy (sid) – Der viermalige französische Tour-de-France-Sieger Bernard Hinault ist in naher Zukunft Kapitän und Mitinhaber eines Profirennstalls. Er gab bekannt, daß dieser Rennstall von seiner eigenen Rennrad-Firma und einem noch nicht feststehenden ausländischen Sponsor finanziert wird. Die Sportdirektoren sollen der Spanier Luis Ocaña und der Franzose François Cressel sein.

Schwerer Sturz

Hannover (dpa) – Nach einem schweren Sturz, den er in der 41. Minute des Stundenrennens der Radsport-Amateure bei der „Nacht von Hannover" erlitt, mußte der Pole Andrzej Sikorski (22) operiert werden. Er war bei der Verfolgung des Ausreißers Michael Marx (Hamburg) in einer Kurve gestürzt und streifte mit dem Kopf einen Betonpfeiler.

Ausreise verweigert

Schwandorf (dpa) – Die Behörden der CSSR haben einer Gruppe von Leichtathleten des Vereins Skoda Pilsen, die an einem Sportfest in Schwandorf teilnehmen wollten, die Ausreise verweigert. Begründung: Geldknappheit.

Fogh Europameister

Medemblik (sid) – Überlegener Segel-Europameister in der olympischen Solingklasse wurde der Kanadier Hans Fogh, der vier Wettfahrten gewann und auf 18 Punkte kam. Der Hamburger Willy Kuhweide belegte als bester deutscher Segler vor Medemblik (Holland) den neunten Platz.

Schockemöhle Zweiter

Calgary (sid) – Nach einem Erfolg beim Offiziellen Kanadischen Springreiterturnier (CSIO) in Calgary belegte Paul Schockemöhle (Mühlen) auf Deister am drittletzten Tag den zweiten Rang. Sieger im Stechen wurde der amerikanische Weltcupsieger Norman dello Joio auf I love you.

Reiten: Tiefer Fall

Burghley (sid) – Die deutsche Mannschaft erlebte bei den Military-Europameisterschaften der Jungen Reiter im englischen Burghley im Gelände ein totales Desaster. Die in der Einzelwertung führende Carmen Berger (Coburg) auf Bacardi gab auf, nachdem ihr Pferd am fünften Hindernis verweigerte. Arno Schmidt (Zolling) wurde nach drei Verweigerungen seines Pferdes Martini aus dem Wettbewerb genommen. In der Gesamtwertung führt Karen Straker (England) auf Running Bear.

Englisches St. Leger

Doncaster (UPI) – Das mit umgerechnet 333 000 Mark dotierte englische St.-Leger-Galopprennen endete mit dem Sieg der 11:8-Favoritin Sun Princess vor Esprit du Nord, Carlingford Castle und Dom Pasquini.

HANDBALL

Gummersbachs Punktverlust

sid, **Düsseldorf**

Mit Überraschungen begann die Handball-Bundesliga: Gummersbach, 36 Monate lang in 49 Heimspielen hintereinander ohne Punktverlust, mußte sich gegen TuSEM Essen mit einem 13:13 begnügen. Vizemeister THW Kiel kassierte beim MTSV Schwabing mit 20:21 die erste Niederlage seit dem 18. Dezember.

Gummersbachs Punktverlust scheint bereits deutlich zu machen, daß der für 2,5 Millionen Mark zum FC Barcelona gewechselte Torjäger Erhard Wunderlich so schnell nicht zu ersetzen sein wird. So wurde Essens Punktgewinn auch zum Erfolg des ehemaligen Gummersbacher Trainers: Petre Ivanescu, von 1979 bis 1983 beim Meister tätig und jetzt auf der Kommandobrücke in Essen, verließ die Stätte seiner größten Erfolge als Triumphator.

In der Neuauflage des deutschen Pokalendspiels Gummersbach – Essen spielte Ivanescu die Hauptrolle. Der 46 Jahre alte Trainer hatte die Essener gegen seine frühere Mannschaft taktisch hervorragend eingestellt. Er jubelte nach dem 13:13: „Leistung und Moral der Mannschaft waren hervorragend. Jetzt sehe ich dem Gastspiel nächste Woche beim TV Großwallstadt gelassen entgegen."

„Individuelle Fehler haben sich bitter gerächt, und die Wurfschwäche aus dem Rückraum war nicht zu übersehen", ärgerte sich der neue VfL-Trainer Herbert Wittchen, der am nächsten Samstag bei Vizemeister Kiel antreten muß.

Arno Ehret, Spielertrainer des TuS Hofweier, triumphierte mit 21:15 über den von Ex-Bundestrainer Vlado Stenzel betreuten Neuling TuRa Bergkamen. Sicherlich eine Genugtuung für Ehret, der 1982 kurz vor der Weltmeisterschaft nach Differenzen mit Stenzel seinen Rücktritt aus der Nationalmannschaft erklärt hatte. Ehret stand erstmals seit seinem Sehnenabriß vor einem halben Jahr 60 Minuten durch und war mit sieben Toren erfolgreichster Schütze.

MOTORSPORT / Nur drei Verträge perfekt

Wer wird Nummer zwei hinter Lauda: Alboreto oder Andrea de Cesaris?

sid/dpa, **Monza**

Das Transfer-Karussell in der Formel 1 steht still und das ausgerechnet beim Großen Preis von Italien in Monza, dem traditionellen Höhepunkt des alljährlichen Wechselspiels der Grand-Prix-Fahrer. Der Grund: Der 85 Jahre alte Enzo Ferrari hat sich noch nicht entschieden, welche Fahrer die roten Renner aus Maranello 1984 bewegen sollen.

„Es ist, als ob wir in einer Sackgasse steckten", sagte der Franzose Patrick Tambay, derzeit die Nummer zwei bei Ferrari hinter seinem Landsmann René Arnoux. „Fast alle Fahrer warten mit ihrer Entscheidung für 1984, bis sie wissen, was Ferrari macht." Verständlich: Der italienische Parade-Rennstall ist der Traum-Arbeitgeber fast jeden Formel-1-Fahrers, auch wenn die Gehälter nicht allzu hoch sind.

Der Fahrer, um den sich wohl auch bei Ferrari alles dreht, heißt Alain Prost. Bleibt der kleine Franzose, der zur Zeit in der Weltmeisterschafts-Wertung führt, bei Renault, oder geht er zu Ferrari? Renault-Manager Jean Sage dazu: „Wir haben Prost das beste Angebot gemacht, das wir je einem Fahrer unterbreitet haben. Jetzt liegt es an ihm. Auf keinen Fall werden wir die Summe erhöhen." Prost ist noch unschlüssig. Er will abwarten. Außerdem haben ihn die finanziellen Angebote eines Zigarettenkonzerns wankelmütig gemacht. Dieser Geldgeber möchte Prost künftig gern als Ferrari-Fahrer sehen.

Es gibt derzeit nur drei Fahrer in der Formel 1, die ihre Verträge für das nächste Jahr bereits unter Dach und Fach haben: Weltmeister Keke Rosberg (Finnland) unterschrieb wiederum bei Williams (mit Honda-Turbomotor), Niki Lauda wieder bei McLaren und der Brasilianer Nelson Piquet erneut bei Brabham-BMW. Weil der Ire John Watson aufhören will, wird beim McLaren-Team hinter dem früheren österreichischen Weltmeister Niki Lauda der zweite Platz im Team frei. Eine Fotomontage auf der Titelseite eines italienischen Automobilmagazins heizte die Spekulationen an. Das Bild zeigt den Italiener Michele Alboreto im McLaren. Für diese jüngste Variante im Kampf um einen Formel-1-Arbeitsplatz liegen die Gründe bei einem Geldgeber, der Alboreto unterstützt. Es ist eine große italienische Spedition. Niki Lauda wäre nicht abgeneigt, gemeinsam mit Alboreto ein Team zu bilden: „Alboreto ist der beste Nachwuchspilot der letzten Jahre. Er fährt vernünftig und macht keine Fehler."

Ein weiterer Italiener, nämlich Andrea de Cesaris (noch bei Alfa Romeo) macht sich ebenfalls Hoffnungen, beim McLaren-Team einzusteigen. Der Grund: Sein Vater ist der Chef der italienischen Tochter jenes Zigarettenkonzerns, der das McLaren-Team unterstützt.

Immer aussichtsloser wird der Traum des Waiblingers Manfred Winkelhock (ATS), als Nummer zwei bei Brabham-BMW zu landen. Seit Monza ist der Italiener Pierluigi Martini als Ersatz für seinen Landsmann Riccardo Patrese im Gespräch, ein Formel-3-Fahrer, dessen Vater ein wichtiger Lieferant für den Brabham-Geldgeber Parmalat ist. Winkelhock hat zwar noch kein konkretes Angebot für 1984 von ATS vorliegen, dennoch sagt er: „Wenn ich es mir so überlege, muß ich sagen, daß die ganze Entwicklungsarbeit, die ich in dieser Saison geleistet habe, umsonst wäre, würde ich jetzt ATS verlassen. Dann profitiert vielleicht ein anderer davon."

Gerüchte, wonach ATS und der englische Arrows-Rennstall – der gerne den BMW-Turbomotor möchte – im nächsten Jahr eine Fusion eingehen, mochten weder Arrows-Fahrer Marc Surer (Schweiz) noch Manfred Winkelhock bestätigen: „Die beiden Teams sind doch zu verschieden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das gutgeht." In Monza erzählte der bereits zurückgetretene frühere brasilianische Weltmeister Emerson Fittipaldi, er plane für 1984 ein Comeaback in der Formel 1. Fittipaldi: „Im Januar werde ich in Rio de Janeiro testen, ich weiß nur noch nicht, mit welchem Auto." Hintergrund: Fittipaldi steht vor der Scheidung von seiner Frau Maria Helena, „und irgendetwas muß man danach schließlich tun".

TENNIS / Chris Evert Lloyd im Finale von Flushing Meadow nur noch zu einer Statistin degradiert

„Martina muß sich neuen Sport suchen, sie ist zu überlegen"



Jubelschrei nach dem ersten Sieg in Flushing Meadow: Martina Navratilova, die Beste der Welt. FOTO: UPI

POHMANN, **Flushing Meadow**

Im elften Anlauf hat sie es nun endlich geschafft. Nach 63 Minuten besiegte Martina Navratilova im Finale von Flushing Meadow die Titelverteidigerin Chris Evert-Lloyd und gewann damit zum ersten Mal in ihrer Karriere die Offenen US-Meisterschaften. Bereits vor dem Endspiel galt die 26jährige Exil-Tschechoslowakin als große Favoritin. Zu beeindruckend waren ihre diesjährigen Resultate. Von 13 Turnieren gewann sie zwölf und war dabei bereits fünfmal gegen ihre große Rivalin Chris Evert-Lloyd erfolgreich.

Aber gerade in New York wollte es Chris Evert noch einmal wissen. Vor wenigen Wochen probierte sie speziell für die Begegnungen mit Martina Navratilova einen neuen Midsize-Schläger (mit einer größeren Schlagfläche) aus, um mehr Druck in ihr Spiel zu bekommen. Nach einer Niederlage in Australien gegen Pam Shriver kehrte sie aber wieder zu ihrem gewohnten Holzschläger zurück. Dafür verpflichtete sie den ehemaligen amerikanischen Daviscup-Spieler Dennis Ralston als Coach. Doch alle Mühen halfen nichts. Im Gegenteil: Wohl selten erlitt die 28 Jahre alte Chris Evert eine derartig vernichtende Niederlage.

Hilflos und chancenlos mußte sie miterleben, wie Martina Navratilova vor 18 362 Zuschauern von Anfang an das Spiel bestimmte. Es gab keinen Schlag, in dem die Linkshänderin nicht besser war. Mit ihren harten und plazierten Aufschlägen, aggressiven Grundschlägen und eiskalt verwandelten Volleys wurde Chris Evert zur Statistin degradiert. Beispiellos ist die körperliche Verfassung der Navratilova. Hier zahlt sich das Konditionstraining mit ihrer Freundin, der ehemaligen Basketball-Nationalspielerin Nancy Liebermann, immer mehr aus. Unglaublich, wie schnell sie selbst nach ihrem zweiten Aufschlag am Netz auftauchte und wie athletisch sie sich an der Grundlinie bewegte. Der ehemalige Wimbledon-Sieger John Newcombe, der in New York als vielbeschäftigter Kommentator für die „New York Times" und das CBS-Fernsehen agierte, meinte denn auch unmittelbar nach dem Endspiel: „Jetzt muß sich Martina eine andere Sportart aussuchen, im Tennis ist sie zu überlegen."

Nach dieser Leistung erscheint die Navratilova zumindest auf schnellen Plätzen in den nächsten Jahren als unbesiegbar. Es darf sogar die Behauptung aufgestellt werden, daß die Neu-Amerikanerin die beste Spielerin aller Zeiten ist. Keine überragenden Damen früherer Zeiten, ob Maureen Conolly, Margret Court, Esther Bueno oder gar Billie Jean-King konnten ein solches Tempo spielen, bei gleichzeitiger technischer Vollkommenheit.

Gespannt darf man nun auf die Reaktion der nachfolgenden Generation sein. Jahrelang wurde das doppelhändige Spiel und elegante Auftreten von Chris Evert-Lloyd kopiert. Gibt es jetzt auch bei den Damen die Trendwende zum kraftvollen Angriffs-Tennis? Zumindest der finanzielle Anreiz ist gegeben. Denn neben dem Rekord-Sieger-Preis von 120 000 Dollar kassiert die Navratilova jetzt auch weitere 500 000 Dollar, die als Bonus von einer Mieder-Firma für die Athletin ausgesetzt waren, die innerhalb eines Jahres drei große Turniere auf drei verschiedenen Böden gewinnt. Martina Navratilova, seit 1981 US-Bürgerin mit nun bereits 82 Titeln und 5 589 756 Dollar Preisgeldern, tat dies in Hilton Head, Wimbledon und nun in Flushing Meadow.

Schwaches Tennis erlebten die Zuschauer in den beiden Halbfinal-Spielen der Herren. Das lag weniger an den beiden Finalisten Jimmy Connors und Ivan Lendl (das Finale dauerte bei Redaktionsschluß noch an), vielmehr konnten ihre Gegner niemals die Nervosität ablegen. Bill Scanlon duckte sich von Anfang an gegen den Titelverteidiger Jimmy Connors. Nichts blieb mehr übrig von seinem Triumph über John McEnroe im Achtelfinale. Anstatt zu versuchen, die Initiative zu ergreifen, spielte er seine Bälle lediglich vorsichtig über das Netz. Und genau darauf wartet ein Mann wie Connors auf einem so schnellen Boden. Er hatte genügend Zeit, sich zu den Schlägen richtig zu stellen, und spielte dann seine Grundschläge wie zu seinen besten Zeiten. Da konnte selbst das Publikum, das als das temperamentvollste in der Welt gilt, nicht aus sich herausgehen, zu einseitig verlief dieses Match.

Genauso einfach hatte es auch Ivan Lendl gegen den 19jährigen Jimmy Arias, obwohl er im zweiten Satz beim Stande von 4:5 und 0:40 bei eigenem Aufschlag drei Satzbälle gegen sich hatte. Doch Lendl spielte zu druckvoll, man merkte Arias an, daß er in diesem Turnier zu viel Substanz verloren hat.

OLYMPIA / Los Angeles: Sowjetunion kaufte Fernsehrechte

Kein Boykott durch die UdSSR befürchtet

sid, **Baden-Baden/München**

Einen Boykott der Olympischen Sommerspiele 1984 durch die UdSSR „und ihre Satelliten-Staaten" hält Tom Bradley, der Oberbürgermeister von Los Angeles, für unmöglich. „Ich kann mir das nicht vorstellen", sagte Bradley in Bühlertal bei Baden-Baden in einem Interview mit dem Südwestfunk.

Bradley, der als Gast eines Symposiums über den Föderalismus in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland in Bühlertal weilte, meinte, die Spiele würden selbst dann nicht beeinträchtigt, sollte es tatsächlich zu einem Boykott kommen.

„Aber erstens haben die UdSSR-Verantwortlichen das Kommen ihrer Sportler fest zugesagt. Zweitens hat man bereits die Fernsehrechte gekauft. Es wäre doch nicht normal, wollten die Sowjets Millionen Dollar für nichts ausgeben", meinte der Oberbürgermeister der künftigen Olympiastadt.

Die Kommission des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK), die die Sportstätten der Region Berchtesgaden sowie in Garmisch-Partenkirchen im Hinblick auf die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 1992 besichtigte, geht davon aus, daß der Gemeinderat von Garmisch die Kandidatur bei einer erneuten Abstimmung im Oktober bestätigen wird. „Beide Kandidaten sind geeignet und haben ihre Schokoladenseiten", erklärte Helmut Mayer vom Bundesausschuß für Leistungssport (BAL) nach der Rundreise und den Gesprächen mit Vertretern des Sports und der Kommunen.

Wie NOK-Generalsekretär Walther Tröger mitteilte, wird die Olympia-Kommission nach Auswertung ihrer Eindrücke das Präsidium über die Gespräche vor Ort informieren. Es ist damit zu rechnen, daß das NOK-Präsidium vor der entscheidenden Abstimmung über den deutschen Kandidaten der Vollversammlung eine Empfehlung geben wird.

MOTORRAD / Erster 50-ccm-Weltmeister

Ernst Degner gestorben

sid, **Santa Cruz**

Der in Chemnitz geborene Ernst Degner, 1962 erster Motorrad-Weltmeister in der damals neugeschaffenen 50-ccm-Kategorie, ist in seinem Haus in Santa Cruz auf Teneriffa gestorben. Degner, der am 22. September 52 Jahre alt geworden wäre, wurde von seinem Sohn tot auf dem Sofa liegend aufgefunden. Die genaue Todesursache wurde nicht bekanntgegeben, doch laut Autopsie-Bericht ist er eines natürlichen Todes gestorben.

Degner war am 17. September 1961 nach dem Großen Preis von Schweden in Kristianstad nicht mehr in die „DDR" zurückgekehrt. Da der frühere MZ-Werksfahrer wegen seiner Flucht vom „DDR"-Verband gesperrt wurde, mußte der zu jenem Zeitpunkt in der 125-ccm-WM führende Degner den Titel dem Australier Tom Phillis überlassen.

Als seine Suspension noch im November 1961 vom Motorrad-Weltverband FIM in eine Geldstrafe von 250 Schweizer Franken umgewandelt wurde, konnte Degner ab 1962 mit einer Lizenz der Obersten Motorrad-Kommission (OMK) in Frankfurt fahren. Noch im gleichen Jahr holte er den WM-Titel bei den 50ern auf Suzuki.

Bei einem Sturz 1963 in Japan zog er sich schwere Verbrennungen zu. 1965 trat er vom aktiven Sport zurück.

BOXEN / Larry Holmes bleibt Weltmeister

Gage für 15 Minuten: 1,5 Millionen Dollar

sid/UPI, Atlantic City

Auch mit 33 Jahren bleibt der Amerikaner Larry Holmes der beste Schwergewichtsboxer der Welt. Im bereits dritten Titelkampf dieses Jahres, dem im November nun ein vierter gegen Marvis Frazier, den Sohn des früheren Weltmeisters Joe Frazier, folgen wird, besiegte Holmes seinen acht Jahre jüngeren Landsmann Scott Frank.

Vor 5187 Zuschauern in einem Zelt beim Harrhas-Marina-Hotel in Atlantic City hatte Scott nie die Spur einer Chance. Als Holmes nach 1:28 Minuten in der fünften Runde das Gesicht des Herausforderers mit einer harten Rechten traf, beendete Ringrichter Tony Perez den Kampf und bewahrte den geschlagenen Scott vor weiteren Bestrafungen. Seine bisher höchste Börse von 350 000 Dollar war für den Zehnten der Weltrangliste ein Trostpflaster für die erste Niederlage seiner Laufbahn. In der Pressekonferenz meinte er auch treuherzig: „Larry hat eine Menge Geld in meine Taschen gestopft – dafür bedanke ich mich ..."

Vom ersten Gong an zeigte der 101 Kilogramm schwere Larry Holmes trotz seines bisher höchsten Kampfgewichts, wer Chef im Ring war. Lediglich gegen Ende der zweiten Runde konnte der sechs Kilogramm leichtere Frank einige Treffer landen – ansonsten mußte er den lebenden Sandsack für den Weltmeister (WBC-Version) spielen. Holmes, der seinen Titel zum 16. Mal erfolgreich verteidigte, kündigte nach seinem Sieg an, daß er nur noch gegen Marvis Frazier in den Ring steigen wolle. Danach will er in den Ruhestand treten. 44:0 lautet sein Kampfrekord, 31mal beendete der Weltmeister einen Kampf vorzeitig durch K. o. Seine Schläge waren furchtbar: Ibar Arrington vegetiert nach seiner Niederlage als Gehirngeschädigter dahin, Earnie Shavers zog sich einen komplizierten Kieferbruch zu, Tom Prater gab seine Karriere auf.

Für seinen Titelkampf in Atlantic City gegen Scott Frank erhielt Larry Holmes eine Kampfbörse von 1,5 Millionen Dollar. Das war der Lohn für einen Auftritt von knapp einer Viertelstunde. Nach dem deutlichen und erwarteten Sieg sagte Holmes: „Scott Frank ist mit seinem Boxstil wie gemalt für mich. Er kann wohl jetzt einiges über meinen linken Jab erzählen und künftige Gegner warnen." Nur, wen soll Frank warnen, wenn der Weltmeister daran denkt, noch vor Jahresende mit dem Boxsport aufzuhören...

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ..

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 5. Spieltag: Riesa – Erfurt 1:2, Frankfurt – Dynamo Berlin 4:5, Chemie Leipzig – Rostock 1:1, Karl-Marx-Stadt – Aue 2:0, Jena – Lok Leipzig 1:4, Magdeburg – Halle 6:1, Union Berlin – Dresden 0:4. – Tabellenführung: 1. Lok Leipzig 13:4/9:1, 2. Magdeburg 16:6/8:2, 3. Dynamo Berlin 16:9/8:2, 4. Dresden 10:¾:2, 5. Erfurt 10:8/6:4.

1. englische Division, 5. Spieltag: Arsenal – Liverpool 0:2, Aston – Norwich 1:0, Everton – Bromwich 0:0, Ipswich – Stoke 5:0, Leicester – Tottenham 0:3, Manchester United – Luton 2:0, Nottingham – Queens Park 3:2, Sunderland – Southampton 0:2, Watford – Notts 3:1, West Ham – Coventry 5:2, Wolverhampton – Birmingham 1:1. – Tabellenspitze: 1. West Ham 15:3 Tore, 15 Punkte, 2. Ipswich 15:3/13, 3. Manchester United 10:5/12, 4. Liverpool 6:2/11, 5. Southampton 5:1/11.

EISHOCKEY

Bundesliga, 3. Spieltag: Iserlohn – Landshut 5:1, Rosenheim – Rießersee 9:5, Mannheim – Köln 1:3, Freiburg – Kaufbeuren 5:1, Schwenningen – Düsseldorf 2:3.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 1. Spieltag: Gummersbach – Essen 13:13, Schwabing – Kiel 21:20, Dankersen – Nürnberg 31:19, Hofweier – Bergkamen 21:15, Reinickendorf – Hüttenberg 22:15, Günzburg – Großwallstadt 20:22.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, 11. Spieltag: Gruppe Nord: SW Köln – Großflottbek 4:3, Leverkusen – Hannover 1:1, Mülheim – RW Köln 0:1, Gladbach – Kahlenberg 4:1. – Gruppe Süd: Rüsselsheim – Berlin 1:1, Limburg – Frankfurt 3:1, München – Frankenthal 2:1, Stuttgart – Heidelberg 0:1. – Bundesliga, Damen, Gruppe Süd, Nachholspiele vom 5. Spieltag: Frankfurt – Stuttgarter Kickers 1:1, Hanau – RW Stuttgart 3:0.

12. Spieltag: Gruppe Nord: RW Köln – Gladbach 2:0, SW Köln – Hannover 2:2, Kahlenberg – Mülheim 2:1, Leverkusen – Großflottbek 3:2. – Gruppe Süd: Frankfurt – Berlin 3:1, Rüsselsheim – Limburg 2:1, München – Heidelberg 0:0, Frankenthal – Stuttgart 5:0.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 1. Spieltag: Jülich – Heusenstamm 9:4, Hernbornseelbach – Reutlingen 3:9, Bremen – Düsseldorf 2:9, Bad Hamm – Saarbrücken 5:9, Grenzau – Altena 9:6. – Bundesliga, Damen, 2. Spieltag: Kaiserberg – Düsseldorf 9:7, Frankfurt – Donauwörth 9:7, Kronshagen – Stuttgart 9:2. Frankfurt – Donauwörth 9:7, Ahlen – Kleve 7:9, Saarbrücken – Donauwörth 1:9, Kiel – Stuttgart 9:2.

TENNIS

Offene Meisterschaften der USA in Flushing Meadow, Damen-Einzel, Halbfinale: Navratilova (USA) – Shriver (USA) 6:2, 6:1, Evert-Lloyd (USA) – Durie (England) 6:4, 6:4. – Finale: Navratilova – Evert-Lloyd 6:1, 6:3. – Herren-Einzel, Halbfinale: Lendl (CSSR) – Arias (USA) 6:2, 7:6, 6:1, Connors – Scanlon (beide USA) 6:2, 6:3, 6:2. – Herren-Doppel, Finale: McEnroe/Fleming – Buehning/van Winitsky (alle USA) 6:3, 6:4, 6:2.

Bundesliga:, 9. Spieltag, Gruppe 1: Hamburg – Stuttgart 4:5, Neuss – Karlsruhe-Rüppur 3:6, Essen – Leverkusen 6:3. – Gruppe 2: Amberg – Berlin 5:4, Weiden – München 5:4, Großhesselohe – Mannheim 6:3.

RINGEN

Bundesliga, vierter Wettkampftag, Gruppe West: Aschaffenburg – Köllerbach 23:17, Witten – Mömbris-Königshofen 31,5:5, Aldenhoven – Schifferstadt 11:23, Goldbach – Bonn-Duisdorf 29,5:4,5. – Gruppe Süd: Halbergmoos – Freiburg-St. Georgen 8:24, Urloffen – Wiesental 20,5:18, Reilingen – Triberg 21:15, Freiburg-Haslach – Aalen 14:24.

RADSPORT

Deutsche Derny-Meisterschaft in München, 150 Runden à 285,714 Meter (42,857 km): 1. Podlesch (Berlin) 45:00,58 Min./37 Punkte, eine Rd. zur.: 2. Marx (Berlin) 35, 3. Leithof (Hannover) 26.

Deutsche Bergmeisterschaft der Amateure, Bergzeitfahren (14,5 km): 1. Schenk (Neuwied) 28:29,45, 2. Hilse (Neuwied) 29:12,52, 3. Freienstein (Nürnberg) 29:29,26; Jahreswertung um das „Grüne Band", Gesamtstand: 1. Echtermann 73 Punkte, 2. Rottler 69, 3. Wüller (Köln) 64.

SEGELN

Europameisterschaft in der olympischen Soling-Klasse vor Medemblik/Holland, siebte Wettfahrt: 1. Fogh (Kanada), 2. Farthofer (Österreich), 3. Jungblut, ... 7. Kuhweide, 8. Geis, ... 14. Hirt jun., ... 22. Koch, ... 32. Haist (alle Deutschland). – Endstand: 1. Fogh 18 Punkte, 2. Budnikow 42, 3. Nauck („DDR") 54, ... 9. Kuhweide 88.

TURNEN

Trampolin-Europameisterschaften in Burgos/Spanien: Herren-Synchron: 1. Bogatschev/Krasnoshapka 73,80, 2. Janes/Gelimbatovsky (alle UdSSR) 72,50, 3. Okoniewski/Pelka (Polen) 64,90, ... 14. Hüninghake/Schnierda (Deutschland) 26,90 Punkte. – Damen-Synchron: 1. Holmes/Thomas (England) 65,10, 2. Bludova/Tolmatsheva (UdSSR) 65,00, 3. Shotton/McDonald (England) 64,60, ... 10. Luxon/Oder (Deutschland) 30,20. – Doppel-Mini-Tramp, Herren: 1. Schwedler (Deutschland) 27,00, 2. Ballesteros 26,90, 3. Gines (beide Spanien) 24,70, 4. Hartmann (Deutschland) und Lopez (Spanien) beide 24,10, 6. Grafke (Deutschland) 23,20. – Mannschaftswertung: 1. Spanien 45,60, 2. Deutschland 44,50, 3. Portugal 40,00. – Doppel-Mini-Tramp, Damen: 1. Dreier 24,40, 2. Lehmann 23,50, 3. Bradt (alle Deutschland) und Paredes (Spanien) beide 23,00. – Trampolin, Herren: 1. Bogatschev 105,90, 2. Janes (beide UdSSR) 103,80, 3. Furrer (England) 103,60, ... 5. Pelle (Deutschland) 102,60. – Mannschaftswertung: 1. UdSSR 199,50, 2. England 190,60, 3. Spanien 188,90, ... 6. Deutschland 173,20. – Damen: 1. Holmes und Shotton (beide England) 99,40, 3. Conte (Frankreich) 97,90, .. 6. Roewe 93,10, 10. Luxon 70,40, ... 15. Oder (alle Deutschland) 58,20.

REITEN

CHIO in Calgary, Preis der Nationen: 1. USA 0,25 Fehlerpunkte, 2. Deutschland und England je 4, 4. Kanada 32,5. – Stand im Präsidentencup: 1. England 37,5 Punkte, 2. Schweiz 35, 3. Deutschland 34,5, 4. Frankreich 33.

Military-Europameisterschaft für Junge Reiter (18 bis 21 Jahre) in Burghley, Endstand Mannschaft: 1. England 276,6 Strafpunkte, 2. Frankreich 340,8, 3. Irland 391,6. – Einzelwertung: 1. Saint-Vignes (Frankreich) Jocelyn 71,6, 2. Straker (England) Running Bear 72,8, 3. Schwerdt (England) Dylan 77,6, ... 14. Ortmaring auf Polo 144,4, ... 18. Kaspareit auf Viebig 167,6, ... 22. Kirchner auf Satschu 222,0, 23. Richter (alle Deutschland) auf Nurmi 250,0.

PROFIBOXEN

Internationaler Kampfabend in Köln: Mittelgewicht: Rocchigiani (Berlin) Sieger technischer K. o. 2. Runde über Postl (Österreich), Mittelgewicht: Ringo (Belgien) unentschieden gegen Prox (Hamburg), Schwergewicht: Claßen (Düsseldorf) Punktsieger über Burton (England), Cruisergewicht: Mutti (Sambia) Sieger technischer K. o. 5. Runde über Ngatchou (Kamerun), Super-Weltergewicht: Munduga (Uganda) Sieger technischer K. o. 4. Runde über Salamone (Belgien), Halbweltergewicht (8 Runden): Weller (Pforzheim) Punktsieger über Nkalankete (Frankreich), Mittelgewicht (8 Runden): Britton (England) Punktsieger über Yilderim (Berlin).

MOTORSPORT

Europameisterschaftslauf für Motorräder in Assen, 80 ccm: 1. Spaan (Holland) Femis Spezial 24:38,54, 2. Abold (Deutschland) Zündapp 24:49,02, 3. Hejkoop (Holland) Casal 24:52,45. – EM-Stand: 1. Abold 60 Punkte, 2. Fargerie (Italien) Zündapp 36, 3. Randell (England) Kawasaki 24, 4. Engel (Stuttgart) Ziegler Spezial 21.

GALOPP

Rennen in Mülheim/Ruhr: 1. R.: 1. Ostara (A. Trybuhl), 2. Palmar, 3. Hymnos, Toto: 48, Pl. 30, 38, –, ZW: 156, DW: 412; 2. R.: 1. Aukhana (E. Schindler), 2. Aline, 3. Speldorferin, Toto: 32, Pl. 16, 16, 19, ZW: 168, DW: 844; 3. R.: 1. Marsano (M. Hofer), 2. Bajazzo, 3. Fernruf, Toto: 48, Pl. 19, 26, 15, ZW: 380, DW: 1552; 4. R.: 1. Flammensäule (E. Schindler), 2. Nice Fellow, 3. Welanus, Toto: 32, Pl. 11, 11, 12, ZW: 76, DW: 208; 5. R.: 1. Premier Lord (D. Kuhlenkamp), 2. St. Pierre, 3. Merkur, Toto: 52, Pl. 20, 15, 15, ZW: 164, DW: 376; 6. R.: 1. Wodan (G. Bocskai), 2. Daun, 3. Los Cedros, Toto: 64, Pl. 14, 12, 17, ZW: 120, DW: 240; 7. R.: 1. El Arco (G. Bocskai), 2. Kurator, 3. Agiros, Toto: 28, Pl. 11, 10, 13, ZW: 76, DW: 356; 8. R.: 1. Around (M. Werning), 2. Numerus, 3. Sandia, Toto: 28, Pl. 14, 17, 26, ZW: 148, DW: 1208; 9. R.: 1. Askari (R. Elbers), 2. Minister, 3. Frechdachs im toten Rennen, Toto: 60, Pl. 22, 22, 18, ZW: 160, DW: 1104, 1080; 10. R.: 1. Acensio (T. Potters), 2. Eisprinzessin, 3. Otranto, Toto: 84, Pl. 26, 26, 46, ZW: 596, DW: 9700.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 6, 27, 31, 41, 45, 46, Zusatzzahl: 10. – Spiel 77: 0 8 8 7 4 3 8. – Toto: Elferwette: 2, 1, 2, 1, 1, 2, 0, 1, 2, 2, 0. – Rennquintett: Rennen A: 2, 11, 13. – Rennen B: 25, 34, 32. – Glücksspirale, Endziffern: 17, 230, 6454, 89 237, 080 084, 6 415 427. – Prämienziehung: 791 134, 529 897, 080 876. (Ohne Gewähr)

BOXEN / Test mißlungen

René Weller ausgepfiffen

dpa, Köln

Für Graziano Rocchigiani (19) und Thomas Claßen (21) begann in Köln die Karriere als Profiboxer mit Siegen. René Wellers Generalprobe für einen WAA-Weltmeisterschaftskampf am 7. Oktober in Frankfurt gegen den Amerikaner James Ortega mißlang. Nur durch das Wohlwollen der Punktrichter blieb Weller auch in seinem 20. Profikampf ungeschlagen.

Die Hilfe der Punktrichter brauchte der Berliner Rechtsausleger mit dem italienischen Namen Rocchigiani, Meister der Amateure im Halbmittelgewicht, bei seinem Debüt nicht. Nach seinem Abbruchsieg über Esperno Postl in der zweiten Runde kassierte er soviel Lob wie der arme Österreicher Schläge in fünf Ringminuten. René Weller: „So schnell und variabel habe ich ihn noch nie gesehen." Wilfried Sauerland: „Ich bin überrascht, so stark hätte ich mir ihn nicht vorgestellt. Er hat eiskalt geboxt. Er ist der geborene Profi."

Den richtigen Profilschliff braucht dagegen noch der Düsseldorfer Schwergewichtler Thomas Claßen, der immerhin die Referenz zweier Siege über Peter Hussing vorweisen konnte. Der unbequeme Engländer Rocky Burton versetzte Claßen und die Zuschauer ganz und gar nicht in die richtige Stimmung. Der Punktsieg des früheren Junioren-Meisters („Ich war zu nervös") war ebenso schmeichelhaft wie das Urteil im sogenannten Hauptkampf zwischen Weller und dem in Zaire geborenen Franzosen Tek Nkalankete. Nach gescheiterten Versuchen, Europameister Lucio Cusma (Italien) zu einer Revanche in Deutschland zu bewegen, wirkt Wellers Griff nach der nur sehr matt glänzenden Krone des dritten Weltbox-Verbandes WAA doch eher wie eine Verlegenheitslösung. Einwände dieser Art läßt der Schmuckhändler aus Pforzheim natürlich nicht gelten: „Dieser Verband ist genauso anerkannt wie die WBC oder WBA. Mit dem Titel kann ich die Weltmeister der anderen Verbände fordern."

Die 1500 Zuschauer in einem Kölner Saal, in dem hauptsächlich Karnevalsveranstaltungen stattfinden, pfiffen Weller aus und sprachen von Schiebung.

LEICHTATHLETIK

Rizzi: Sein großer Kampf

dpa/sid, Sofia

Nach sieben Disziplinen (das Endergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor) lagen die Zehnkämpfer aus der Bundesrepublik Deutschland beim Europacup-Finale in Sofia in Führung. Bei den Siebenkämpferinnen führte die Mannschaft der „DDR".

Die Zehnkampf-Mannschaft ist als Titelverteidiger ohne den verletzten Weltrekordler Jürgen Hingsen (Uerdingen) nach Sofia gereist. „Wir können den Sieg auch ohne ihn wiederholen", sagte Bundestrainer Wolfgang Bergmann am Samstagabend optimistisch. Erstaunlich stark war am ersten Tag der Mannheimer Andreas Rizzi, der in den letzten zwei Monaten hauptsächlich als Sprinter zum Einsatz kam und auf das Mehrkampf-Training weitgehend verzichtet hatte. Er war nach den ersten fünf Disziplinen in der Einzelwertung Zweiter hinter dem Schweizer Stefan Niklaus. Rizzis beste Leistung: Über 400 Meter erzielte er 47,01 Sekunden.

Im Londoner Crystal Palace kam es über eine englische Meile (1609 m) zum Duell zwischen dem Weltmeister über 1500 Meter, Steve Cram, und dem Weltrekordler auf dieser Strekke, Steve Ovett. Das als Weltrekordversuch angekündigte Rennen endete mit einer mäßigen Zeit: Cram gewann den Zweikampf der beiden Engländer in 3:52,56 Minuten mit 15 Hundertstelsekunden Vorsprung vor dem 800-m-Olympiasieger. Der Meilenweltrekord steht, gehalten von Sebastian Coe (England), bei 3:47,33 Minuten.

„Ich glaube, nun habe ich bewiesen, daß ich auf der Mittelstrecke die Nummer eins in der Welt bin", sagte der 22jährige Cram, der einst das schnelle Laufen als Tempomacher bei Ovett gelernt hatte.

Die finnische Speerwurf-Weltmeisterin Tiina Lillak kam in Stuttgart zu ihrem 23. Sieg in dieser Saison. Die 22jährige Weltrekordhalterin gewann bei kühlem Wetter mit 67,46 m und blieb damit in diesem Jahr weiterhin ohne Niederlage. Hinter Tiina Lillak, die 1983 fünfzehn Wettkämpfe mit Weiten über 70 Meter bestritt, wurde Studenten-Weltmeisterin Beate Peters aus Dortmund mit 58,04 Metern Zweite.

TRAMPOLIN / Bilanz der Europameisterschaften

Den Anschluß schon verloren Tiefer Sturz der Deutschen

sid, Burgos

Die mehr als ein Jahrzehnt andauernde Überlegenheit der Trampolinturner aus der Bundesrepublik Deutschland ist bei den achten Europameisterschaften im spanischen Burgos zu Ende gegangen. Die Athleten des Deutschen Turner-Bundes (DTB) kamen lediglich in der Mannschaftswertung der Damen zu einer Silbermedaille. Noch vor zwei Jahren bei den letzten europäischen Titelkämpfen in Brighton hatte das DTB-Aufgebot in der Medaillenwertung knapp hinter den Gastgebern den zweiten Platz belegt.

„Die Leistungen unserer Turner stagnieren. Wir müssen sehr aufpassen, daß wir nicht den Anschluß verlieren", sagte Bundestrainer Paul Luxon. Zu viele seiner Schützlinge verpatzten mindestens eine ihrer Übungen. Zufrieden sein konnte der gebürtige Engländer lediglich mit dem deutschen Meister Ralf Pelle (Salzgitter), der im Rahmen seiner Möglichkeiten auf den fünften Platz kam, sowie mit dem Synchronpaar Pelle/Ralf Widra, das denselben Rang belegte.

Optisch verbessert wurde die Medaillenbilanz des DTB nur durch die Erfolge im Doppelmini, einer noch jungen Variante des herkömmlichen Trampolinturnens, an der sich jedoch nur wenige Mannschaften beteiligten. Hier machten die deutschen Turnerinnen die Medaillen unter sich aus. Die Hannoveranerin Gabi Dreier siegte vor ihrer Vereinskameradin Bettina Lehmann und Inke Bradt aus Hameln. Gold gab es auch bei den Herren durch Manfred Schwedler aus Rinteln. Hinzu kam eine Silbermedaille in der Mannschaftswertung.

Geprägt wurden die Titelkämpfe von Burgos von der dominierenden Rolle der russischen Turner sowie der englischen Turnerinnen, die alle Goldmedaillen auf dem Großgerät gewannen. Mit jeweils drei ersten Plätzen waren Igor Bogatschew aus der UdSSR und die erst 13jährige Engländerin Andrea Holmes die erfolgreichsten Teilnehmer dieser Meisterschaften.

Zwei Fernsehverfilmungen: „Hanna" und „Phönix"

Im Niemandsland des Suffs

Der Schauplatz ist eine Berliner Hotelbar vom Abend bis zum Morgen: Treffpunkt, Durchgang, Zuflucht. Ein Mikrokosmos mit eigenartigen Ritualen, Sitz- und Hackordnungen, gekonnten Auftritten und peinlichen oder auch tödlichen Abgängen. In einer Manege vergeblicher Hoffnungen und Träume verschwimmen die Grenzen von Tragik und Komik. Und in der Mitte die Barfrau Hanna als Dompteuse: Souverän regiert sie ein Niemandsland des Suffs, geht sie so ein auf jeden ihrer Gäste, daß sie Mühe hat, sich noch selbst zu finden.

Egon Günther, renommierter „DDR"-Regisseur, hat die Geschichte „Hanna von acht bis acht" für das ZDF nach einem Buch von Klaus Poche – ausgebürgerter Ostberliner Schriftsteller – inszeniert. Etliche Arbeiten Günthers waren in den vergangenen Jahren auch auf westdeutschen Bildschirmen zu sehen: so seine Fernsehverfilmung von Arnold Zweigs „Erziehung vor Verdun", seine Adaption nach Thomas Manns „*Lotte in Weimar*" mit Lilli Palmer in der Hauptrolle und Goethes „Die Leiden des jungen Werther". 1979 schließlich hatte er für den WDR – von der „DDR"-Regierung beurlaubt – Lion Feuchtwangers Roman „Exil" in einem Siebenteiler verfilmt.

Hanna von acht bis acht – ZDF, 21.20 Uhr

Egon Günther zu seinem jüngsten Werk: „Mir ist, als hätte der Film ‚Hanna' eine Mitte, und mir ist, ich hätte den Film immerzu auf diese Mitte hin inszeniert. Wo man auch anfängt, den Film jemandem zu erzählen, der ihn nicht gesehen hat, stets würde ich sagen: ... und dann roch einer, erahnte einer, kriegte es raus, was da in der Luft herumschwirrte und alle versehrt hat, beleidigt hat, gedemütigt hat, geängstigt hat, ihnen Wut macht und Mut macht ..."

Der ungefähr 40jährigen Hanna leiht die „DDR"-Beurlaubte" Angelica Domröse ihr ausdrucksstarkes Gesicht, und um sie herum agiert eine beträchtliche Anzahl wohlbekannter Darsteller, wie Walter Schmidinger, Wolfgang Büttner, Karl Michael Vogler, Udo Vioff und andere.

*

„Phönix an der Ecke" heißt der Titel eines Films, den Regisseur Peter Patzak im Auftrag des Österreichischen Fernsehens (ORF) und des NDR in Wien gedreht hat. Das „Phönix" ist ein Kino, in dem Felix als Filmvorführer arbeitet. Und von ihm handelt auch die Geschichte, die einer aussichtslosen Liebe, im wesentlichen jedoch eine über Isolation und Einsamkeit. So etwas wie ein Psychokrimi, in dem der Täter aber nicht faßbar, da abstrakt ist: das Medium Bild, das in all seinen Erscheinungsformen das gesprochene und das geschriebene Wort ersetzt hat.

Regisseur Patzak – er hat unter anderem die vieldiskutierte Krimi-Persiflage „Kottan" in Szene gesetzt und war 1978 mit seiner Verfilmung des Walser-Romans „Das Einhorn" bei der Kritik total durchgefallen – zur Gestalt des Felix: „Bei meiner Hauptfigur ist es so, daß sie auf Reize anders reagiert als vielleicht der normale Mensch ... Zweifellos hat diese Figur autistische Züge – sie verinnerlicht, drängt die Außenwelt weg, arbeitet mit ihrer Phantasie, mit ihrem Inneren so weiter, daß sie, wenn ihr äußere Reize abrupt entzogen werden, das gar nicht bemerkt." DW.

Phönix an der Ecke – ARD, 23.00 Uhr

KRITIK

Wo blieb der Kommentar?

Jungen Menschen, die sich zugunsten der Dritten Welt engagieren, tritt man wohl zu nahe, wenn man *den Verdacht äußert, daß bei ihrer* fernsten Liebe die Liebe zum Menschen im unmittelbaren Umkreis oftmals zu kurz käme. Und dennoch – bei der ZDF-Übertragung aus Wien ***„Der Papst in Österreich"*** *ließ einen* der Gedanke nicht los: Da engagieren sich im Wiener Prater-Stadion junge Katholiken für eine natürliche Umwelt, für eine humane Arbeitsgesell*schaft, für den Frieden und die Dritte* Welt. Und dies alles geschieht bei geschickter Dramaturgie und Regie unter Aufwand von wirkungsvollen Licht- und Geräuscheffekten mit *Sprechtexten, die in verteilten Rollen* in Anwesenheit des Papstes vorgetragen wurden.

Alles sehr schön und gut. Doch wurde kein Wort zugunsten des türkischen Händlers und des türkischen Gastarbeiters gesprochen. Dies hätte österreichischen Katholiken doch gut angestanden – zum 300. Jahrestag der Türkenbelagerung Wiens ausdrücklich zu betonen: Auch der muslimische Feind von vorgestern ist mein Nächster – genauso wie die anwesenden Folk-Sänger aus Nordirland oder aus Polen. Doch einmal *wurde eine ethnische Wunde des* heutigen Österreich sichtbar: als eine Repräsentantin der slowenischen Minderheit ausdrücklich die kulturelle Diskriminierung ihrer Volks*gruppe beklagte. Hier ließen aller*dings die kommentierenden Mainzelmänner das TV-Publikum völlig im Stich. Keine Erklärung gab es dafür, welchen Mißstand das junge Mäd*chen mit ganz wenigen Worten* umschrieb.

Am eindrucksvollsten bei der Übertragung der **„Europa-Vesper"** (ARD) auf dem Wiener Heldenplatz war wohl der Auftritt des Krakauer Erzbischofs, der nicht nur Asche aus Auschwitz überreichte, sondern zudem noch an die heutige Not seines Landes erinnerte. Ganz im Hinter*grund sah man „Solidarnosc"-Trans*parente. Schade, daß sie nicht näher ins Bild kamen. Schade auch, daß die Übertragung mitten in der Papstansprache ausschaltete.

GISELHER SCHMIDT

STUDIO

Der Bayerische Rundfunk (BR) und sein gekündigter **Hauptabteilungsleiter Franz Schönhuber** haben sich geeinigt. Beide Parteien stimmten in dem Rechtsstreit dem Vergleichsvorschlag des Landesarbeitsgerichts vom 29. Juli 1983 zu, der unter anderem eine hohe Abfindung von 180 000 Mark vorsieht. Der von seinem Arbeitgeber am 29. April 1982 fristlos wie auch ordentlich entlassene Schönhuber war im Zusammenhang mit seinem umstrittenen Bekenntnis zur Waffen-SS im seinem Buch „Ich war dabei" aus seiner Position entfernt worden. In der ersten Instanz noch hatte der Münchner Sender *einen Vergleich platzen* lassen, der damals eine Abfindung von 135 600 Mark vorsah.

Der gerichtliche Vergleichsvorschlag sieht eine einvernehmliche Beendigung des Arbeitsverhältnisses zum 30. Juni 1983 vor, teilte Justitiar Albert Scharf am Samstag in München mit. Dieses entspreche dem Zeitpunkt, den der Sender mit seiner ordentlichen Kündigung angestrebt habe. Auch der Vergleichsvorschlag des Gerichts sei davon ausgegangen, daß dem BR nicht zuzumuten sei, Franz Schönhuber weiter zu beschäftigen. Schönhuber behalte nun auch seinen Anspruch auf Altersversorgung, „wie er ihm aufgrund seiner langjährigen Mitarbeit nicht zu verweigern war". Bei dieser Regelung „in gegenseitigem Einvernehmen" verzichtet Schönhuber auf seine frühere Forderung, von seinem früheren Sender eine Art Ehrenerklärung zu verlangen, die dieser als Nachricht hätte verbreiten müssen. (dpa)

*

Prominente werden im ZDF-Programm zwischen Ende Oktober und Mitte Dezember zum Tagesausklang jeweils **Bibeltexte** lesen und erläutern. Für diesen Beitrag zum Luther-Jahr habe die evangelische Kirchenredaktion des ZDF spontane Zusagen – von Katja Ebstein bis Veronika Carstens, von Franz Alt bis Philipp Rosenthal – erhalten, teilte der Sender in Mainz mit.







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
Nur über die Sender HR/WDR
10.00 heute
10.03 Unsere schönsten Jahre
6. Folge: Man is halt überall a bissl ungern ...
10.50 Erkennen Sie die Melodie?
11.35 Internationale Tennis-Meisterschaften der USA
Finale Herren-Einzel
12.10 Das Kreuz unter Hammer und Sichel
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Jeder hat sein Nest im Kopf
Wiederbegegnung mit Saarlouis
Film von Alfred Gulden
17.20 Trotzkopf
8teilige Serie nach Else Wildhagen
7. Teil: Trennung
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Der Entsatz von Wien
Fernsehfilm von Lucyna Smolinska
Mit Jerry Binczycki, Anna Dymna, Emil Korewitz, u. a.
Regie: Mieczyslaw Sroka
„... solltet Ihr aber halsstarrig sein und Widerstand leisten, ... so wird keinem einzigen Gnade oder Pardon gewährt." Diese Drohung übermittelte Kara Mustafa *1683 den Wiener Bürgern. In Wien* brach eine Panik aus. Der Kaiser wurde genötigt, die Stadt zu verlassen. Am 14. Juli 1683 begann die direkte Belagerung Wiens. Noch war die Stadt ausreichend mit Vorräten und Munition versorgt. *Während um Wien der Kampf tob*te, rief Kaiser Leopold von Passau aus seine Verbündeten zu Hilfe. In Wien herrschte mittlerweile große Not und die Lage war hoffnungslos, als am 11. September das Entsatzheer den Kahlenberg erreicht. Am nächsten Tag gelang es dem vereinigten Heer unter Polen-König Jan III. Sobieski die Türken in die Flucht zu schlagen.
21.45 Ein Münchner in New York (5)
23.00 Phönix an der Ecke
Fernsehspiel von Peter Patzak
00.30 Tagesschau

ZDF

15.57 ZDF – Ihr Programm
16.00 heute
16.04 Musik und Technik
7. Folge Elektronische Musik
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Die Netti aus der Stallburggasse
Was war los im März 1848?
Kinder entdecken Geschichte in Wien
Dreiteiliger Fernsehfilm
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Die Straßen von San Francisco
Kein Fall für Jim Martin
Dazw.: heute-Schlagzeilen
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Vorsicht – Musik!
Hits mit Witz
Vorgestellt von Frank Zander
20.15 Kinder Kinder
Hauptsache sie tun was
Von Ute Wagner-Oswald
21.00 heute-journal
21.20 Hanna von acht bis acht
Fernsehspiel von Klaus Poche
22.55 Objektiv oder einseitig
Wie parteilich dürfen Journalisten sein?
Eine Diskussion mit Reinhard Appel, Chefredakteur ZDF, Günter Gaus, Publizist, Werner Holzer, Chefredakteur Frankfurter Rundschau, Luc Jochimsen, Panorama NDR, Peter Scholl-Latour, Chefredakteur Stern
Moderation: Ruprecht Eser und Horst Schättle
(Aufzeichnung vom 9. September 1983 auf der Internationalen Funk*ausstellung in Berlin)*
00.10 heute



Angelica Domröse, Nikolaus Paryla, Horst Sachtleben und Gert Günther Hoffmann (v. l. n. r.) in dem Fernsehspiel „Hanna von acht bis acht", um 21.20 Uhr im ZDF FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Berufsorientierung
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
Treffpunkt Dritte Welt
21.45 Das braune Gold, das nicht mehr glänzt
Von Alfred Thorwart
22.15 Trauer muß Elektra tragen (2)
Schauspiel von Eugene O'Neill
Mit Karl Michael Vogler, Andrea Jonasson u. a.
Regie: Peter Beauvais
23.50 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

18.00 Deutsche Puppenbühnen
18.30 Die Leute vom Domplatz (11)
19.00 Zeugen – Aussagen (1)
Überlebende berichten aus Auschwitz
Anschl.:
Alfred Brendel spielt
Franz Schubert
Sonate G-Dur op. 78
20.00 Tagesschau
20.15 Kamera: Richard Angst
21.15 Projektionen '83
Eifersucht von Thomas Schadt und Ernst August Zuborn / Ein Bild von Harun Farocki / The mystery spot von Ernie Gehr
22.30 Tibets Rückkehr zu den Göttern
23.00 Letzte Nachrichten
23.05 *Dallas*
Vergeltung

SÜDWEST

Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 *Bonanza*
Die Rückkehr
20.15 Coca-colonialisiert
Eine Odyssee durch die Welt von Coca-Cola
21.20 Flash Gordons Flug zum Mars
US-Filmserial (1939)
Der lebendige Tote
21.35 Jazz am Montagabend
Mit dem United Jazz + Rock Ensemble

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Ein Walzer mit Dir
Deutscher Spielfilm (1943)
Mit Lizzi Waldmüller, Albert Matterstock, Grethe Weiser u. a.
Regie: Hubert Marischka
20.30 Karl Valentin und Liesl Karlstadt
Beim Nervenarzt
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Sonnenhaus
Tagebuch eines architektonischen Abenteurers
22.50 Ein gründlich motivierter Tod
Amerikan. Kriminalfilm
00.00 Rundschau

Ein pflichterfülltes Leben ist nach langem Leiden zu Ende gegangen.

Erich Schneider

* 2. 10. 1905 † 3. 9. 1983

Wir nehmen in Liebe und Dankbarkeit Abschied.

Anneliese Schneider geb. Schneider
Klaus-Dieter Schneider
Kriemhild Schneider geb. Bruns
Dr. Frank Schneider-Sickert
Dr. Gitta Schneider-Sickert geb. Bronkowski
Christian und Julie-Katharina

Ernst-August-Straße 20, 2000 Hamburg 52

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Im Sinne des Verstorbenen wäre anstelle freundlich zugedachter Kränze und Blumen eine Unterstützung der Rehabilitationsstätte Lehmrade (Genesendenhilfe e. V., Kto.-Nr. 1214/120915 – Hamburger Sparkasse).

Statt Karten

Am 9. September 1983 starb im 87. Lebensjahr unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante, Groß- und Urgroßtante

Ilse Dorothea Pippow
geb. Zakowski

Sie folgte nach 25 Jahren ihrem geliebten Mann in den ewigen Frieden.

Im Namen aller Angehörigen
Waltraut Jonas-Corrieri geb. Zakowski
Wolfgang Zakowski

4973 Vlotho, Steinstraße 13
7750 Konstanz, Wallgutstraße 28

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 13. 9. 1983, um 11 Uhr in der Kapelle des Waldfriedhofes „Am Obernberg" in Bad Salzuflen statt.

Im Sinne der Verstorbenen bitten wir statt Blumen um eine Spende an die Rote-Kreuz-Klinik Sophienhaus, auf das Konto Nr. 26 500 Städt. Sparkasse Bad Salzuflen (BLZ 494 512 10) Stichwort: Ilse Dorothea Pippow.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Friedr. W. Heering, Essen: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch.

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

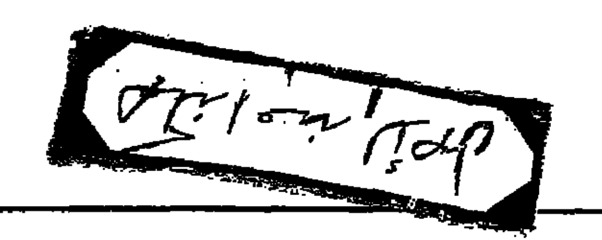
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Pankraz, Zettels Traum und der rosa Teddybär

Am Wochenende gab es in Frankfurt ein Familientreffen. Die Überlebenden und Schüler der „Kritischen Theorie" versammelten sich in der Universität, um mit Vorträgen und Diskussionen ihres Ziehvaters Theodor W. Adorno zu gedenken, der gestern achtzig Jahre alt geworden wäre. Alles war wohlvorbereitet und fein organisiert, und am Ende kam es sogar zu einer städtischen Feier in der Paulskirche mit der Verleihung des „Theodor-W.-Adorno-Preises" an Günter Anders. Dennoch wirkte das Ganze eigentümlich vorgestrig und verstaubt. Die Reden der Beteiligten klangen, als würden sie in hohlen Fässern gehalten, und die Konklusionen und Postulate verwehten im Wind wie die Girlanden einer Schillerfeier von 1905.

Für diejenigen, die – wie Pankraz – seinerzeit vor Ort die Hochblüte der „Kritischen Theorie" miterlebt haben, war es ein Schock. Sicherlich, Theorien veralten, und noch schneller veralten Gesten, Attitüden und Redeweisen. Daß aber die Gesten und Redeweisen des Theodor Wiesengrund-Adorno in so kurzer Zeit so gründlich veralten würden, wie es jetzt in Frankfurt (unfreiwillig) demonstriert wurde, ist doch eine Überraschung. Nichts von dem, was der Meister der „negativen Dialektik" gesagt und geschrieben hat, interessiert offenbar mehr, und sein einst viel bewunderter und nachgeahmter Stil, das berühmte „Adornieren", klingt nur noch nach Papier und reizt zum Lächeln.

Wohin sind die Zeiten, da die Adepten scharenweise in die Sendehalle des Hessischen Rundfunks zogen, um voller Ehrfurcht einem Adornokonzert beizuwohnen? Adorno spielte da meistens am Piano, begleitet von einer Geigerin, Pièces von Schönberg und Webern, um dann auf seine eigenen Sachen zu kommen, und die Schüler im Parkett lasen eifrig in der mitgebrachten Partitur und brachen am Ende in einen irren Beifall aus, in dem der Meister badete wie nur irgendein Paganini. In der Rückschau bemerkt man das grell Karikaturhafte des Vorgangs, den schlimmen Byzantinismus, der ja leider auch anderwärts stets um diesen Haupturheber des „kritischen Bewußtseins" waberte.

Nirgendwo ging es weniger kritisch zu als in den Seminaren der Frankfurter Schule, und es war vor allem Adorno, der jede Kritik niederwalzte und den Kritisierenden, falls der ungeschützt war, der Lächerlichkeit preisgab. Während Horkheimer im allgemeinen großbürgerliche Bonhomie verbreitete, kannte Wiesengrund nicht das geringste Mitleid mit den Kleinen, die sich schüchtern mit kritischen Anfragen hervorwagten – es sei denn, sie hatten einen „Paten", auf den es Rücksicht zu nehmen galt. Über Pankraz schien damals beispielsweise die Gnadensonne Carlo Schmids, und so konnte er sich mehr herausnehmen als ein gewöhnlicher Seminarteilnehmer.

So widerlich und gemein später auch die Aktionen der „Kulturrevolutionäre" gegen Vorlesung und Seminar Adornos waren – man muß doch sagen, daß sie in einem bestimmten Sinne „verdient" waren und nicht unerwartet kamen. Sie bildeten das deckungsgleiche Echo auf die Exzesse des vorangegangenen Byzantinismus, wie ja auch der große, rosarote Teddybär, den einige blonde Vorlesungsstörerinnen ihrem „Teddy" auf dem Katheder überreichten, seinen Sinn und seine Ereignislogik hatte. Das „kritische Bewußtsein" erfuhr an sich selbst zuerst, was die Konsequenz einer bodenlosen, jeden Systemversuch und jede Institution leugnenden Kritizismus ist: der ganz und gar theorielose, „nackte" Terror, die dröhnende Primitivität, die natürlich für einen so gegen sich selbst empfindlichen, im Grunde ängstlichen und höchst verletzlichen Mann wie Adorno tödlich sein mußte.

Was ihm heute posthum widerfährt, erscheint nicht weniger verdient und geschichtslogisch. Die Edition seiner gesammelten Werke geschieht vorbildlich, und auf wichtigen Lehrstühlen sitzen seine ehemaligen Seminarteilnehmer und verbreiten unverdrossen „kritische Theorie". Aber die Verbindung zur „Praxis" ist total abgeschnitten, man fuchtelt im luftleeren Raum, produziert Seminarscheine und ist im übrigen nicht einmal mehr in der Lage, wenigstens den Gang des „autonomen", sich selbst bespiegelnden Geistes exakt aufzuzeichnen. Ein Spätwerk der „Kritischen Theorie" wie die „Theorie des kommunikativen Handelns" von Habermas, sagt der Adept Michael Rutschky, „ähnelt eher Zettels Traum als der Phänomenologie des Geistes".

Zettels Traum – das hätte auch über den Adornofeiern vom Wochenende stehen können. Man hakte ab und ordnete ein: Adorno als Materialist und als kritischer Rationalist, Adorno als Modernist und Konstrukteur der „Antinomien der modernen Kunst", Adorno als Empirist und Kritiker des plumpen, „makrologischen" Empirismus in der Soziologie, Adorno als er selbst und Gegenteil seiner selbst. So etwas kann man selbstverständlich machen, und man mag sich dabei sogar noch besonders „dialektisch" vorkommen. Am Ende führt solche Dialektik freilich nur in die Sackgasse vollkommener Unverbindlichkeit, und ein Werk, das derart dialektisch durchgearbeitet wird, strahlt nur noch den Charme eines monumentalen Zettelkastens aus. Alles kann sein und kann auch nicht sein. Es geht uns jedenfalls nichts mehr an. Uns fehlt nichts, wenn wir es ignorieren.

So kann es nicht wundernehmen, daß immer mehr Vertreter der „kritischen Theorie", nicht zuletzt Jürgen Habermas im Namen Adornos, einfach die Augen zumachen und in die „Lebenswelt" abspringen. Theoretisch ist dieser Absprung nicht mehr zu vermitteln. Er ist ein bloßes modisches Aussteigen aus der Theorie und desavouiert sie noch mehr als alle Institutsbesetzungen und rosaroten Teddybären zusammengenommen.

Pankraz

Krefeld zeigt Textilkunst aus Nordamerika

Eskimo wollen's wissen

Es ist wohl Zufall, daß sich gleichzeitig zwei Krefelder Museen nordamerikanischer Textilkunst zuwandten. Daraus ergeben sich für den Betrachter interessante Anknüpfungspunkte und Vergleichsmöglichkeiten, obwohl es sich um zwei sehr unterschiedliche Genres handelt: Im Haus Esters sind „Amerikanische Quilts" zu sehen, im Textilmuseum mit „Canada Mikrokosma", Tapisserien zeitgenössischer Künstler.

Solche nationalen Repräsentationen werfen vor allem die Frage nach dem nationalen Stil dieser Kunst auf. Bei der Volkskunst fällt die Antwort nicht schwer. Obwohl sie auf englische Ursprünge zurückgehen, entwickelten sich die Quilts zu einer typisch amerikanischen Volkskunstform. Das hat zwei Ursprünge. Zum einen zwang das Verbot des Mutterlandes England, in der Kolonie Amerika eine eigene Textilfabrikation aufzubauen, die Siedler dazu, mit Stoffen und Stoffresten sparsam umzugehen. So entstand der „Pieced Quilt", der sich aus vielen kleinen Stoffstücken zusammensetzt. Zum anderen entwickelte sich besonders unter den Amish People der Brauch, die großen Bettdecken zuerst zurückhaltend, später auch farbenfreudiger mit großen Stoffresten zu verzieren. Neben den „Pieced Quilts" fertigten sie oft auch „Appliqué Quilts", bei denen das Muster auf einen dunklen Untergrund aufgenäht wurde.

Zur Wirkung der Quilts gehört ganz wesentlich – was bei Abbildungen nur selten zu erkennen ist –, daß zusätzlich auf die einzelnen Stoffstücke oder auch das Muster überspannend Ornamente aufgesteppt wurden. Für diese Stepptechnik findet sich auch im Textilmuseum ein Beispiel. Joyce Wieland liniert mit Steppstichen zuerst eine weiße Baumwolldecke, um dann mit rotem Faden darauf ein Gedicht zu sticken. Allerdings wird das alles in einen Plexiglaskasten verbannt und zum reinen Schauobjekt. Zur Applikation, wenngleich anders als bei den Appliqué Quilts, greifen Wendy Toogood, die aus farbkräftigen Stoffstücken auf weißem Untergrund einen zweiteiligen abstrakten Wandbehang arbeitet, und der Eskimo Jessie Oonark, der auf rotem Untergrund mit Menschen und Tieren in Braun, Blau und Gelb traditionelle Formen seines Volkes wiederaufleben läßt.

Das ist die einzige Arbeit, bei der Anklänge eines autochthonen Stils zu finden sind. Sonst huldigen die Kanadier dem „internationalen Stil", wie er sich am deutlichsten bei den Tapisserie-Biennalen in Lausanne manifestiert, wo die Kanadier in den letzten Jahren auch regelmäßig vertreten waren. Außerdem mag eine Rolle spielen, daß von den 22 Künstlern nur 15 in Kanada geboren wurden. Die anderen stammen aus China, Japan, Holland, England, Finnland, Österreich und Deutschland. Und es sind auch nur die in Kassel geborene Ursula Matrosovs und die Finnin Kaija Sanelma Harris, die gewirkte Wandteppiche klassischer Art, jedoch mit abstrakten Mustern in wohlabgewogenen Farbkombinationen ausstellen. Sonst drängen sich hier die textilen Gebilde in den Raum, hängen als Baldachin von der Decke oder schlängeln sich wie ein überdimensioniertes Schuhband über den Boden. Es ist – ganz wörtlich – eine bunte Schau, ohne künstlerische Überraschungen, aber nicht ohne Reiz (Quilts: Bis 23. Okt.; Katalog: 28 Mark; Canada: Bis 20. Nov., Katalog: 7 Mark).

PETER DITTMAR

Der Goldene Löwe ging an Jean-Luc Godard – Abschlußbericht von den 40. Filmfestspielen in Venedig

Zum Bankeinbruch auf in den Kampf



Enttäuschte auf der ganzen Linie: Szene mit Hanna Schygulla aus Andrzej Wajdas Film „Eine Liebe in Deutschland", der für die Bundesrepublik lief. FOTO DIE WELT

Wollte man ein Motto finden für die 40. Biennale von Venedig, es könnte lauten: Auf der Suche nach der verlorenen Zeit. Fast alle Filme, die sich um den Goldenen Löwen bewarben, beschworen die Vergangenheit herauf, lehnten sich an Chroniken oder Tagebücher an oder tauchten tief hinein in historische oder individuelle Erinnerung.

Da nimmt es nicht wunder, daß Kinderstars den erwachsenen Mimen oft genug die Schau stahlen, so etwa der kleine Held des australischen Films „Vorsicht, er könnte dich hören" von Carl Schultz. Der sechsjährige Waisenknabe wird im Sydney der dreißiger Jahre hin- und hergerissen zwischen zwei Schwestern, die sich um das Sorgerecht für ihn streiten, in Wirklichkeit aber nur einen Prellbock für ihre eigenen Probleme suchen. Trotzdem gelingt es dem Kleinen, seinen Weg zu finden. Dieser in nostalgisch schönen Bildern schwelgende, rührselige Film hat alle Chancen, ein Kinobestseller zu werden.

Weder die Gnade des großen Publikums noch den Zuspruch der Kritiker wird dagegen der neue Wajdafilm finden. Der Pole trat mit der Hochhuth-Verfilmung „Eine Liebe in Deutschland" für die Bundesrepublik an. Er hat den Roman zwar von theoretisch-intellektuellem Ballast befreit und auf seinen sinnlichen Kern reduziert: auf eine große, verbotene Leidenschaft im Jahre 1941. Aber die Sache geht trotzdem verheerend schief.

Eine Gemüsehändlerin aus Brombach verfällt einem jungen polnischen Zwangsarbeiter. Man denunziert die beiden, der Pole wird gehängt, sein „Liebchen" interniert. Wajda nimmt dieser bitteren Geschichte alle Dramatik, indem er sie zu einem öffentlichen, lauten Spektakel macht, über den sich das ganze Dorf das Maul zerreißt. Verwundert fragt man sich, weshalb die Gestapo so spät zuschlägt. Hanna Schygulla als Darstellerin des Mädchens wirkt zudem völlig unglaubhaft, weder erotisch noch innig, sondern nur quäkend und nervtötend. Das Ganze ist ein schrecklicher Irrtum, und da hilft auch nicht, daß Wajda das süddeutsche Ambiente einigermaßen stimmig einfängt.

Allenfalls für eingefleischte Cineasten zu genießen war der Film von Alexander Kluge „Die Macht der Gefühle". Er meditiert darüber, wie wir mit unseren Gefühlen im Alltag umgehen, wie sie mißbraucht und wie sie in Oper und Film übersetzt werden. Zitate wechseln mit knappen Spielszenen. Die einzelnen Fragmente sind geschickt gerahmt und zusammengebosselt. Mit Kino hat das alles kaum noch etwas zu tun.

Godard zerlegt seinen Film „Vorname: Carmen", der – etwas überraschend – den großen Preis gewann, ebenfalls in kleine Teile, aber er läßt doch durchaus noch eine Handlung erkennen. Ein Mädchen, eben Carmen, bittet ihren Onkel, einen düster wirkenden Filmregisseur, der im Krankenhaus liegt, um dessen Wohnung, um dort mit ihrem Team einen Dokumentarstreifen zu drehen. Vorab aber erleben wir die jungen Leute erst einmal bei einem Bankeinbruch, mit dem sie das Geld für den Film zusammenbringen wollen. Mit einem der Wachposten, der sich sofort in sie verliebt, flüchtet Carmen dann ins Haus des Onkels, läßt den Liebhaber aber schon bald wieder schnöde fallen. Der erschießt sie in der vornehmen Halle des Pariser Interconti. Godard hat die wüste Story mit Streichquartetten von Beethoven durchsetzt, wohl um die Carmen dem Bizet zu entfremden. Er selbst tritt in der Rolle des depressiven Regisseurs im Krankenbett auf. Das Ganze ist ein Fest für Insider, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier die Jury Kollegenrabatt gegeben hat.

Nur einen technischen Spezialpreis erhielt der Film des Tschechen Jakubisko, „Die tausendjährige Biene", dem unsere Sympathie gehört. Ein Film mit Pfeffer und Humor, der den Zuschauer drei Stunden lang auf Trab zu halten weiß. Es geht um eine slowakische Bauern- und Bienenzüchterfamilie in den letzten Jahrzehnten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Individuelle Schicksale spiegeln eine sich wandelnde Zeit. In Jakubiskos Opus ist der Regen golden, rosa oder giftig grün, der Schnee kann Früchte tragen, und die alte Bienenkönigin, rot glühend und riesig groß, rät ihrem Herrn, die Familie zu erweitern wie die Bienen ihren Stock. Es wird folglich viel geliebt: In Ställen, im Mehl der alten Mühle und hinter verschwiegenen Alkoven.

Eine Überraschung im Nebenwettbewerb „Venezia Giovani" war der Erstling „Staub des Imperiums" des 35jährigen Vietnamesen Lam-Le, der seine Ausbildung in Frankreich erhielt. Er drehte seinen poetischen, phantasievollen Film in Vietnam und Paris. Ein Fixstern fällt auf die Erde, und sein Staub wird zu jenem „Stein der Erwartung", an dem ein Guerillero im französisch-indonesischen Krieg seiner Frau ein Rendezvous geben will. Aber die Botschaft erreicht die Frau durch Zufall erst zwanzig Jahre später. Da lebt sie schon in Paris, geht aber nun in ihre Heimat zurück. Ähnlich poetisch war im Hauptwettbewerb „Rue des Cases Negres", der dort mehrmals prämiert wurde.

Zwei Filmereignisse gab es am Rande der Biennale. Ingmar Bergman präsentierte die vollständige, fast sechsstündige Fernseh-Fassung von „Fanny und Alexander" außer Konkurrenz. Er schildert aus der Sicht des zehnjährigen Alexander eine schwedische Kindheit zu Beginn des Jahrhunderts. Alle seine früheren Obsessionen hat Bergman in dieses eindrucksvolle Werk gepackt, das sich wie die Summa seines Lebens liest. Ein anderer Gigant des Kinos, Federico Fellini, zeigte sein neues Opus „Und das Schiff fährt dahin", ebenfalls außer Konkurrenz. Es ist die Geschichte einer Seereise kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Auf einem Luxusliner trifft ein ganzes Arsenal kauziger Typen von bestechendem Charme zusammen: Poeten, Musiker, Opern-Diven und österreichisch-ungarischer Hochadel. Es gibt manche Orchester-Probe, ein Rhinozeros ist im Maschinenraum versteckt, aber auch ein revolutionäres Häuflein serbischer Anarchisten, die das Schiff schließlich in die Luft sprengen. Doch der clowneske Journalist, der an Bord den Zeremonienmeister gemacht hatte, versichert uns, am Ruder eines kleinen Rettungsbootes kauernd, daß die meisten Passagiere überlebten.

DORIS BLUM

Berlin: A. Brendel spielt „Die großen Fünf"

Glanz mit Ludwig van

In Berlin, im Rahmen der Festwochen, hat Alfred Brendel sein Beethoven-Marathon der vergangenen Saison, den zyklischen (und exemplarischen) Vortrag der 32 Klaviersonaten, aufs Imponierendste fortgeführt. Als gewaltige Nachlieferung spielte er an zwei Abenden in der Philharmonie die fünf Klavierkonzerte des Meisters, gestützt dabei auf die Philharmoniker unter der zunächst angefochtenen, später sich glücklich stabilisierenden Leitung von Dennis Russell Davies.

Brendels Hang zum Großen und Ganzen erwies sich wiederum als Publikumsmagnet. Er ist aber auch tatsächlich einer der Eifervollsten unter den hochgeschätzten Pianisten von Rang. Er begann den Zyklus mit dem 2. Konzert, das ja in der Reihenfolge der Niederschrift in Wahrheit das erste ist, schloß das G-Dur-Konzert (Beethovens viertes) an und beschloß den Abend mit dem ersten in wahrhaft majestätischer, aber immer wieder auch angekicherter Pracht. Das 3. und 5. Konzert waren der Fortsetzung vorbehalten.

Das ist das Faszinierende an Brendel: Er ist ein Interpret, der selbst noch aus der traditionellen Fröhlichkeit eines Rondo Geschehnisse herausgespenstert, die Bühnencharakter tragen. Es kommt zu Dialogen aus Noten, in denen die Bässe plötzlich bramarbasieren wie weiland der Capitano der Commedia dell'arte. Antwort gibt ihnen der Diskant in ausgelassenem Figurationsgehüpf. Unter seinen griffsicheren Händen verwandeln sich die Konzertsätze mitunter zu Dramen (oder Komödien) und steigern sich zu einer Anschaulichkeit, die weit über den bloß musikalischen Ablauf hinauszugreifen versucht.

Brendel betet Notentexte nicht nach. Er hält ihnen großartig, kühlen Kopfes, aber durchaus nicht kühlen Herzens die Treue, aber er kriecht vor ihnen niemals zu Kreuz. Er klopft sie nuancenreich ab auf ihr kontrastreiches Innenleben, ohne sich darüber je ins Kleinkrämerische oder in Interessantmacherei zu verlieren. Brendel nimmt Beethoven wichtig, nicht sich selbst. Das entscheidende Glück für den Hörer wiederum aber besteht darin, daß Brendel nun einmal ein wichtiger Pianist ist, der spielend etwas zu sagen hat über das, was er spielt. Das gelingt nur den wenigsten.

Eine besondere Lust war es überdies, dem Vortrag der Kadenzen zu lauschen. Ihr reiner Funktionscharakter, auch die Schaustellung der Virtuosität in ihnen, wird von Brendel schlankweg beiseite geschoben. Statt dessen setzt eine Ausdrucksübung ein, die man als musikalisches Psychologisieren bezeichnen könnte, ein Räsonieren auch über die musikalischen Schicksalsverläufe innerhalb der Konzertsätze.

Wie Brendel etwa die Riesenkadenz im ersten Satz des C-Dur-Konzerts zum Anlaß einer Ausforschung des musikalischen Materials machte, wurde am zweiten Abend im festlichen Es-Dur-Konzert plötzlich in die Mechanik fahlen Tickens von Spieluhrcharakter hinüberglitt: Er machte seinen Vortrag, Beethoven kraftvoll feiernd, zu einer Fundgrube des Entzückens wie neuen Bedenkens.

KLAUS GEITEL

Nach den Sonaten nun alle Klavierkonzerte: Alfred Brendel in Berlin FOTO: KÖVESDI

Brühler Schloßkonzerte: Händels Alexanderfest

Ein richtiges Feuerwerk

Vielleicht waren es die beschworenen antiken Götter gewesen, die mit sich hatten reden lassen. Der Deus ex machina als Ansprechpartner in Sachen Wetter. Als jedenfalls am Samstag im Schloß Augustusburg die Geburtstagsfeier mit der Freilichtaufführung von Händels „Alexanderfest" gekrönt wurde, war der Nachthimmel über Brühl zwar kühl, aber für zweieinhalb Stunden fast leergefegt zwischen den Schauern. Das Himmelsgeschenk für ein Vierteljahrhundert Brühler Schloßkonzerte in Balthasar Neumanns berühmtem Treppenhaus, und vermutlich nicht ohne Zutun der heiligen Cäcilie zustandegekommen, die Dryden und Händel ja so kühn mitmischen lassen im antiken Spiel.

Um die Macht der Musik ging es beiden in der großen Cäcilien-Ode, dargestellt im Fest, das nach Plutarch Alexander der Große nach der Eroberung von Persepolis gab. Der Ort hätte in der Tat nicht trefflicher gewählt werden können: Eine eigens von Toni Businger in den Spiegelweiher des Parks gebaute Bühne mit Treppchen und Brüstungen, hinter der sich für den Zuschauer die prächtige Barockfassade des Schlosses als spielbezogener Prospekt auftat. Die Idee ist nicht neu, aber immer wieder überwältigend: Barockes Schloß und barocker Park, selbst schon der Natur als Inszenierung entgegengesetzt, als mitspielendes Ambiente eines theatralischen Spektakels.

Ein fürstliches Schauspiel im Wortsinne. Kurfürst Clemens August genießt in seinem Park eine Theateraufführung, an der er, wie damals üblich, sich mit seiner Hofgesellschaft aktiv beteiligte. Claus Helmut Drese inszenierte eine barocke Rapresentatione, die gewiß nicht illegetim Händels konzertante Ode eine szenische Einrichtung überstülpte. Auf der szenischen Seite waren das Tanzforum Köln (Einstudierung Eva Campianu) und das Kleine Theater Brühl beteiligt, und auf der musikalischen die im barocken Affektgesang angenehm bewanderten Barbara Schlick (Sopran), Josef Proschka (Tenor) und Stephen Varcoe (Bariton), dazu wakkere einheimische Chöre und natürlich das Orchester der Brühler Schloßkonzerte.

Auch das war sehr barock: Die Musik besorgte die Affekte, die Aktionen das Ballett. Und im übrigen ließ Drese nichts aus an Opulenz: Gefallene Helden rudern über den Acheron, das Schloß „in Flammen" spielt den Brand von Persepolis, bengalisches Feuer brennt auf dem Wasser und in den Alleen und was der pyrotechnischen Spielereien mehr waren. Alles immer wieder überwölbt von offenbar ganze Arsenale leerenden Feuerwerksraketen. Eine perfekte Licht-, Feuer- und Wasserspielregie. Die von Helmut Müller-Brühl, dem Spiritus rector der Schloßkonzerte besorgte Händel-Musik klang manchmal ziemlich entfernt. Zum Hübschesten gehörte sicher das Commedia dell'arte-Intermezzo vom Teatro a l'Avogaria Venezia – Händel muß es so getroffen haben, als ihm Gay und Pepusch mit ihrer „ordinären" Beggars-Opera zwar nicht den Rang, aber das Publikum abkauften.

DIETER SCHÜREN

KULTURNOTIZEN

Eine handgemalte chinesische Tapete von 1760 wurde dem Kasseler Tapeten-Museum zu seinem sechzigjährigen Bestehen in diesem Jahr von einem Privatmann gestiftet.

„Scotland Yard", ein Detektivspiel aus dem Maier-Verlag, Ravensburg, wurde zum „Spiel des Jahres 1983" gewählt. Auf der Bestenliste stehen außerdem „Bärenspiel" (Herder), „Der schwarze Prinz" (Noris), „Fuzzy, Heinz und Schlendrian" (Spear) und „Riombo" (Edition Perlhuhn).

„Westpreußen in der Gegenwart" ist eine Ausstellung im Westpreußen-Museum im Münsterschen Drostenhof Wolbeck gewidmet. Mit 90 Großfotos vermittelt sie bis zum 20. September einen Eindruck von der Landschaft, den Burgen, Städten und Dörfern.

JOURNAL

„Olympia" durfte nicht mit nach New York

AFP, New York

Die große Manet-Ausstellung, die zu seinem hundertsten Geburtstag von April bis August in Paris zu sehen war (s. WELT v. 30.4.), wird jetzt im New Yorker Metropolitan Museum gezeigt. Allerdings fehlen Manets berühmteste Gemälde, die „Olympia" und „Das Frühstück im Grünen", weil der Louvre keine Werke ausleihen darf. In New York ist die Ausstellung bis Ende November zu sehen. In Paris hatte sie mehr als 700 000 Besucher.

Auslieferung des „Sprayers" gefordert

dpa, Zürich

Trotz der Proteste im In- und Ausland besteht die Schweiz auf der Auslieferung des als „Sprayer von Zürich" bekannt gewordenen Schweizers Harald Nägeli durch die Bundesrepublik Deutschland. Die Justizdirektion des Kantons Zürich lehnte zugleich die Bitte Nägelis ab, den internationalen Haftbefehl und das Auslieferungsbegehren bis zum Abschluß eines vor der Europäischen Menschenrechtskommission laufenden Beschwerdeverfahrens zurückzunehmen. Das Bundesgericht in Lausanne hatte im November 1981 das Urteil eines Züricher Gerichts bestätigt, das Nägeli wegen Sachbeschädigung eine Gefängnisstrafe von neun Monaten zugesprochen hatte.

Jüdische Kunst aus Prager Sammlungen

DW. Washington

„Das kostbare Vermächtnis: Jüdische Schätze aus der Staatssammlung der CSSR" heißt eine Ausstellung, die, unterstützt von der Philip Morris Inc., vom 9. November bis 31. Dezember in der Evans Gallery des Naturhistorischen Museums von Washington gezeigt wird. Anschließend wird die von der Smithonian Institution organisierte Ausstellung noch in Miami Beach, New York, San Diego, Detroit und Hartford zu sehen sein.

Ende der Jungen Deutschen Philharmonie?

AP, Berlin

Wegen mangelnder finanzieller Unterstützung ist die „Junge Deutsche Philharmonie" wahrscheinlich gezwungen, zum Ende des Jahres ihre Arbeit einzustellen. Die letzte Hoffnung für die 170 Nachwuchsmusiker ist eine Unterstützung durch die „Gesellschaft für Neue Musik" vom 1. Januar 1984 an. Das Orchester, das schon zehn Jahre besteht, ist bisher von keiner staatlichen Stelle kontinuierlich finanziert worden.

Prado-Museum kanalisiert den Besucherstrom

dpa, Madrid

Jeweils höchstens 2000 Besucher dürfen sich seit Donnerstag im Madrider Prado-Museum aufhalten. Eine entsprechende Anweisung des spanischen Kulturministeriums steht in direktem Zusammenhang mit Bauarbeiten, von denen ein Drittel der Ausstellungsfläche betroffen ist. Zudem soll sie eine ruhige Betrachtung der Kunstschätze erleichtern, der Erhaltung der Werke dienen und ihre bessere Sicherung gewährleisten.

Gehaltserhöhung für polnische Lehrer

J. G. G. Warschau

Die rund 500 000 polnischen Lehrer bekommen mit dem Beginn des neuen Schuljahres eine Gehaltserhöhung von rund 2000 Zloty im Monat. Umgerechnet sind das knapp 50 DM. Neben dieser – wie es in der offiziellen Mitteilung hieß – „beachtlichen Gehaltserhöhung" wird auch die Zahl der Unterrichtsstunden herabgesetzt. Im Sinne der im Januar 1982 verabschiedeten „Charta des Lehrers" beträgt sie nun in allen Schultypen 18 Stunden in der Woche.

Hans Fronius 80

Es war 1925, als er zum erstenmal etwas von Franz Kafka las. Seitdem kehrt er immer wieder zu ihm zurück. Deshalb ist nur konsequent, daß sein hundertstes Buch „Kunst zu Kafka" heißt. Es begleitet eine Ausstellung seiner Werke, die zuerst in Wiens Albertina zu sehen war, derzeit im Bonner Kunsthaus Station macht, und anschließend nach Regensburg weiterwandert, wo Hans Fronius am 12. November der Lovis-Corinth-Preis überreicht werden wird. Hans Fronius, der heute 80 Jahre alt wird, ist vor allem als Illustrator bekannt geworden. Dabei spannt sich der Bogen von der Bibel über die griechische Mythologie bis zur Gegenwart. Aber wie sein Bruder im Geiste, Alfred Kubin, bevorzugte er immer die „Nachtstücke", Geschichten voller Düsternis, Zweifel und Angst; E.T.A. Hoffmann z. B., auch E.A. Poe und eben Kafka. Es sind Zeichnungen, Holzschnitte, Radierungen, Lithographien, die sich nicht über das Werk erheben, sondern die ihm, indem sie ihm dienen, eine neue Dimension hinzuzugewinnen helfen. Das ist eine Kunst, der Verleger und Zeichner gegenwärtig leider zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Daß Hans Fronius ihr bis heute treu ist, dafür gebührt ihm Dank.

P. Jo.

Trotz dunkler Wolken ein Grund zum Feiern: 1100 Jahre „oppidum duisburch"

Von WILM HERLYN

An negativen Schlagzeilen hat es der Stadt selten gemangelt. Die stolze Ehrenbezeichnung „Stadt Montan", die in den fünfziger Jahren Hoffnung und Aufschwung signalisierte, mag heute niemand mehr hören, weil der Name verbunden ist mit Krise, Arbeitslosigkeit, leeren Kassen. In die Vorbereitungen für die 1100-Jahr-Feiern, die am Wochenende begannen, mischten sich die Meldungen aus der Bundesanstalt für Arbeit: In Duisburg ist jetzt jeder sechste Arbeitnehmer ohne Arbeitsplatz; mit einer Arbeitslosenquote von 15,5 Prozent übernahm Duisburg von Dortmund die Spitze aller Arbeitsamtbezirke in Nordrhein-Westfalen. Und dann feiern?

Die Stadtväter mit Oberbürgermeister Josef Krings an der Spitze beantworten die Frage mit einem überzeugten Ja: Auch in Zeiten der Bedrängnis brauche der Blick auf eine mehr als tausendjährige Geschichte keineswegs verdrängt zu werden. Schließlich zeige der unterschiedliche Verlauf der Historie, daß es ein „nur immer unten" oder ein „stets immer oben" gar nicht gebe.

Wikinger im Karneval

Natürlich dürfen die Duisburger mit Recht stolz sein: Als im 13. Jahrhundert die Stadtrechte überall im Lande als Belohnungen freigebig verteilt wurden, da gab es das „oppidum duisburch" schon längst. Die erste gesicherte schriftliche Erwähnung geht auf das Jahr 883 zurück. Da verzeichnete Regino, Abt des Eifel-Klosters Prüm, in seiner Chronik, Wikinger hätten „oppidum duisburch" überfallen. Auf dem Rhein und an seinen Ufern sind die rauhen Krieger aus dem Norden wohl nur sporadisch aufgetaucht, um per Handstreich möglichst reiche Beute zu machen. Darum kann die große Ausstellung im Jubiläumsjahr „Duisburg und die Wikinger", die einen umfassenden Einblick in Leben und Treiben des räuberischen Volkes gibt, nicht mit eigenen Funden aufwarten. Sie macht diesen Mangel aber durch Leihgaben aus 14 Museen – auch aus Holland, Dänemark, England und der Sowjetunion – wett.

Schon der Karneval im Februar erinnerte an die unfreundlichen Gäste: Den Rosenmontagszug führte eine Flotte von fünf Langschiffen an. Und auch an diesem Wochenende spielten die Wikinger wieder eine führende Rolle: Die Theatergruppe „Wikinger-Initiative" aus dem dänischen Frederikssund ließ mit mehr als 100 – allerdings friedlichen – Kriegern längst vergessene Sitten und Gebräuche der Normannen aufleben. Die „Stauferritter" aus dem gleichnamigen Düsseldorfer Verein trugen ein Turnier nach alten Regeln aus, und um die „neugierigen Ritter, Knappen oder ehrbaren Bürger und lieblichen Jungfrauen" in historische Atmosphäre zu versetzen, wurde auf dem Burgplatz ein mittelalterlicher Markt aufgebaut.

Auch mit solchen Veranstaltungen soll Duisburg und den Duisburgern geholfen werden, „ihre eigene Identität" (OB Josef Krings) zu finden. Damit tun sie sich – wie fast alle Ruhrgebietsstädte – naturgemäß schwer. Die Industrialisierung hat ohne Rücksicht viele historische Spuren verwischt, durch die dreimaligen Eingemeindungen von 1905, 1929 und 1975, die die Niederrhein-Metropole zur Halbmillionenstadt machten, ist noch längst kein „Wir-Gefühl" entstanden. Die linksrheinischen Stadtteile Rheinhausen, Homberg, Baerl und Rumeln-Kaldenhausen schauen noch heute mißtrauisch auf das rechtsrheinische Stadtzentrum, das eine Stadtmitte erst werden will.

Stadt der Künste

Wenn in fünf Jahren der kostspielige Ausbau der U-Bahn fertig ist, soll die City grüner, großzügiger und attraktiver sein mit Grün-, Spaziergänger- und Einkaufszonen, mit Brunnen an den Kreuzungspunkten, mit Pavillons, Wasserspielen, Baumalleen. Die ersten Linden schlagen auf der Königsstraße schon Wurzeln. Das Bautempo wird forciert, trotz desolater Finanzen – auch, um die durch U-Bahn und Umleitungen, Staub und Schmutz verärgerte Bürger- und Kaufmannschaft wieder mit „ihrer" Stadt zu versöhnen.

Die Duisburger wissen, daß niemand von einer Stadt, in der – noch – die Hälfte des deutschen Stahls gekocht wird, die am größten Binnenhafen der Welt liegt, die Idylle eines Kurbades erwartet. Und doch läßt sich Duisburg vorführen. Wer weiß schon, daß in ihren Mauern das Wilhelm-Lehmbruck-Museum eine der bedeutendsten Sammlungen zeitgenössischer Skulpturen in Europa beherbergt? Oder denkt daran, daß hier die „Deutsche Oper am Rhein" zu Hause ist und Musiktheater von Weltniveau bietet? Duisburg ist nicht nur die brutale Kulisse von Beeck, der Stadtteil, der von den qualmenden Thyssen-Hochofenriesen übertürmt ist, das ist nicht nur die „Straße der Drachen", diese gewaltige, feurige und trostlose kilometerlange Industrie-Rheinfront.

Paradies für Wassersportler

Duisburg ist auch die Sechs-Seen-Platte, die Wassersportler wie Naturliebhaber anlockt, das ist der Sportpark Wedau, der berühmte Kaiserberg-Zoo, in dem Delphine und Wale Kapriolen schlagen, das ist auch der zusammenhängende Wald, der sich über Mülheim bis nach Kettwig an der Ruhr zieht. Und natürlich fällt dem Beobachter ein, daß hier der Kartograph Gerhard Mercator wirkte, nach dessen Erkenntnissen die Schiffe noch heute auf den Weltmeeren navigieren. Oder Kotzebue, der in Duisburg studierte. Richtig: Bis 1818 gab es eine Universität, und auch an diese Tradition will man anknüpfen – mit der vor zehn Jahren gegründeten Gesamthochschule.

Helfen Haie im Kampf gegen Krebs?

AFP, Washington

Eine Substanz aus den Knorpeln des Skeletts von Haifischen hemmt nach Ansicht amerikanischer Wissenschaftler offensichtlich das Wachstum von Krebstumoren. Wie die Forscher Robert Langer und Anne Lee vom „Massachusetts Institute of Technology" (MIT) in einer von der Fachzeitschrift „Science" veröffentlichten Studie feststellten, werde durch diese Substanz anscheinend die Ausbildung neuer, den Tumor versorgender Blutgefäße verlangsamt.

Langer und Lee gingen bei ihren Untersuchungen davon aus, daß Haie im Gegensatz zu anderen Fischspezies offenbar gegen Krebs immun sind. Bislang konnten bei ihnen keine Tumore nachgewiesen werden.

Bei Laborversuchen mit Kaninchen zeigte sich, so die Studie, daß mit Hilfe der noch nicht endgültig identifizierten Substanz, bei der es sich um einen Eiweißstoff handelt, die Ausbildung von Blutgefäßen im Umfeld von den Versuchstieren eingepflanzten Krebstumoren „auf deutliche Weise gehemmt" wurde. Bezeichnend sei, daß die Substanz nicht direkt auf den Tumor wirke, sondern die Karzinome von der für sie wichtigen Blutversorgung abschneide.

Rangierunfall

dpa, Rosenheim

Bei einem Rangierunfall zweier Fernzüge auf dem Bahnhof Rosenheim (Oberbayern) sind am Samstag 50 Urlauber leicht verletzt worden. Drei Ferienreisezüge aus Hamburg und Dortmund sollten in Rosenheim neu zusammengestellt werden. Dabei prallten mehrere Waggons aufeinander, weil der Funkkontakt zwischen Rangierer und Lokomotivführer abbrach.

Bus kippte: 36 Verletzte

dpa, Donaueschingen

Bei einem Busunglück in der Nähe von Donaueschingen sind am Samstag 36 Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Der Bus war bei leichtem Nieselregen in einem Baustellenbereich ins Schleudern geraten und eine Böschung hinuntergekippt.

Kritische Phase

dpa, Stavanger

Die Bergung der 1980 gekenterten norwegischen Hotelplattform „Alexander Kielland" hat am Wochenende nach gut einwöchiger Arbeit ihre kritische Phase erreicht. Dem Spezialisten-Team gelang es, die im Stavanger-Fjord liegende Plattform zunächst um 90 Grad zu drehen, so daß die weitgehend zerstörten Aufbauten erstmals sichtbar wurden.

Deutsche ermordet

dpa, Florenz

Zwei Urlauber im Alter von 24 Jahren aus Münster sind in der Nähe von Florenz in ihrem zu einem Campingwagen umgebauten VW-Bus ermordet worden. Die Polizei schloß nicht aus, daß die beiden Männer Opfer eines „Liebespaarmörders" wurden, der in dieser Gegend seit 1974 vier Paare mit Pistolenschüssen in ihren Fahrzeugen getötet hat.

Schüsse auf Reisebus

AP, München

Ein belgischer Reisebus und ein nachfolgender Personenwagen sind am Wochenende auf der Ostumgehung der Autobahn Nürnberg–München–Salzburg bei Haar beschossen worden. Ein Geschoß schlug in die Windschutzscheibe des Omnibusses ein und trat durch ein Seitenfenster wieder aus. Fahrer und Beifahrer wurden durch Splitter verletzt. Bei dem Personenwagen wurde in die Motorhaube geschossen.

Ein Feuer brannte Archäologen den Weg zum Schlachtfeld frei

US-Wissenschaftler wollen letzte Geheimnisse der Schlacht am Little Big Horn klären

H. S. STÜCK, Crow Agency

Eine achtlos weggeworfene Zigarette, die im vergangenen heißen Sommer ein riesiges Buschfeuer am Little Big Horn River (Caps) auslöste, hat amerikanischen Archäologen die lang ersehnte Chance beschert, endlich dem Ablauf eines ebenso traumatischen wie dramatischen Ereignisses der US-Geschichte auf die Spur zu kommen – der Schlacht am Little Big Horn. 1876 waren dort 260 amerikanische Kavalleristen unter dem Kommando des legendären George Armstrong Custer von indianischer Übermacht bis auf den letzten Mann niedergemacht worden.

Die blutige Schlacht, als „Custer's last stand" (Custers letztes Gefecht) in die Geschichte eingegangen, gilt längst als Waterloo oder Pearl Harbor der frühen amerikanischen Militärhistorie. Doch da keiner der unmittelbar beteiligten US-Kavalleristen das Gemetzel überlebte, gibt es bislang keine befriedigende Erklärung für das Desaster.

Nachdem das Feuer zum ersten Mal das 240 Hektar große Schlachtfeld von undurchdringlichem Gestrüpp befreit und eine Reihe auffälliger Erdhügel freigelegt hat, hoffen die Archäologen nun endlich durch systematische Grabungen und die Suche mit hochempfindlichen Detektoren dem Geheimnis der Katastrophe auf den Grund zu kommen. Dabei ist hauptsächlich zu klären, wie der im amerikanischen Bürgerkrieg hochdekorierte Custer reagierte, als er bei einem eigenmächtigen Vorstoß in Indianerterritorium plötzlich die Umzingelung durch 4000 bis 6000 Sioux-Indianer unter den berühmten Häuptlingen Sitting Bull, Crazy Horse und Rain-in-the-face bemerkte.

Die Archäologen glauben, bereits die Hauptschauplätze der Schlacht vom 25. Juni 1876 gefunden zu haben. Mit Metalldetektoren wurden an einigen Stellen besonders große Mengen von Patronenhülsen im Boden festgestellt. Auch einige Knochenfunden, darunter ein menschlicher Schädel und mehrere Kieferknochen, wurden entdeckt, womit die Überlieferung ins Wanken geriet, daß die Toten seinerzeit sämtlich weggeschafft und woanders begraben wurden.

Besonderes Interesse gilt dem Schicksal der E-Kompanie, 28 Mann, die Custer nach Einkesselung zum Schutz seiner linken Flanke entsandte, wo sie vermutlich in einer tiefen Schlucht von aufgebrachten Indianern separat niedergemacht wurden. Wegen dichten Gebüschs und hohem Präriegras war die Schlucht seit Menschengedenken unzugänglich, doch auch hier hat das Feuer endlich den Weg für die archäologischen Forschungen freigemacht.

Bislang ist es amerikanischen Militärhistorikern ein Rätsel geblieben, warum der kampferprobte Custer einen ausdrücklichen Befehl seines Generals Alfred Howe Terri mißachtete und mit fünf Kompanien so weit vorpreschte, daß es nach Umzingelung durch die Rothäute kein Zurück mehr gab. Zu Terrys Feldzug gegen die Sioux war es nach Entdeckung großer Goldvorkommen in den nahen Black Hills gekommen, die tief im Indianerterritorium lagen. Das Gold hatte viele weiße Glückssucher angelockt, die sich wenig um die Rechte der Indianer kümmerten und deshalb von ihnen immer häufiger angegriffen wurden. Terry und Custor waren mit der Bestrafung der Indianer, die theoretisch im Recht waren, und dem Schutz der Goldprospektoren beauftragt.

Das alte Schlachtfeld ist längst eine nationale Gedenkstätte mit vielen Erinnerungstafeln, doch bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs konnte dort jedermann fröhlich picknicken und nach Herzenslust buddeln, um verrostete Hufeisen, Patronenhülsen oder gar die besonders begehrten Uniformknöpfe des untergegangenen Regiments zu finden. Nach dem Krieg überließ man weite Teile des Gebietes dem Wildwuchs. (SAD)

LEUTE HEUTE

Gut aufgepaßt

„Abba"-Mädchen **Agnetha Fältskog** (33, Foto), wird ihren ehemaligen Leibwächter, den schwedischen Kriminalinspektor **Torbjorn Brander**, mit dem sie bereits seit zwei Jahren



zusammenlebt, heiraten. Das kündigte das Paar am Wochenende in einer drei Zeilen langen Anzeige in zwei Stockholmer Zeitungen an. Agnetha hatte ihren Polizisten getroffen, als er nach einer Terroristendrohung zu ihrem Schutz abkommandiert wurde.

Mutter ausgezeichnet

Der Schauspielerin **Edith Luckett Davis**, Mutter von **Nancy Reagan**, wurde in diesem Jahr der „Arizona Lifetime Achievement Award" zuerkannt – eine Auszeichnung, die eine Behinderten-Organisation in Anerkennung besonderer Verdienste verleiht. Die Mutter der First Lady, die heute selbst an einen Rollstuhl gefesselt in ist, soll damit für ihre jahrelange Arbeit im Dienste der körperlich und geistig Behinderten geehrt werden.

Die Regierung lockt mit Zucker und Schmuck

Brasilien sucht Kontakt zu den letzten wilden Indianern

dpa, Belem do Para

In voller Kriegsbemalung, aber ohne einen Faden am Leib sind auch heute noch Krieger der Parakanas auf dem Kriegspfad. Sie greifen mit Pfeil und Bogen an, auch wenn ihre Gegner über Gewehre verfügen. Und sie lehren sie, wie etwa die Arawete-Indianer, noch immer das Fürchten. Die Parakanas gehören zu rund 20 000 Indianern Brasiliens, die die Regierung des Landes gern befrieden möchte. Sie trotzen der Zivilisation und leben wie ihre Vorfahren in den gigantischen Regenwäldern des Amazonas von der Jagd und vom Fischfang. Sie bekämpfen sich manchmal und rauben zuweilen auch die Frauen der jeweiligen Gegenseite.

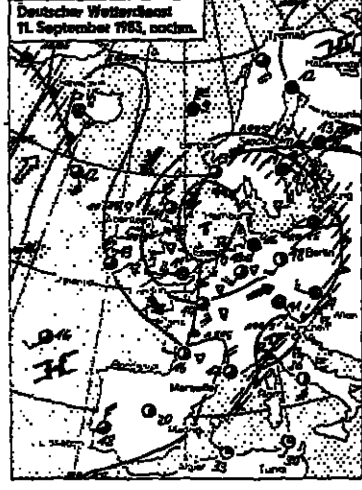
Weitaus größer ist mit rund 180 000 Menschen die Zahl der Indianer, die als mehr oder weniger zivilisiert gelten. Ein Häuptling des Xavante-Stammes wurde kürzlich sogar ins Parlament gewählt. Die Indianer-Agentur der Regierung in Brasilia versucht mit den nicht befriedeten Indianern in Kontakt zu treten. Aber ihre Mühen werden häufig von Goldsuchern, Holzfällern und Siedlern behindert, die den Indianern ihre Stammesgebiete abjagen, aber auch vom Widerstreben der Indianer selbst. Paulo Cesar Abreu, Indianer-Agent in der Amazonas-Hafenstadt Belem do Para, schätzt, daß außer den 18 von der Regierung aufgelisteten Indianergruppen, mit denen bereits Kontakt besteht, allein in seinem Gebiet des östlichen Amazonas ebensoviele unbekannte Gruppen leben.

Die Regierung versucht die Indianer aufzuspüren, weil sie meint, sie könnten auf sanfte Weise an die Zivilisation herangeführt werden, bevor diese in Gestalt gewalttätiger Weißer, in ihre Gebiete einfallen. Gewöhnlich schlägt die Indianer-Agentur in Urwaldlichtungen Lager auf, die als Anziehungspunkte für die scheuen Ureinwohner dienen sollen. Dort werden Zucker, Schmuck, Macheten und andere Dinge hinterlassen, die die Indianer zu einem Treffen mit den Spendern verlocken sollen.

Einer der Agenten, Sydney Possuelo, brauchte 1981 zehn Monate, bevor er auf diese Weise Kontakt zu einer Gruppe des Arara-Stammes bekam. Er berichtet: „Die Arbeiter in den Posten leben in ständiger Angst, weil sie wissen, daß sie von den Indianern Tag und Nacht belauert werden. Wir wissen, daß die Indianer darauf warten, daß wir einen Fehler machen, so daß sie angreifen können. Trotz unserer guten Absichten werden wir als Invasoren und Feinde betrachtet." Nach einer Meldung der Zeitung „O Globo" wurden in den letzten zehn Jahren über hundert Männer in den Kontakt-Lagern getötet.

WETTER: Schauer und kühl

Wetterlage: Ein Tief über der Nordsee führt kühle Meeresluft mit eingelagerten *Schauerstaffeln* nach Deutschland.



Deutscher Wetterdienst 11. September 1983, nachm.

Vorhersage für Montag:
Im gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin rasch wechselnde, überwiegend starke Bewölkung und wiederholt Schauer, zum Teil auch länger andauernder Regen. Nachmittagstemperaturen 12 bis 16 Grad, in den Mittelgebirgen um 10 Grad. Nachts Abkühlung auf 11 bis 7 Grad. Mäßiger bis frischer, in Böen starker Wind um West.

Weitere Aussichten: Andauer des kühlen Schauerwetters.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	29°
Bonn	14°	Kopenh.	17°
Dresden	17°	Las Palmas	24°
Essen	10°	London	11°
Frankfurt	11°	Madrid	20°
Hamburg	16°	Mailand	23°
List/Sylt	14°	Mallorca	27°
München	11°	Moskau	10°
Stuttgart	15°	Nizza	23°
Algier	33°	Oslo	15°
Amsterdam	10°	Paris	14°
Athen	28°	Prag	14°
Barcelona	24°	Rom	36°
Brüssel	12°	Stockholm	14°
Budapest	28°	Tel Aviv	29°
Bukarest	30°	Tunis	30°
Helsinki	13°	Wien	14°
Istanbul	26°	Zürich	15°

* Sonnenaufgang am Dienstag: 5.53 Uhr, Untergang: 18.43 Uhr, Mondaufgang: 13.44 Uhr, Untergang: 21.54 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mit etwas Chemie fängt es meistens an

Wissenschaftler entdeckten beim Menschen ähnliche Sexuallockstoffe wie bei Tieren

JOCHEN AUMILLER, München

Was man so Liebe nennt, hat nicht nur mit Gefühlen zu tun, sondern vermutlich zu einem nicht geringen Teil auch mit Chemie. Zu dieser prosaischen Schlußfolgerung kommen zwei renommierte deutsche Wissenschaftler in der jüngsten Ausgabe der „Münchener Medizinische Wochenschrift". Professor R. Claus vom Institut für Tierhaltung und -züchtung der Universität Hohenheim und Professor P. Karlson, Institut für Physiologische Chemie in Marburg, setzten bereits in der Überschrift ihrer Abhandlung ungewöhnliche Signale: „Sex in der Luft oder: Pheromone steuern das Sexualleben".

Es geht dabei um Sexuallockstoffe, Pheromone, von denen schon seit langem bekannt ist, daß sie das Liebesleben der Schmetterlinge steuern, deren Einfluß beim Homo sapiens jedoch noch weithin ungeklärt blieb. Inzwischen weiß man jedoch, daß die Paarung bei vielen Tierspezies von Pheromonen stimuliert wird, und es gibt Anhaltspunkte für die Existenz solcher Lockstoffe auch beim Menschen.

Marktreife hat inzwischen der „Geschlechtsgeruch" des Ebers erlangt. Besamungstechniker lösen mit diesem Parfum bei der Sau die typische „Duldungsstarre" aus, um die künstliche Befruchtung leichter durchführen zu können. Diese „Duftnote", so schreiben die Wissenschaftler, „setzt sich aus einer Mischung verschiedener Komponenten zusammen – teils moschusartig riechend, teils urin- oder schweißartig".

Dieser Geruchscocktail lagert in den Speicheldrüsen: „Im Kontakt mit der Sau beginnt der Eber zu ‚patschen': durch rhythmische Kaubewegungen wird die Speichelabgabe eingeleitet und der Speichel zu Schaum geschlagen, so daß durch seine große Oberfläche ein intensiver Geruchsschub auf die Sau übertragen wird, der die Duldungsstarre auslöst." Die Eberpheromone können heute schon synthetisiert und in Spraydosen abgefüllt werden. Im Fachjargon spricht man despektierlich von „Doseneber".

Besonders verbreitet scheinen jene Pheromone zu sein, die das Fortpflanzungsverhalten beeinflussen. Sowohl bei Wild- als auch bei Haustieren teilen paarungsbereite Weibchen über diese Lockstoffe den Zyklusstand mit und machen die potentiellen Partner damit munter.

Wie weitgehend die Pheromone auf den Hormonhaushalt einwirken, ließ sich an Mäusen nachweisen. Bei weiblichen Tieren, die ohne Männchen gehalten werden, kommt es durch wechselseitige Pheromon-Signale in kleinen Mäusegruppen zu Scheinschwangerschaften und in größeren Völkern zum völligen Erliegen der zyklischen Funktion. Gerät ein Männchen in solche Weibchen-Kollektive, so schalten die zuvor unfruchtbaren Tiere auf Empfängnisbereitschaft um. Offenbar hat sogar jeder Mäuse-Bock sein persönliches „Flair": Wenn den Mäuse-Weibchen, so erklären die Experten, unmittelbar nach der Paarung der Duft eines anderen Bockes in die Nase steigt, so brechen sie die junge Schwangerschaft ab, stoßen die Frucht aus und leiten einen neuen Zyklus ein.

Mit der Verfeinerung der Meßmethoden ist man nun auch pheromonähnlichen Substanzen beim Menschen auf die Spur gekommen. Sie werden nur in ganz geringen Konzentrationen produziert. Es zeigten sich „weitreichende Übereinstimmungen" im Ablauf der Lockstoffsynthese zwischen Mann und Schwein. Die Wissenschaftler sprechen sogar von einer „frappierenden Ähnlichkeit zur Spezies Schwein". Sowohl im Achselschweiß des Mannes als auch im Urin wurden Pheromon-Komponenten nachgewiesen. Psychologische Experimente brachten erstaunliche Ergebnisse. Man fand, daß Frauen bei Versuchen im Theater oder im Zahnarztwartezimmer jene Sitze bevorzugen, die mit einem Moschus-Stoff imprägniert waren.

Im Sellerie und in den begehrten Trüffeln sind erhebliche Moschus-Stoffe entdeckt worden. Kommentar der Experten: „Die Meinung des Gourmets Brillant-Savarin, daß Trüffel die Frauen zärtlicher machen, läßt nicht ohne weiteres weitergehende Schlüsse zu."

ZU GUTER LETZT

Ein Seilergeschäft in Leipzig annonciert im „Sächsischen Tageblatt" unter anderem folgende Ware: „Bindfäden für gesellschaftliche Bedarfsträger".